

aus
politik
und
zeit
geschichte

beilage
zur
wochen
zeitung
das parlament

Christian Potyka

Strategiekritik als Sisyphusarbeit

Zur Kunst des Überlebens

im Abschreckungszeitalter

Alexander R. Vershbov

Die Cruise Missile und ihre Folgen

Gottfried Niedhart

Britische Deutschlandpolitik

vor dem Zweiten Weltkrieg

Friedensbedürfnis und

gescheiterte Friedenssicherung

B 13/77

2. April 1977

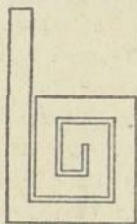
Christian Potyka, Dr. phil., geb. 1942; nach Bundeswehrzeit und Absolvierung der Deutschen Journalistenschule Studium der Politikwissenschaft, Ethnologie und Neueren Geschichte; von 1970 an Redaktionsmitglied der Süddeutschen Zeitung (Schwerpunkt Militärpolitik).

Veröffentlichungen zur äthiopischen Zeitgeschichte, zum Verhältnis von Streitkräften und Öffentlichkeit in der Bundesrepublik sowie zur Strategiediskussion.

Alexander R. Vershbow, Absolvent der Columbia University School of International Affairs und des Russian Institute; Mitarbeiter der Zeitschrift Foreign Affairs.

Gottfried Niedhart, Dr. phil., geb. 1940 in Görlitz; Privatdozent am Historischen Institut der Universität Mannheim.

Veröffentlichungen u. a.: Großbritannien und die Sowjetunion 1934—1939. Studien zur britischen Politik der Friedenssicherung zwischen den beiden Weltkriegen, München 1972. Herausgeber von: Kriegsbeginn 1939. Entfesselung oder Ausbruch des Zweiten Weltkriegs?, Darmstadt 1976; Jean Bodin, Über den Staat (Auswahl in deutscher Übersetzung), Stuttgart 1976.



Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn/Rhein.

Leitender Redakteur: Dr. Enno Bartels. Redaktionsmitglieder: Paul Lang, Dr. Gerd Renken, Dr. Klaus W. Wippermann.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstr. 61—65, 5500 Trier, Tel. 06 51/4 61 71, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, einschließlich Beilage zum Preis von DM 11,40 vierteljährlich (einschließlich DM 0,59 Mehrwertsteuer) bei Postzustellung;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 6,— zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der **Unterrichtung und Urteilsbildung**.

Strategiekritik als Sisyphusarbeit

Zur Kunst des Überlebens im Abschreckungszeitalter

Wer sich in der aktuellen Situation hitziger Dauerdebatten über die „Bedrohung“ der westlichen Welt sowie über die Mängel ihrer Strategien und Militärpotentiale an einem Kreuzungspunkt relevanter Informationsströme befindet, kann vielerorts eine weitreichende Verunsicherung registrieren. Ihr zu entgegen fällt wohl deshalb so schwer, weil all jene düsteren Lagebeurteilungen (die ihren Ursprung in westlichen Geheimdienstmeldungen über den angeblich wachsenden Stand der sowjetischen Rüstung haben) mit den Mitteln der Kritik zwar relativiert, aber nicht mit endgültiger Sicherheit als Zweckpropaganda abgetan werden können. Natürlich gab es dieses Wissens- und Informationsproblem zu allen Zeiten, da sich feindliche Militärblöcke gegenüberstanden und gegenseitig „abzuschrecken“ suchten. Noch nie aber stellte es sich in dieser Schärfe mit so weitreichenden Konsequenzen für alle Bereiche unseres Lebens.

Eine Durchdringung des komplexen Materials zur Gewinnung eigener Gewißheit ist kaum mehr möglich: All die Experten zweiter, dritter und n-ter Kategorie sind immer weniger in der Lage, die entscheidenden Informationen auf Stimmigkeit oder Realitätsgehalt zu überprüfen. Diese mit der Entfernung von der eigentlichen Informationsquelle zunehmende Unfähigkeit zur Kontrolle läßt sich durch ein Beispiel aus der jüngsten Bedrohungsdebatte in den Vereinigten Staaten illustrieren: die öffentliche Diskussion, die sich zu Beginn des Jahres an einem Interview des Luftwaffengenerals a. D. George Keegan mit der New York Times vom 4. Januar entzündete. In diesem Interview hatte Keegan behauptet, die Sowjetunion habe bereits „militärische Überlegenheit“ über die Vereinigten Staaten gewonnen. Keegans Lagebeurteilung stieß auf den Widerspruch der Chiefs of Staff, der höchsten militärischen Kommandoebene im Pentagon. Die Generale waren von Senator William Proxmire um einen Bericht gebeten worden, der dann relativ differenziert ausfiel. Diesen Report schickte der Vorsitzende der Vereinigten Stabschefs, General George S. Brown, am 28. Januar mit einem Begleitbrief an Proxmire. Der Bericht umfaßt 25 Punkte, die sich mit einzelnen Behauptungen Keegans detailliert auseinandersetzen. Die Generale kommen, wie es im ersten Punkt des Brown-Briefes

heißt, zu dem Ergebnis, viele der von Keegan angeführten Urteile seien im wesentlichen korrekt (der Kritisierte war in seiner aktiven Zeit Nachrichtenoffizier); einige der Aussagen würden jedoch nicht dem Bild entsprechen, das sich die Stabschefs selbst von der Lage machten. Vor allem wurde die uneingeschränkte These von der militärischen Überlegenheit der Sowjetunion abgelehnt.

Gehen wir einmal davon aus, daß es grundsätzlich möglich sei, mit geheimdienstlichen Mitteln gegnerische Potentiale korrekt zu erfassen. Unterstellen wir weiter, daß dies den amerikanischen Diensten gegenüber der Sowjetunion zur Zeit gelungen ist. Dann wären also die Stabschefs im Besitz des tatsächlichen Bildes der Lage, sie wären Experten erster Kategorie. Auch Proxmire, im Besitz und Verständnis des vollen Berichtes, könnte noch als Experte dieses Grades gelten. Da aber Teile des Berichtes aus Sicherheitsgründen nicht freigegeben wurden, erhielt der Senator einen „gereinigten“ Report samt einem geheimen Anhang, in dem sich dann die ausschlaggebenden Fakten finden. Anfang Februar veröffentlichte Proxmires Büro diese gereinigte Fassung¹⁾. Wer sie aufmerksam liest und zudem über Vorkenntnisse, Kombinationsgabe und einschlägige Kontakte verfügt, kann aus ihr zwar mehr herauslesen, als eigentlich in ihr steckt; aber das Wissen und die Gewißheit jener Experten der ersten Kategorie erreicht er nie. Bezeichnen wir ihn demnach als Experten zweiter Kategorie.

Nun gibt es von dieser gereinigten Fassung des Berichts noch einmal mindestens eine geglättete und zusammenfassende englische Version und davon wiederum „Reproduktionen“ deutscher Nachrichtenagenturen, die dann schließlich, in journalistisch redigierter Form, den deutschen Zeitungsleser erreichen²⁾. Welche Kategorie von Informiertheit

1) JCS Report on US-Soviet Military Strength. United States Information Service (im folgenden USIS). Fernschreiben EUR-41 vom 1. Februar 1977. Siehe auch Wireless Bulletin from Washington (WBFW) vom 2. Februar 1977 No. 23, S. 14—22.

2) Proxmire Release on Keegan Assessment of Soviet Strength. USIS, EUR-10 vom 31. Januar 1977. Vgl. zum Beispiel die Wiedergabe einer AP-Meldung in der Süddeutschen Zeitung (SZ) vom 1. Februar 1977 unter der Überschrift: US-Stabschefs: keine Unterlegenheit.

soll man noch dem zubilligen, der sich auf derlei Unterlagen stützt? Und was geschieht wohl, wenn solche verkürzten Informationen in der politischen Auseinandersetzung noch einmal interpretiert und vereinfacht werden?

Mit unserer Unterstellung waren wir allerdings von dem Idealfall ausgegangen, daß Geheimdienste wirklich in der Lage sind, gegnerische Potentiale korrekt zu erfassen und gewonnene Informationen objektiv weiterzugeben. Doch brauchen wir die Dinge gar nicht bis zu diesem Grade zu komplizieren. Komplex wird das Problem schon durch die Tatsache, daß die Einschätzung gegnerischer Potentiale erst einen einzigen, wenn auch gewichtigen Aspekt der Strategiediskussion ausmacht. Um das Bild abzurunden, sind vielfältige politische, wirtschaftliche und anthropologische Faktoren einzubeziehen. Sie alle fließen dann in ein Szenario unter mehreren möglichen ein. Es mag „Kriegsbilder“ geben, die zwingender sind als andere, keines aber ist so wahrscheinlich, daß man sich auf es allein kaprizieren könnte. Während beispielsweise vor knapp einem Jahrzehnt der sogenannte begrenzte Angriff aus dem Osten auf „Faustpfänder“ in der Bundesrepublik eifrig diskutiert wurde, scheint heute etlichen westlichen Strategen der sowjetische Blitzkrieg in Form eines raschen Vorstoßes an den Rhein plausibler zu sein³⁾.

Als der belgische Panzergeneral Robert Close, einer der zur Zeit konsequentesten Verfechter einer solchen Blitzkriegstheorie, mit seiner Warnung vor einem „wehrlosen Europa“ wiederholt an die Öffentlichkeit getreten war, widersprach ihm schließlich der NATO-Oberkommandierende US-General Alexander Haig mit der bemerkenswerten Behauptung, Close sei bei seinen Schlußfolgerungen von falschen Voraussetzungen ausgegangen, da er über seit Jahren veraltete Informationen verfüge⁴⁾. Close ist Kommandierender General der 16. Belgischen Panzerdivision in Deutschland, also ein Militärhandwerker erster Ord-

³⁾ Typisch für diese Sicht der Lage ist etwa die Darstellung von US-Senator Sam Nunn: *Deterring War in Europe: Some Basic Assumptions Need Revising*, in: *NATO Review* No. 1/1977, S. 4–7.

⁴⁾ Robert Close, *L'Europe sans Défense?*, Brüssel 1976 (erst im Januar 1977 ausgeliefert). Closes Theorie wurde schon seit Sommer 1976 in der Öffentlichkeit diskutiert. Haig widersprach ihr nach einer Meldung der Nachrichtenagentur ddp am 10. Januar 1977. Zu einer ersten Kritik vgl.: „Das Katastrophen-Kalkül von General Close“ in der *SZ* vom 29. Januar 1977, S. 11. — Zum Folgenden: General a. D. Ernst Ferber kritisierte Close am 25. Januar 1977 in einem Vortrag vor dem Amerika-Haus München und anschließend im Gespräch mit dem Verfasser.

nung. Gibt es auch hier wieder ein Experten-tum verschiedener Kategorien? Blufft Haig, um Closes Kalkulationen nicht in aller Öffentlichkeit zu bestätigen, oder weiß er es wirklich besser? Wenn aber nicht einmal mehr ein Kommandierender NATO-General wie Close auf dem jeweils neuesten Stand der Dinge sein sollte, wer ist dann überhaupt noch in der Lage, zur Sache Relevantes zu sagen?

Möglicherweise ist die Frage so falsch gestellt. Closes Problem dürfte weniger in der Stimmigkeit seiner Informationen als in ihrer Verallgemeinerung und Verabsolutierung liegen. Ebenso fehlt ihm die Gesamtsicht der Dinge. Damit wären wir wieder bei der Vielzahl der Faktoren, die es jeweils zu berücksichtigen gilt und die ein politischer Kopf wie Haig oder auch der ehemalige NATO-Oberkommandierende Europa-Mitte, General a. D. Ernst Ferber, eher sieht, als dies der Troupier Close vermag (der freilich, wie sein Buch belegt, mehr ist als ein simpler Haudegen). Es scheint jedoch, als lebten wir in einer Zeit, da man in der Öffentlichkeit, zumindest für den militärischen Bereich, „klare“ Antworten und „eindeutige“ Schlußfolgerungen „komplizierten“ Analysen vorzieht. Wer die Dinge nur einfach genug erklärt, findet bei der gegenwärtigen Stimmungslage Zustimmung und Gefolgschaft.

Hinzu kommt, daß die zunehmende Kürzelsprache der Medien komplizierten Darstellungen immer weniger Raum läßt und damit die Konsumenten regelrecht — und hier entsteht ein Teufelskreis — zur Aufnahme abgehackter Informationen erzieht. Eine Rolle mag auch spielen, daß der einzelne bei der Vielzahl beruflicher und persönlicher Probleme immer weniger Zeit findet, sich mit verzwickten Fragen auseinanderzusetzen — und seien sie noch so überlebenswichtig. Schließlich wird die Situation dadurch erschwert, daß die Fragen von Krieg und Frieden sowie die Herausforderungen der Sicherheitspolitik im Zentrum innenpolitischer Auseinandersetzungen stehen, also permanent emotionalisiert werden. Auch scheint es, als würden persönliche Ängste und Hoffnungen in diesen Bereich projiziert. Die nach wie vor widersprüchlichen Meinungsumfragen zu diesem Thema sprechen eine beredte Sprache⁵⁾. So entsteht ein Klima der Gereiztheit, wo doch gerade — angesichts der Kompliziertheit der Materie — eine sachliche, unvoreingenommene Diskussion vonnöten wäre.

⁵⁾ Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie 1976, hrsg. von Elisabeth Noelle-Neumann, Wien-München-Zürich 1976, S. 289–291.

Wer sich in dieser Situation um eine selbstständige Meinung und Position bemüht, wer auf übertriebene Schreckens-, aber auch „Hoffnungsgemälde“ verzichtet, wer Meldungen von allen Seiten zwar zur Kenntnis nimmt und mit seinen bescheidenen Mitteln zu prüfen sucht, sich aber auch Korrekturen, Lernprozesse und Widersprüche in dieser höchst widersprüchlichen Materie vorbehält, der gerät bald in das Feuer von beiden Seiten. Während ihm die einen dann Verharmlosung der sowjetischen Potentiale vorwerfen, sprechen die anderen von Dramatisierung. Beide tun, als seien sie im Besitz der absoluten Wahrheit. Dabei besteht ihr Problem meist darin, daß sie sich von einem bestimmten Punkt an mehr oder weniger gewiegt haben, neue Informationen überhaupt noch aufzunehmen und zu verarbeiten, weil sie nun einmal nicht ins vorgefaßte Bild passen. Damit soll nicht gesagt werden, daß die „mittlere“ Linie unbedingt immer die richtige sein muß. Auch sei nicht behauptet, daß diese Situation des Gemäßigten zwischen den Fronten völlig neu ist. Was jedoch auffällt, ist die zunehmende Aggressivität der Argumente von beiden beiden Extrempositionen her: Während die einen sich offenbar durch nichts auf der Welt von ihren Vorstellungen von Rationalität, Friedensliebe und Fortschritt allerorten abbringen lassen wollen, scheinen die anderen regelrecht auf eine Verschlechterung der Lage zu brennen — nur um sich in ihren pessimistischen Prognosen bestätigt zu sehen⁶⁾.

In einer solchen Situation wird Strategiekritik zu einer Notwendigkeit gegenüber den Übertreibungen beider Seiten. Zweitens bleibt ihr als klassische Aufgabe die konsequente Auseinandersetzung mit jenen militärischen Grundsätzen und Dogmen, nach denen ein Krieg zwischen NATO und Warschauer Pakt ablaufen könnte; deren Verunsicherung ist Pflicht: Ein Krieg wird unter anderem in den Köpfen der Verantwortlichen in letzter Konsequenz erst dadurch möglich (und eben auch „verantwortet“), daß man an seine Führbarkeit, das heißt das Funktionieren der bestehenden Militärmaschinerien unter dem Aspekt eines relativ guten Ausgangs für die eigene Seite glaubt. Die dritte und nicht unwichtigste Aufgabe der Strategiekritik folgt aus der Eigengesetzlichkeit aller Kritik: Sie liegt in der dauernden Überprüfung der eigenen Grundlagen und Alternativvorschläge — in der Selbstkritik.

Nun ist die Entwicklung von militärischen Alternativstrategien für die Bundesrepublik

⁶⁾ In indirekter Form zeigt sich dies etwa in Leserbriefen. Relativ gemäßigt sind noch die beiden Beispiele in der SZ vom 12. Februar 1977, S. 103.

kein allzu häufiges Ereignis. Am innenpolitisch spektakulärsten war wohl der Ansatz von Bonin in der Gründungsphase der Bundeswehr⁷⁾. Den bisher durchdachtsten Lösungsvorschlag präsentierte — ohne allzu großes Echo — der Militärschriftsteller Otto Heilbrunn Mitte der sechziger Jahre⁸⁾. Erwähnenswert bleibt noch die sogenannte abschreckende Verteidigung⁹⁾, die freilich eine Skizze blieb. Anregungen wie diejenigen von Uhle-Wettler oder Woller bedeuteten nur eine Modifizierung der bestehenden Doktrinen¹⁰⁾, während reine Strategien des zivilen Widerstandes ohnehin von anderen Grundlagen ausgehen. So gesehen ist der Alternativvorschlag, der nun aus dem Starnberger Weizsäcker-Institut kommt, ein Novum. Dabei wird freilich George F. Kennans so brisante wie provozierende Idee aus dem Jahre 1957, „eine Art Territorialmiliz nach dem Vorbild der Schweiz“ für Westeuropa zu schaffen, von dem Weizsäcker-Mitarbeiter Horst Afheldt leider nicht zur Kenntnis genommen. Die Erfahrungen Kennans mit dem Echo auf seinen Vorstoß hätten für Afheldt sehr lehrreich sein können¹¹⁾. Das Modell des deutschen Wissenschaftlers knüpft an die Kriegsfolgenstudie von 1971 an. Ihre Autoren mußten sich seinerzeit vorwerfen lassen, sie besäßen selbst keine Alternative zu der von ihnen so heftig kritisierten NATO-Strategie der flexiblen Erwidern (flexible response). Aber ist es denn unbedingt Sache des Strategiekritikers, eine eigene, „bessere“ Lösung vorzulegen? Jedenfalls haben Weizsäcker und sein Mitarbeiter die Herausforderung angenommen. Afheldt präziserte seine Kritik an der bestehenden Strategie und präsentierte eine Alternative¹²⁾. Dabei stützt er sich auf Gedanken des Franzosen Brossollet¹³⁾.

⁷⁾ Bogislaw von Bonin, Opposition gegen Adenauers Sicherheitspolitik. Eine Dokumentation, zusammengestellt von Heinz Brill, Hamburg 1976.

⁸⁾ Otto Heilbrunn, Konventionelle Kriegführung im Nuklearen Zeitalter, Frankfurt 1967. Die englische Originalausgabe ist 1965 erschienen.

⁹⁾ VDW-Wissenschaftlergruppe, Eine andere Verteidigung?, München 1973, insbes. S. 63—68.

¹⁰⁾ Franz Uhle-Wettler, Leichte Infanterie im Atomzeitalter, Darmstadt 1966; Rudolf Woller, Der unwahrscheinliche Krieg, Stuttgart 1970.

¹¹⁾ Zum Inhalt des Vorschlags siehe George F. Kennan, Memoiren 1950—1963, Frankfurt 1973, S. 253 ff.; zu Kennans späterer Position: S. 262 ff. Vgl. dazu auch das Gespräch Kennans mit dem Encounter (vom September 1976), S. 37.

¹²⁾ Horst Afheldt, Verteidigung und Frieden, München 1976. Bei der Studie von 1971 handelt es sich um: Carl Friedrich von Weizsäcker (Hrsg.), Kriegsfolgen und Kriegsverhütung, München 1971.

¹³⁾ Guy Brossollet, Essai sur la Non-Bataille, Paris 1975; deutsche Ausgabe: Das Ende der Schlacht, in: Verteidigung ohne Schlacht (Spannocchi und Brossollet), München 1976.

Im Sinne der selbstkritischen Funktion der Strategiekritik soll das Alternativmodell hier nicht nur vor dem Hintergrund der aktuellen Lage entwickelt und skizziert (Teil II), sondern auch problematisiert werden (Teil III). Abschließend werden noch einmal Möglichkeiten und Grenzen der Strategiekritik zusammengefaßt (Teil IV). Da nun aber der Vorschlag Afheldts von einer flankierenden Arbeit des Philosophen und Atomphysikers Carl Friedrich von Weizsäcker begleitet wird¹⁴), die gleichsam den gesamtpolitischen

Kontext für die Alternativstrategie liefert, wird mit einem Blick auf dieses Buch begonnen (Teil I). Im Vordergrund steht dabei, mehr feststellend als wertend, die Frage, ob wir uns vor einem Wiederaufleben althergebrachter Theorien und Begriffe in diesem Bereich befinden, ob die Phänomene „Macht“ und „Mensch“ wieder stärker in den Vordergrund der Betrachtung rücken und welche Konsequenzen dies für das „Menschenbild“ der (Alternativ-)Strategien hat.

I. Nietzsche und Weizsäcker

Ausgerechnet von Friedrich Nietzsche, dessen Verhältnis zum Krieg mit Recht als mehrdeutig gilt, stammt eine der entschiedensten, moralisch begründeten Forderungen nach einseitiger Abrüstung. In einer 1880 veröffentlichten Schrift meinte dieser Denker, die doppelte Moral aller Verteidigungspolitik durchschaut zu haben. „Keine Regierung gibt jetzt zu“, klagte er, „daß sie das Heer unterhalte, um gelegentliche Eroberungsgelüste zu befriedigen; sondern der Verteidigung soll es dienen.“ Jene Moral, welche die Notwehr billige, werde als „ihre Fürsprecherin angerufen“. Das heiße aber: sich selbst die Moralität und dem Nachbarn die Immoralität vorbehalten, weil er ja „angriffs- und eroberungslustig gedacht werden muß, wenn unser Staat notwendig an die Mittel der Abwehr denken soll“. Und weiter: „Überdies erklärt man ihn, der genau ebenso wie unser Staat die Angriffslust leugnet und auch seinerseits das Heer vorgeblich nur aus Notwehrgründen unterhält, durch unsere Erklärung, weshalb wir ein Heer brauchen, für einen Heuchler und listigen Verbrecher, welcher gar zu gern ein harmloses und ungeschicktes Opfer ohne allen Kampf überfallen möchte.“ In diesem Sinne würden nun alle Staaten die „schlechte Gesinnung des Nachbarn und die gute Gesinnung bei sich“ einfach voraussetzen. Dies aber sei eine Inhumanität, so schlimm und schlimmer als der Krieg, im Grunde sei sie schon die Aufforderung und Ursache zu Kriegen, eben weil sie dem Nachbarn die Immoralität unterschiebe und dadurch die feindselige Gesinnung und Tat zu provozieren scheine. „Der Lehre von dem Heer als einem Mittel der Notwehr muß man ebenso gründlich abschwören als den Eroberungsgelüsten.“

Ersetzt man in diesem Text Nietzsches¹⁵) das Wort „Eroberungsgelüste“ durch „Stabilisierung der Herrschaft“, „innere Repression“ oder ähnliches, dann hätte diese „Entlarvung einer Verteidigungsideologie“ ebensogut ein knappes Jahrhundert später von einem Vertreter der „kritischen Friedensforschung“ verfaßt werden können. Auch wenn Nietzsche nicht zu den erklärten Ahnherren linker (Abschreckungs-)Kritik zählt, schwebte ihm damals als Ausweg aus dem Dilemma ein Schritt vor, wie er ernsthaft erst wieder im Atomzeitalter ins Gespräch gebracht wurde: eine totale, freiwillige Vorleistung. „Und es kommt vielleicht ein großer Tag“, schreibt Nietzsche mit dem ihm eigenen Pathos, „an welchem ein Volk, durch Kriege und Siege, durch die höchste Ausbildung der militärischen Ordnung und Intelligenz ausgezeichnet und gewöhnt, diesen Dingen die schwersten Opfer zu bringen, freiwillig ausruft: ‚wir zerbrechen das Schwert‘ — und sein gesamtes Heerwesen bis in seine letzten Fundamente zertrümmert.“

Wie weit wir heute von einer solchen Haltung entfernt sind, braucht nicht betont zu werden. Ein einziger aktueller Hinweis mag genügen: Als der amerikanische Präsident Jimmy Carter am 20. Januar 1977 in seiner Inaugurationsrede den bemerkenswerten Satz formulierte, er wolle in der Frage der Abrüstung „dieses Jahr einen Schritt auf unser letztes Ziel hin tun — die Abschaffung aller Atomwaffen auf der Erde“ —, und nur wenige

¹⁴) Carl Friedrich von Weizsäcker, Wege in der Gefahr, München 1976.

¹⁵) Das Mittel zum wirklichen Frieden. Menschliches, Allzumenschliches, zweiter Band: Der Wanderer und sein Schatten, zitiert nach der von Karl Schlechta herausgegebenen Werkausgabe, Band I, München 1973, 7. Auflage, S. 986/987. Auf die grundsätzliche Bedeutung dieser Stelle hat schon J. Glenn Gray, Homo furens oder Braucht der Mensch den Krieg?, Hamburg 1970, S. 186 ff., hingewiesen.

Tage später in den Verdacht geriet, er habe eine Studie in Auftrag gegeben, mit der ein drastischer einseitiger Abbau von Interkontinentalraketen geprüft werden sollte, demen- tierte sein Pressesprecher am 27. Januar: Carter habe keinerlei Studie dieser Art bestellt, jede Reduzierung von Raketen könne nur in Ausgewogenheit mit der Sowjetunion vorge- nommen werden; und was jenen Satz aus der Antrittsrede angehe, so erwarte der Präsident die Abschaffung der Atomwaffen nicht für seine Amtsperiode, vielleicht nicht einmal mehr zu seinen Lebzeiten¹⁶⁾.

Wer einwendet, daß Nietzsches Gedanken über „Das Mittel zum wirklichen Frieden“ kaum mehr zeitgemäß seien und der Kom- plexität der Situation im Atomzeitalter eben nicht gerecht würden, der prüfe erst die Ar- gumente des Philosophen. Sie bestehen aus der Begründung für den einseitigen Schritt zur Abrüstung, aus einer Teilerklärung für das bisherige Ausbleiben eines solchen Schrittes und aus der Spekulation darüber, unter welchen Umständen eines Tages eine solch einzigartige Aktion möglich werden könnte. Nietzsche hält nämlich, um mit die- sem dritten Punkt zu beginnen, den von ihm ins Auge gefaßten einseitigen Verzicht nur in der Ausnahmesituation nach einer (militä- rischen) Katastrophe für denkbar: „Erst wenn diese Art Not am größten ist, wird auch die Art Gott am nächsten sein, die hier allein hel- fen kann. Der Kriegsglorien-Baum kann nur mit einem Male, durch einen Blitzschlag zer- stört werden: der Blitz aber kommt, ihr wißt es ja, aus der Wolke und aus der Höhe.“

Glaubt man an prophetische Sehergabe, dann mag man darüber sinnieren, ob mit jenem Blitz das Atom unserer Tage „gemeint“ sein könnte. Bedeutsamer ist die Motivation, die Nietzsche bei dem einseitig Abrüstenden vor- aussetzt: Sich wehrlos machen, während man einmal der Wehrhafteste gewesen sei, aus einer Höhe der Empfindung heraus, das sei das Mittel zum wirklichen Frieden, welcher im- mer auf einem Frieden der Gesinnung ruhen müsse: während der sogenannte bewaffnete Friede, wie er jetzt in allen Ländern einherge- he, der Unfriede der Gesinnung sei, der sich und dem Nachbarn nicht traue und halb aus Haß, halb aus Furcht die Waffen nicht able-

ge: „Lieber zugrunde gehen als hassen und fürchten, und zweimal lieber zugrunde gehen als sich hassen und fürchten machen, — dies muß einmal auch die oberste Maxime jeder staatlichen Gesellschaft werden!“ Hieß der Autor nicht Nietzsche, man möchte diese Auffassung „christlich“ nennen¹⁷⁾.

Führt uns solche „Friedenstheologie“ nicht weit weg von den Problemen unsere Zeit? Ja und nein. Die kritische Friedensforschung beispielsweise bot immer Raum für Überle- gungen zu einem „Frieden der Gesinnung“, der jeder relevanten technischen Abrüstung vorauszugehen habe. Denn nur, wer mit sich selbst und seiner sozialen Umwelt im reinen sei, seine alltäglichen Ohnmachtserfahrungen überwunden habe — so argumentieren die Vertreter dieser Richtung¹⁸⁾ —, könne über- haupt erst Lösungen im globalen Bereich in Angriff nehmen. Freilich hatte diese stillere Fraktion der Friedensforschung weit weniger öffentliche Resonanz als jene Gruppierungen, die spektakulär gegen das gesamte Abschrek- kungssystem Sturm liefen. Es mag diesen beim einzelnen ansetzenden „Gemeinwesen“- Friedensforschern wie eine Ironie der Ent- wicklung erscheinen, wenn nun auch der Phi- losoph und Atomphysiker Carl Friedrich von Weizsäcker, der bei seiner systemimmanen- ten Kritik am westlichen Abschreckungssy- stem einst Makro-Probleme und -Lösungen angepeilt hatte, Fragen der Mikro-Friedensfor- schung in den Vordergrund stellt. Weizsä- ckers neuer Zielpunkt heißt Bewußtseinsände- rung. Gewiß hatte der Wissenschaftler die Be- deutung von Bewußtsein und Öffentlichkeit für alle Kriegsverhütungspolitik schon in der Kriegsfolgen-Studie betont, doch schienen die konkreteren Hoffnungen damals doch noch auf „transnationale Bindungen“ in Rich- tung auf einen Weltstaat zu setzen¹⁹⁾. Inzwi- schen ist für Weizsäcker ein „umfassender Be- wußtseinswandel“ zur Bedingung für die „Überwindung der Hindernisse einer Kriegs-

¹⁶⁾ In seiner Antrittsrede sagte Carter nach einem Hinweis auf das Andauern des Wettrüstens: „We will move this year a step toward our ultimate goal — the elimination of all nuclear weapons from this earth.“ President Carter's Inaugural Ad- dress. WBfW, January 21, 1977, No. 15, S. 3. Das Dementi des Pressesprechers wurde am 27. Januar 1977 vom USIS, EUR-62 gemeldet.

¹⁷⁾ Ungewöhnlich war sie seinerzeit nicht; zum Beispiel war erst vier Jahre zuvor erschienen: An- narius Osseg, Der europäische Militarismus, Am- berg 1876 — ein Buch, das Weltregierung und Re- Christianisierung („Ein oberstes Völkertribunal“ und „Die Rückkehr des Staates zum christlichen Charakter“) als „einzige Hilfe“ und Mittel zum Frieden fordert. Vgl. insbesondere die Seiten 269—297.

¹⁸⁾ Am überzeugendsten artikulieren dies Hans- Eckehard Bahr und Reimer Gronemeyer, Konflikt- orientierte Gemeinwesenarbeit, Darmstadt und Neuwied 1974. Zum neuesten Stand dieser Rich- tung siehe Marianne Gronemeyer, Motivation und politisches Handeln, Hamburg 1976.

¹⁹⁾ So in der Einleitung zu: Kriegsfolgen und Kriegsverhütung, S. 20, 21.

verhütungspolitik" geworden, wie er in These vier seines neuen Buches postuliert. Ziel dieses Bewußtseinswandels sollte es noch nicht sein, den Weltstaat zu errichten; vielmehr sollte der Wandel „Strukturen wachsen lassen, die ihn (den Weltstaat) vielleicht ersetzen können, und die ihn, wenn er käme, erträglich machen würden“²⁰⁾. Die „Verinnerlichung“ Weizsäckers, die Hinwendung zu Fragen der Kriegsverhütung am Rande des Religiösen hat bei der Kritik einige Irritation hervorgerufen²¹⁾. Mit Sicherheit macht dieser Ansatz praktische Friedenspolitik nicht einfacher; deshalb muß er aber noch nicht falsch sein.

Ähnlich „konservativ“ muten Weizsäckers Überlegungen zur Theorie der Macht an — einem (neben „Bewußtsein“ und „Vernunft“) zentralen Begriff seines neuen Buches. Vereinfacht darf man sagen, daß sich für Weizsäcker Macht gegenüber Vernunft restriktiv verhält: Macht setzt der Vernunft Schranken. Anders gesagt: Ohne Machtstreben wäre manches einfacher — nicht zuletzt die Realisierung einer tatsächlichen Abrüstungspolitik. Zwischen den Macht-Theorien von Nietzsche und Weizsäcker gibt es bedeutsame Unterschiede; doch bleiben die Gemeinsamkeiten erstaunlich. Beiden ist Macht der entscheidende Antrieb zum (politischen) Handeln. „Alles Geschehen aus Absichten“, sagt Nietzsche, „ist reduzierbar auf die Absicht der Mehrung von Macht“²²⁾. Beide erkennen als Eigenart der Macht deren Tauglichkeit zur „Akkumulation“, wie Weizsäcker es ausdrückt²³⁾. Nietzsche spricht von „gesteigerter und organisierter Macht“²⁴⁾, betont also ebenfalls den Akkumulationscharakter. Im Vermögen, Machtmittel zu akkumulieren, um Herrschaft zu schaffen und zu sichern, läge so gesehen der entscheidende Antrieb zum Wettrüsten: zum Anhornten von

²⁰⁾ Weizsäcker, Wege in der Gefahr, S. 262, 263: These 4 wird auf den Seiten 135—139 entwickelt.

²¹⁾ Georg Wolff im Spiegel Nr. 53 vom 27. Dezember 1976 meinte, Weizsäckers Buch sei (selber) ein „Versuch, Wissenschaft und Meditation miteinander zu vereinen — ein äußerst schwer durchschaubarer Versuch freilich“. Und als der Philosoph im Januar 1977 vor der Evangelischen Akademie Tutzing in einem Vortrag zur Theorie der Macht entscheidende Thesen seines Buches wiederholt hatte, schrieb Malte Buschbeck in der SZ vom 21. Januar 1977 unter der Überschrift „Wettrüsten von Mensch zu Mensch“: „Kein Zweifel, daß Weizsäcker sich hier nicht nur in philosophische, sondern weitgehend sogar in theologische Argumentationsbereiche hineinbewegte.“

²²⁾ Aus dem Nachlaß der achtziger Jahre, Nietzsche Werke Bd. III, S. 500.

²³⁾ Weizsäcker, Wege in der Gefahr, S. 149.

²⁴⁾ Aus dem Nachlaß der achtziger Jahre, Werke III, S. 681.

Waffensystemen, den Machtmitteln par excellence, in einer von Gewalt geprägten Welt.

Bleibt noch Nietzsches Erklärungsversuch dafür nachzutragen, warum seiner Meinung nach unter den herrschenden Bedingungen Friedenspolitik in seinem Sinne nicht praktiziert wird: Er macht dafür die Ignoranz der Politiker verantwortlich: „Unsern liberalen Volksvertretern fehlt es, wie bekannt, an Zeit zum Nachdenken über die Natur des Menschen: sonst würden sie wissen, daß sie umsonst arbeiten, wenn sie für eine ‚allmähliche Herabminderung der Militärlast‘ arbeiten.“ Und dann folgt das Bild von jenem Blitz, der in größter Not allein den Kriegsglorien-Baum zerstören könnte. Werden „unsere liberalen Volksvertreter“ hier richtig gesehen? Sicher setzen sie lieber auf eine Politik der kleinen Schritte; den großen Blitz im Sinne einer Katastrophe wollen sie nach Möglichkeit ja gerade vermeiden. Aber allzuoft — und dies ist wohl entscheidender — scheinen sie selbst an die kleinen Schritte auf diesem Gebiet nicht zu glauben. Kiderlen-Wächter beispielsweise, ein geradezu klassischer Verfechter einer Politik der kleinen Schritte, resignierte in der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg als Staatssekretär des Auswärtigen Amtes regelrecht vor der deutsch-französischen Abrüstungsproblematik, die uns heute angesichts von SALT und MBFR lächerlich einfach anmutet. „Sie sehen“, sagte Kiderlen-Wächter damals im Gespräch mit einem überaus vernünftigen (französischen) Gesprächspartner, „welche praktischen Schwierigkeiten sich aufbäumen, sobald man das Problem zu lösen versucht“²⁵⁾. Die Komplexität der Probleme und die auf Machtsicherung bedachte Vorsorge lassen nach wie vor alle von Vernunft getragenen Ansätze leerlaufen. Nietzsche könnte sich weitgehend bestätigt fühlen durch unsere Abrüstungsrealität zwischen Macht und Vernunft, selbst wenn er die Nachdenklichkeit mancher Politiker unterschätzt.

Gerade heute wirkt der Mittelweg der kleinen Schritte in der Abrüstung mehrfach gefährdet und gefährlich. Es fehlt an der Zeit, auf die man im Zweifelsfall sonst so gern setzt. Es fehlt aber auch an verlässlichen Maßstäben für die Stärke des Gegners und damit die ei-

²⁵⁾ Ernst Jäckh (Hrsg.), Kiderlen-Wächter — Der Staatsmann und der Mensch. Briefwechsel und Nachlaß, Berlin und Leipzig 1924, Zweiter Band, S. 240, 241. Zur Politik der kleinen Schritte s. S. 238: „Die ‚große Politik‘ ist nur geeignet, Enttäuschungen herbeizuführen. Wenn man etwas erreichen will, so muß dies in der Art der Präriejäger geschehen, die auf jedem Schritt von der Gefahr umlauert sind, und langsam, geduldig vorwärts schreiten.“

gene. Die Kalkulierbarkeit militärischer Hardware scheint selbst im kleinen kaum noch möglich. Natürlich läßt sich im Nachhinein vieles begründen; Planung und Vorausschau aber wirken nahezu willkürlich²⁶⁾. Im Bereich der Strategie scheint dies besonders kraß — auch das ist ein Motiv für das Unbehagen an der offiziellen NATO-Strategie. Unter solchen Umständen nimmt das Gefühl, in einer Sackgasse zu stecken, gerade unter jenen

zu, die an Rationalität in der Politik glauben. Sie müssen sich über die Irrationalität der Gegenwart empören. So ist es nur ein Schritt zum Entwurf einer militärstrategischen Gegenwart. Afheldt hat diesen Schritt getan. Ehe wir seinen Entwurf ausbreiten und prüfen, sei die Frage nach der „Gemeinnützigkeit“ der Strategiekritik gestellt. Sie führt mitten in die Problematik der gegenwärtigen militärstrategischen Lage.

II. Ein Prinzip Hoffnung

Strategiekritik ist hierzulande nicht populär. Sie hat weder in der Öffentlichkeit den nötigen Raum noch in der wissenschaftlichen Diskussion, wo sie aufgrund ihres akademischen Charakters zunächst hingehört. Gerade unter Wissenschaftlern und Intellektuellen trifft Strategiekritik weitgehend auf Abneigung, wenn nicht Verachtung. Beschäftigung mit militärtheoretischen Fragen wird für unnötig, ja unmoralisch gehalten — vor allem wegen der dabei verwandten Kriegsbilder, Szenarios und Schadensanalysen von Waffenwirkungen. „Man denkt so etwas einfach nicht“, lautet eine offenbar naheliegende Reaktion. Gelegentlich mündet sie in den Vorwurf, der Strategietheoretiker oder -kritiker sei ein Zyniker und ein Wichtigtuer dazu: Er wolle sich in Wirklichkeit nur öffentliche Aufmerksamkeit verschaffen, sich bei den Mächtigen, insbesondere den Militärs, anbieten, indem er ihre Kalkulationen und Planungen noch zu übertrumpfen suche²⁷⁾. Die Gefahr solcher gedanklicher Kriegsspiele, lautet der Vorwurf frei nach Nietzsche weiter, liege in einer Art Zauberlehrlingseffekt: Die Kriegs-Geister, die man rufe, werde man nicht mehr los; je mehr man vom nächsten Krieg rede, desto wahrscheinlicher sei er usw.

seinem Gegenstand arbeitet (auch nicht aus Masochismus), sondern aus Sorge. Er möchte die bestehenden Militärstrategien nicht perfektionieren, sondern entschärfen. Er sieht in den Strategien nicht ein pikantes Spielzeug, sondern einen höchst explosiven Mechanismus. Den professionellen Strategen in Politik und Militär ist sein Interesse an ihren Problemen im übrigen gar nicht so willkommen, wie Außenstehende gelegentlich meinen. Denn Strategiekritik, befürchten die Profis, weckt nur schlafende Hunde und verunsichert Soldaten wie Bevölkerung, indem sie Schwächen des eigenen Militärsystems einseitig herausstellt.

Ein zweites Argument gegen die Strategiekritik läßt sich in dem uns schon bekannten Vorwurf zusammenfassen, jede militärische Verteidigungsplanung bedeute eine Verteufelung des potentiellen Gegners, weil sie ihm Angriffsabsichten unterstelle, die er zunächst gar nicht habe; die Sowjetunion und der Warschauer Pakt hätten die NATO bisher nicht angegriffen und würden es auch künftig nicht tun. Darauf muß man nicht nur antworten, daß dieses Argument logisch nicht zwingend ist — denn selbst wenn es drei Jahrzehnte zutraf, braucht es nicht immer gültig zu bleiben —, sondern auch, daß sich die Experten über die letzten Ziele und Absichten der Sowjetunion nicht einig sind. Solche Einigkeit dürfte auf Dauer nicht einmal in der sowjetischen Führungselite selbst herrschen. Auf der anderen Seite erlauben die Rüstungspotentiale der Sowjetunion den Schluß, daß sie nicht ohne Grund unter großen Opfern aufgebaut werden. Zumindest kann niemand garantieren, daß sie nicht eines Tages direkt oder indirekt gegen den Westen eingesetzt werden. Strategische Planung jedoch ist Vorsorge auf mehrere Möglichkeiten — auch und gerade auf sonst verdrängte.

Hierauf läßt sich wieder mit Nietzsche einwenden — und die Friedensforschung hat

Wer solchen Verdacht ausspricht, übersieht, daß der Strategiekritiker nicht aus Lust an

²⁶⁾ Ein interessantes Beispiel in diesem Zusammenhang ist das MRCA-Tornado. Vgl. dazu die noch unveröffentlichte Dissertation von Alfred Mechttersheimer, Die politischen Entscheidungsbedingungen und die Konkurrenz der militärischen und nichtmilitärischen Interessen bei dem trinationalen Rüstungsprogramm MRCA, München 1977 (Schreibmaschinen-Manuskript), vgl. etwa S. 294: „Unter den Bedingungen des atomaren Abschreckungssystems eignen sich strategische Doktrinen, vor allem ihre vermeintlichen Änderungen, zur Scheinrationalisierung von Rüstungspolitik in besonderer Weise.“

²⁷⁾ Vgl. etwa Golo Mann, Ist der Krieg zu retten?, in: Neue Rundschau 74. Jg. (1963), Erstes Heft, S. 3—23, insbes. S. 16, 17.

dies oft genug getan: Gerade darin bestehe ja die Tragik der Abschreckung, daß beide Parteien nicht mehr aus dem Teufelskreis der gegenseitigen Bedrohungsvorstellungen herausfänden; jeder unterstelle dem anderen das Schlimmste und baue deshalb sein Verteidigungssystem immer weiter aus. Je mehr aber jeder rüste, desto leichter falle es dem anderen, ihm Aggressionsabsichten zu unterstellen und wieder selbst seine Rüstung zu forcieren usw. Den nächsten Schritt in dieser Argumentation bildet dann die Vermutung, das nach außen gerichtete Abschreckungssystem werde von den „Herrschenden“ in Ost und West dazu benötigt, ihre Macht im Inneren zu stabilisieren und auszubauen.

Selbst wenn diese Hypothese richtig wäre, bliebe davon unabhängig das Problem bestehen, daß die beiderseitigen Militärstrategien in sich falsch oder richtig beziehungsweise gefährlich oder weniger gefährlich sein können. Eben darum geht es der Strategiekritik. Sie befaßt sich mit vorhandenen, tatsächlichen Gefahren und mag sich nicht darauf verlassen, daß die bestehenden Militärsysteme vielleicht eines Tages abgebaut oder „überwunden“ werden. Strategiekritik ist in diesem Sinne systemimmanente Kritik. Sie hält es für geboten, das herrschende strategische Kalkül zu Ende zu denken und auf Widersprüche hin zu untersuchen. (Weitergehende Ansätze schließt dieses Vorgehen nicht aus.) Strategiekritik ist nichts Neues. Selbst in der Bundesrepublik gab es immer wieder fundierte Zweifel an der Tauglichkeit der NATO-Strategie zur Verteidigung Mitteleuropas — insbesondere was den Einsatz taktischer Atomwaffen durch den Westen angeht. Soll man sich aber als Nicht-Experte auf dieses offenbar hochkomplizierte militärstrategische Glasperlenspiel einlassen? Die Antwort lautet: Man muß, und zwar schon deshalb, weil wir alle (und nicht etwa nur der Wehrpflichtige oder der Berufssoldat) in das Abschreckungssystem integriert sind.

Konkret gesagt, sind wir Tag und Nacht eingespannt in das Abschreckungssystem zwischen Ost und West, bleiben betroffen von der Verteidigungsplanung von NATO und Warschauer Pakt, leben als Geiseln im atomaren Raketenkalkül der anderen Seite, befinden uns im „Visier“ programmierter Atomwaffenträger. (Im Osten geht es unseren atomaren Antipoden unter der Drohung westlicher Waffen nicht besser.) Aber kaum jemand empört sich noch über diese Art der millionenfachen Geiselnahme durch souveräne Mächte. Und eben diese Gleichgültigkeit ist gefährlich. Denn die Experten haben kei-

neswegs die beste aller Abschreckungswelten geschaffen; sie sind nicht unfehlbar. Wir dürfen unser Schicksal nicht ihnen allein überlassen. Noch immer gilt, was der Philosoph Karl Jaspers in den fünfziger Jahren über „Die Atombombe und die Zukunft des Menschen“ schrieb: daß es in der Atombombenfrage kein Ressortdenken geben dürfe, weil sie nicht durch die „besonderen Maßnahmen der Sachkundigen“ auch schon eine Lösung finde: „Sie ist heute nicht eine Frage unter anderen, sondern die Daseinsfrage überhaupt, die Frage nach Sein oder Nichtsein. Sie wirft ihre Schatten auf alles, was wir noch sonst tun und fragen können.“²⁸⁾

Mit solchen Worten wird nicht der Hysterie das Wort geredet, sondern der kritischen Vernunft. Eine vernünftige, umfassende Sicht unserer Lage im Atomzeitalter ist selten. Wird sie gewagt, kann sie zu wichtigen Einsichten führen. Die neuesten Arbeiten Weizsäckers und Afheldts schärfen den Blick für die Realitäten im Atomzeitalter, die gelegentlich zu verschwimmen drohen. Selbst Begriffe wie „Gleichgewicht des Schreckens“ oder „Logik der Abschreckung“ können in die Irre führen, weil sie eine Stabilität und Stimmigkeit unterstellen, die im Schwinden begriffen ist — wenn sie überhaupt je vorhanden war. In Wirklichkeit müssen wir uns damit abfinden, daß unsere Erwartungen in die erzieherische Funktion der Atomwaffen überzogen waren. Unter ihrer „Schreckensherrschaft“ wurden weder eine neue Politik noch ein „neuer Mensch“ geboren. Vielmehr bewegt sich das Weltgeschehen weiter in den Mechanismen der Machtpolitik. Weizsäcker sieht darin eine der entscheidenden Entstehungsquellen für einen dritten Weltkrieg. Das ist gewiß eine pessimistische Sicht der Dinge. Doch ist die Welt nun einmal immer explosiver und illusionsloser geworden.

Illusionsloser mußte sie werden, weil sich die großen Friedensversprechungen der Vergangenheit, wie der Pazifismus in seinen vielfältigen Schattierungen, als überfordert zur Lösung der globalen Friedensfrage erwiesen. So ehrenwert der einzelne Pazifist sein mag, als Gesamtrezept bleibt seine Philosophie untauglich in einer Welt mit so unterschiedlichen Spielräumen an Freiheit für das Individuum. Gescheitert sind ebenso die demokratisch-liberalen oder sozialistischen Träume von der Errichtung des Weltfriedens, die freilich allesamt mehr oder minder offen auf Weltherrschaft hinausliefen. Aber auch be-

²⁸⁾ Karl Jaspers: Die Atombombe und die Zukunft des Menschen, München 1958³, S. 30.

scheidenere Pläne in Richtung auf eine Weltregierung unter Bewahrung des Status quo stimmen wenig hoffnungsfroh. Sie sind — wie ein Blick auf die Vereinten Nationen zeigt — bestenfalls im Schneckentempo zu erreichen. Eben diese Zeit aber ist uns wohl nicht mehr gegeben.

Explosiver wird die nördliche, hochtechnisierte und -gerüstete Welt mit jedem Tag in einem doppelten Sinn: Im Namen der jeweiligen Friedenspolitik aus einer Position der Stärke wachsen die beiderseitigen Waffenpotentiale an. Aber sie heben sich nicht etwa gegenseitig auf oder stabilisieren sich, sondern können in kriegsfördernde Instabilität umschlagen. Die wachsenden Zweifel an der Aufrechterhaltung der Zweitschlagskapazitäten unterstreichen dies. Lange Zeit hat die Bewahrung von MAD als eine Art Rückversicherung gegolten. Hinter diesem Kürzel steht die Fähigkeit, den Aggressor auch noch in einem zweiten Schlag mit Atomwaffen tödlich zu treffen, wenn er einem zunächst einen überraschenden ersten Schlag versetzt hat. (Mutual Assured Destruction = MAD; Verächter dieser Theorie pflegen darauf hinzuweisen, daß „mad“ im Englischen „verrückt“ heißt.) MAD brachte zwischen den Supermächten die Übertragung einer Western-Wahrheit in die internationale Politik: „Wer zuerst schießt, stirbt als zweiter.“ Freilich kann man aus jenem Genre auch lernen, daß häufig derjenige überlebt, der als erster geschossen hat, ja daß die Kunst des Überlebens darin besteht, schneller und präziser zu schießen als der andere. Diese zweite Western-Weisheit kann sich gegenüber der ersten durchsetzen, je präziser mit Hilfe neuartiger Lenkflugkörper atomare Schüsse abgegeben werden. Wenn es möglich wird, dem Gegner gleichsam die atomare Pistole aus der Hand zu schießen, droht der nukleare Erstschlag wieder zu einem Mittel der Politik zu werden.

Noch ist dies nicht der Fall, noch besitzen Ost und West — nicht zuletzt aufgrund ihrer schwer ortbaren Atom-U-Boote — die MAD-Fähigkeit. Aber die Kriegstechnik schreitet voran. Extrem gesteigerte Zielgenauigkeit verbunden mit perfekteren Aufklärungs- und Jagdmethoden (insbesondere gegenüber U-Booten) können MAD eines Tages hinfällig machen. Dem atomaren Aggressor winkt dann die Weltherrschaft als Prämie. Beim Andauern der Rivalität im sogenannten Duopol zwischen den beiden Supermächten hält Weizsäcker die pessimistische Prognose für unwiderlegbar: „Der dritte Weltkrieg wird dann stattfinden, wenn er gewonnen werden

kann.“²⁹⁾ Wobei noch die vielfältigen Risikofaktoren aus dem Arsenal der Mißverständnisse, technischen Pannen und politischen Panikreaktionen einzukalkulieren wären. Die Stabilität auf der strategischen Ebene zwischen den Supermächten ist keineswegs gesichert.

Die Aushöhlung des MAD-Prinzips wird noch nicht offen angesprochen; doch ist bereits eine Verunsicherung der Supermächte spürbar. Anders wäre es schwer zu erklären, warum das Pentagon seit Jahren atomare Kriegführungsoptionen (Schlesinger-Doktrin) in immer größere Anzahl erarbeitet und warum Autoren wie Professor Stefan T. Possony von der Hoover Institution in Kalifornien so beredt den Einsatz von sogenannten kleinen und sauberen Atomwaffen propagieren und bei allen, die dem nicht zu folgen vermögen, eine „nukleare Neurose“ feststellen³⁰⁾. Auch die (angeblich beträchtlichen) Anstrengungen der Sowjetunion auf dem Gebiet des Zivilschutzbbaus wären eher beunruhigend und destabilisierend, weil sie die eigene Bevölkerung der Drohung der anderen Seite (weitgehend) entziehen und damit MAD erschweren³¹⁾. Schließlich mögen auch die schrillen Warnungen Pekings vor einem dritten Weltkrieg in diesem Punkt einen rationalen Kern haben. Daß eine Destabilisierung auf der strategischen Ebene Europa in einen Krieg hineinziehen kann, ist bekannt. Weniger verbreitet ist die Einsicht, daß die angedeuteten Probleme unserer Schutzmacht USA genügend eigene Überlebensfragen stellen. Sie erfordern die volle Aufmerksamkeit der USA und lassen europäische Interessen in den Hintergrund treten. (Wo sie im Falle eines Falles leicht stehen bleiben können). Zur Verbesserung unserer Lage reichen immer neue Bittgänge nach Washington um weitere Zusicherungen der Vereinigten Staaten nicht aus. Es bedarf vielmehr eigener Anstrengungen — zuallererst intellektueller Art: Auch in der für Mitteleuropa gültigen NATO-Strategie bestehen ähnlich gravierende Widersprüche wie auf der strategischen Ebene zwischen den Supermächten.

Nun hat es wiederholt Kritik an der NATO-Strategie gegeben. Manches kritische Wort

²⁹⁾ Weizsäcker, Wege in der Gefahr, S. 118; zum Vorhergehenden S. 109—118 und 123 ff., sowie Afheldt, Verteidigung und Frieden, S. 75 ff.

³⁰⁾ Stefan T. Possony, Die NATO und das Aufkommen neuer Technologie, in: Europäische Wehrkunde vom September 1976 Jg. XXV, S. 433—441, Zitat S. 436.

³¹⁾ Zum Stand der Diskussion in den USA: Civil Defence, The New Debate, in: Survival vom September/Okttober 1976, S. 217—224.

an dieser Doktrin wurde sogar schon von ihr „integriert“. Kaum ein kundiger Offizier würde heute noch die Strategie der flexiblen Erwidern als Wunderwerk der Logik bezeichnen. Spätestens seit der Weizsäcker-Studie von 1971, in der diese Doktrin als „Mystifikation“ entschleiert wurde, macht man aus der Not eine Tugend und behauptet verstärkt, gerade in ihrer Unbestimmtheit bestehe der Vorzug der Strategie, denn ein Aggressor wisse nie, womit er rechnen müsse³²⁾. Leider gilt dies umgekehrt ebenso: Auch die NATO weiß vor einer Eskalation nicht, wie der Gegner darauf reagieren wird. Sie kann nur bestimmte Reaktionen erhoffen. So ist die flexible response eine Art Prinzip Hoffnung. Sie steht damit im Widerspruch zu dem gerade von deutschen Verteidigungsministern gern zitierten Grundsatz: „Man muß kämpfen können, um nicht eines Tages kämpfen zu müssen.“ Wie aber will man kämpfen können, wenn man dem Gegner mit dem eigenen „Selbstmord“ droht? „Wir werden eines Tages gezwungen sein“, schreibt Weizsäcker, „die Drohung einzulösen oder sie als Bluff entlarven zu lassen.“³³⁾

Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, daß sich mittlerweile auch innerhalb der NATO Zweifel an der Tauglichkeit der eigenen Strategie mehren. Zwar sind sie nie so radikal wie die Einwände Weizsäckers oder Afheldts, sondern sollen in der Regel Vorschläge zur Verbesserung der flexible response sein, aber indirekt dokumentieren sie doch eine erhebliche Unzufriedenheit der Eingeweihten mit dem bestehenden strategischen Lösungsversuch. Am spektakulärsten aus deutscher Sicht ist in diesem Zusammenhang die Anregung von General a. D. Karl Schnell, dem ehemaligen Oberbefehlshaber der NATO im Bereich Europa-Mitte (und jetzigen Rüstungsstaatssekretär im Bonner Verteidigungsministerium), man solle die Grundsätze der westlichen Allianz für den defensiven Einsatz bestimmter taktischer A-Waffen ändern. Er regte an, für den Einsatz von sogenannten atomaren Sperrmitteln („Atomminen“) und Luftabwehrraketen mit nuklearen Sprengköpfen auf und über dem Boden der Bundesrepublik das zeitraubende (über den

amerikanischen Präsidenten laufende) Freigabeverfahren zu vereinfachen. Sie sollen schneller als bisher eingesetzt werden können. Nur so sieht der General die Abschreckung gewahrt. Nach den geltenden Kriterien scheint ihm die Freigabe zu spät zu kommen³⁴⁾.

Wie verbreitet zur Zeit in der NATO der Wunsch nach der militärischen Einsatzgewalt über kleine Atomwaffen mit angeblich konventioneller Wirkung ist, zeigen auch die Äußerungen des dänischen Generalmajors P. O. W. Thorsen, der Befehlshaber der NATO-Landstreitkräfte Schleswig-Holstein und Jütland ist. Auch seiner Ansicht nach dauert derzeit der politische Entscheidungsprozeß für den Einsatz selbst kleiner Atomwaffen zu lange. Den militärischen Befehlshabern müßten deshalb die Mittel zur Verfügung gestellt werden, die sie zur Lösung ihrer Aufgaben bräuchten; sonst könnten sie die ihnen auferlegte Verantwortung nicht tragen³⁵⁾. Daß nicht nur Generale mit dem Einsatzverfahren von Atomwaffen im Rahmen der NATO-Strategie unzufrieden sind, demonstrierte ebenfalls Anfang Dezember der FDP-Wehrexperte Jürgen Möllemann. Freilich setzte der Bundestagsabgeordnete mit seiner Kritik an einem anderen Punkt an. Er forderte — über die bestehenden Regelungen hinaus — ein stärkeres Mitspracherecht der Bundesregierung beim Einsatz von Atomwaffen auf dem Gebiet der Bundesrepublik³⁶⁾. Sicher sind Anmerkungen zur NATO-Strategie wie diejenigen von Schnell und Thorsen einerseits sowie von Möllemann andererseits in Ansatz und Ziel grundverschieden. Gemeinsam ist ihnen aber ein erhebliches Unbehagen an der gültigen Militärstrategie — ein Unbehagen, das zumindest von einigen Wissenschaftlern und Experten seit Jahren artikuliert wird. Offiziell werden solche Zweifel nicht geteilt. Wer das Verteidigungsweißbuch der Bundesregierung freilich aufmerksam liest, kann feststellen, wie wenig sie selbst hinter diplomatischen Formulierungen zu verbergen sind. In dieser Publikation werden atomare

³²⁾ Am differenzierendsten entwickelt diesen Gedanken Erhard Rosenkranz, *Abschreckung durch flexible response — eine Mystifikation?*, in: Rosenkranz-Jütte, *Abschreckung contra Sicherheit?*, München 1974. Dagegen: Weizsäcker, *Wege in der Gefahr*, S. 235 (Fazit), und ausführlicher bei Afheldt. Wo nicht eigens vermerkt, stützt sich meine Kritik an der flexible response weitgehend auf Weizsäcker und Afheldt.

³³⁾ Weizsäcker, *Wege in der Gefahr*, S. 235.

³⁴⁾ Schnells Überlegungen wurden durch einen Bericht der Frankfurter Rundschau vom 13. November 1976 bekannt. Leider fühlte sich Schnell in einem Gespräch mit dem Verfasser (am 14. Februar 1977 in Bonn) zu weiteren Auskünften in dieser Frage nicht berechtigt, so daß die Verbindlichkeit der ihm zugeschriebenen Gedanken ungeklärt bleibt.

³⁵⁾ Nach einer Meldung der Nachrichtenagentur dpa, abgedruckt in der SZ vom 4. Dezember 1976.

³⁶⁾ Möllemanns Kritik wurde wiedergegeben von der Nachrichtenagentur ddp; nach SZ vom 6. Dezember 1976.

„Reaktionsformen“ angesprochen, die mit erheblichen Hoffnungen und Spekulationen verbunden bleiben.

Die erste, kaum mehr aufrechtzuerhaltende Hoffnung besteht darin, daß die „furchtbare Zerstörungskraft nuklearer Waffen, die bis zur vollständigen Vernichtung der Menschheit führen kann“, einen Krieg überhaupt als Mittel der Politik ausschließt³⁷⁾. In berechtigtem Widerspruch dazu setzt dann die zweite Hoffnung — falls es doch zu einem Krieg gekommen sein sollte — auf die Möglichkeit der „vorbedachten Eskalation“, also darauf, daß es machbar sei, den einmal eingeleiteten Einsatz von Atomwaffen zu kontrollieren. Daß diese Erwartung unrealistisch ist, machen nicht nur Theoretiker wie Weizsäcker und Afheldt plausibel; auch ein Mann zwischen Politik und Theorie wie der ehemalige Chef der amerikanischen Abrüstungsbehörde, Fred C. Iklé, weist darauf hin, daß wir nicht genau genug wissen, welche materiellen und psychologischen Folgen ein gezielter Nuklearwaffeneinsatz im Krieg haben wird³⁸⁾. Am schwersten wiegt hier das Urteil eines Militärs: Der ehemalige stellvertretende Oberbefehlshaber der amerikanischen Truppen in Europa, Generalleutnant a. D. Arthur S. Collins, bezeichnet den Einsatz taktischer Atomwaffen im Landkrieg, selbst für den Verteidiger, als „irrational“: „Aus meiner Kampferfahrung heraus sehe ich keinen Weg zur Beherrschung der Eskalation, weil es im entscheidenden Moment an Informationen und Zeit mangelt, und weil beide Seiten unter dem Eindruck der tödlichen Resultate des Kampfes stehen.“³⁹⁾

Mit der so angezweifelten zweiten Weißbuch-Hoffnung ist die dritte Erwartung eng verbunden. Sie bezieht sich auf den Eindruck, den der taktische A-Waffen-Einsatz durch die westliche Allianz auf den Aggressor machen soll. „Der Angreifer soll veranlaßt werden“, steht im Weißbuch, „seine Absichten zu ändern, seinen Angriff aufzugeben und sich zurückzuziehen.“ Klarer gesagt: Er soll seine Niederlage eingestehen, obwohl er sich doch als derjenige, der die Initiative ergriff, schon vorher seine späteren Schritte genau überle-

gen mußte. Warum aber hätte er dann das riskante Unternehmen überhaupt beginnen sollen, wenn er nun zurückstecken sollte? Hält man im Westen die Pakt-Strategen nicht für fähig, jeweils um die nächste Ecke zu denken? Das Weißbuch argumentiert, dem Gegner würde vor „Augen geführt, daß er das Risiko einer weiteren Eskalation eingeht, wenn er seinen Angriff fortsetzt“. Diese weitere Eskalation würde für den Angreifer bedeuten, „daß nuklear-strategische Waffen gegen sein eigenes Territorium eingesetzt werden“. Wenn damit gesagt werden soll, daß ein Angriff auf die Bundesrepublik den Schlag von US-Fernraketen auf die Sowjetunion (und das Risiko eines sowjetischen Gegenschlages auf die Vereinigten Staaten) automatisch nach sich zöge, dann ist auch dies nur eine kühne Spekulation ohne Berücksichtigung der Hauptbeteiligten und vor allem des potentiell Hauptgeschädigten (der Vereinigten Staaten).

Wie die Weißbuch-Autoren das Gewicht dieser Hauptakteure in einem Konfliktfall unter Einschluß nuklearer Waffen unterschätzen, so verharmlosen sie auch durch Abstraktion die Wirkung eines Atomwaffeneinsatzes in Mitteleuropa. Sie schreiben, „daß die Qualität des Abwehrkampfes durch den Einsatz nuklearer Waffen gesteigert oder der Konflikt räumlich ausgedehnt wird“. Würde die Folge dieser „Qualitätssteigerung“ — wie schon in „Kriegsfolgen und Kriegsverhütung“ dokumentiert — nicht eher auf die Zerstörung als die Verteidigung der Bundesrepublik hinauslaufen? Bei einem atomaren Schlagabtausch wäre in diesem dichtbesiedelten Land schon bald nicht mehr säuberlich zwischen zivilen und militärischen Zielen zu unterscheiden. Man mag einwenden, daß auch in jeder Kritik der Weißbuch-Hoffnungen etliche Annahmen enthalten sind, die sich theoretisch nicht beweisen lassen. Das ist richtig; doch sollte eine Überlebensstrategie, die mit dem Einsatz von Atomwaffen kalkuliert, nicht in so zentralen Fragen auf schwankendem Boden ruhen, wie es die Probleme der Zerstörungsfähigkeit Mitteleuropas und der amerikanischen Nuklearhilfe (um den Preis der Vernichtung der USA) nun einmal sind.

Selbst wenn man die Verteidigungschancen der NATO nach einem Überraschungsangriff des Warschauer Paktes nicht so pessimistisch beurteilt wie der belgische General Close, läßt sich unschwer ausmalen, daß die westliche Allianz sehr früh zum „Stopfen“ konventioneller Löcher Atomwaffen einsetzen muß und daß diese Schläge außer Kontrolle geraten — freilich wohl nur bis zu jener Grenze,

³⁷⁾ Weißbuch 1975/1976 zur Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland und zur Entwicklung der Bundeswehr, Bonn 1976, S. 20. Zu den folgenden Weißbuch-Thesen S. 21—23.

³⁸⁾ Fred C. Iklé, Nukleare Abrüstung: Eine Überlebensfrage für die Menschheit, in: *Amerika-Dienst* 20/1974, 15 Seiten; siehe insbesondere S. 4 ff.

³⁹⁾ Arthur S. Collins: *Tactical Nuclear Warfare and NATO: Liable Strategy or Dead End?*, in: *NATO's Fifteen Nations*, June—July 1976, S. 72 bis 87.

deren Einhaltung im gemeinsamen Interesse der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion liegt und einen Schlagabtausch zwischen den beiden Supermächten unwahrscheinlich macht. Die Bundesrepublik aber dürfte dann — auch ohne den Ausbruch eines totalen Atomkrieges — längst zerstört sein. Weil dieses Dilemma in unserer offiziellen Verteidigungspolitik erkannt ist und mit einer Stärkung der konventionellen Verteidigungsfähigkeit (Wehrstrukturreform) gelöst werden soll, lassen sich für die NATO in Mitteleuropa auch freundlichere Szenarios als das eben angedeutete vorstellen.

Gehen wir einmal von einem „günstigeren“ Fall aus. Unterstellen wir, daß das Aufklärungs- und Warnsystem vorzüglich funktionierte, daß auch die Mobilisierung planmäßig ablief, daß die westlichen Luftwaffen in den ersten Stunden den komplizierten Aufmarsch der NATO-Armeen hinreichend deckten und auch noch Zeit fanden, den Aggressor empfindlich zu treffen und seinen Nachschub zu stören. Gehen wir weiter davon aus, daß die Solidarität innerhalb der NATO nicht erschüttert wurde, daß sich Frankreich früh in die konventionelle Verteidigung einreichte, daß die westlichen Verbände — allen voran die Bundeswehr — optimal kämpften, daß sich ihre Waffensysteme den östlichen als überlegen erwiesen, daß die Bevölkerung die Nerven behielt — kurz, daß es zu einem westlichen Verteidigungswunder kam: Nach einer

Woche stehen die östlichen Truppen also nicht am Rhein, sondern relativ weit östlich auf dem Boden der Bundesrepublik, sind allein mit konventionellen Mitteln zum Stehen gebracht worden und haben nur geringe örtliche Einbrüche erzielt. An diesen Stellen setzen die NATO-Verbände — getragen vom Elan ihres Abwehrerfolges — zu Gegenstößen an, um den verlorenen Boden zurückzugewinnen. Die westlichen Politiker geben zwar schon Verhandlungssignale, wollen aber den Erfolg der Gegenoffensive abwarten. Was würde wohl die sowjetische Führung in einem solchen Augenblick tun? Würde sie sich getreu der NATO-Philosophie verhalten, die Truppen zurückziehen, ihre Niederlage eingestehen und damit das Ende der eigenen Macht wie der sowjetischen Herrschaft in Osteuropa riskieren? Oder würde diese Führung nicht versuchen, mit atomaren Waffen eine Bresche in die westliche Verteidigung zu schlagen, da sie es ja war, die den Entschluß zum Kriegsbeginn faßte, da sie den Atomkrieg auf fremdem Boden führt, da ihre gepanzerten Truppen dieses Vorgehen oft genug in Manövern geübt haben und da schließlich ein Angriff auf das Gebiet der Vereinigten Staaten nach wie vor nicht die letzte Konsequenz ist? Ein Vernichtungskrieg auf deutschem Boden scheint unter den gegebenen strategischen und militärischen Bedingungen in einer solchen Situation unvermeidbar zu sein.

III. Verteidigung á la Afheldt

Angesichts solcher Perspektiven erleben wir zur Zeit — über jene bereits erwähnten Anregungen zur „Verbesserung“ der flexible response hinaus — einen regelrechten Boom an Vorschlägen für neue, bessere NATO-Strategien. Sie reichen vom Verlangen nach einer weiteren konventionellen Stärkung über die Forderung nach einer konsequenteren Nutzung neuartiger, den Verteidiger begünstigender Waffensysteme bis hin zu dem Versuch, das atomare Dilemma zu lösen. Einen interessanten Vorschlag letzterer Art hat eine Studiengruppe bei der Stiftung Wissenschaft und Politik in Ebenhausen unter Mitarbeit des ehemaligen NATO-Befehlshabers Europa Mitte, Graf Kielmansegg, erarbeitet — bei einer Organisation immerhin, die zur Beratung der Bundesregierung tätig ist⁴⁰⁾. Da sich die meisten der angesprochenen Lösungsversuche

aber in den eingefahrenen Gleisen strategischen Denkens bewegen, vermögen sie keine neuen Wege zu weisen. Interessanterweise stammen „revolutionäre“ Ansätze von Denkern, die außerhalb oder am Rande der westlichen Allianz stehen. Dies gilt für den österreichischen Armeekommandanten Emil Spannocchi⁴¹⁾ und sein schwerlich übertragbares Konzept wie für die Alternativstrategien zweier Franzosen: des ehemaligen Militärattachés in den Vereinigten Staaten, Marc A. Geneste⁴²⁾, und des derzeitigen Militärattachés in der Volksrepublik China, Guy Brosollet, von dem sich wiederum Afheldt anregen ließ⁴³⁾.

⁴⁰⁾ Im einzelnen bei Afheldt, *Verteidigung und Frieden*, S. 188 ff.

⁴¹⁾ Emil Spannocchi, *Verteidigung ohne Selbstzerstörung*, in: *Verteidigung ohne Schlacht*, S. 17—91.

⁴²⁾ Marc A. Geneste, *The City Walls: A Credible Defense Doctrine for the West*, in: *Orbis Sommer 1975*, Vol. XIX, No. 2, S. 477—496.

⁴³⁾ Diese Ableitung und Eigenschöpfung entwickelt Afheldt auf den Seiten 234—298.

Für Afheldt liegt der Haupteinwand gegenüber der offiziellen NATO-Strategie darin, daß sie praktisch Selbstabschreckung bewirkt, das heißt: sie droht der anderen Seite mit einem Übel (dem Einsatz von Atomwaffen), das im günstigsten Fall beiden, möglicherweise vor allem aber dem Drohenden selbst, unkalkulierbaren Schaden zufügt. Eine solche Drohung mit dem eigenen „Selbstmord“ jedoch ist nicht glaubhaft — zumindest ist sie nicht rational. Dieses irrationale Element kommt in die NATO-Strategie durch den Automatismus des Einsatzes von Atomwaffen. Wollte man also eine rationale Strategie schaffen, die nicht mit dem eigenen Untergang droht, müßte man die Möglichkeit eines Einsatzes von Atomwaffen in der Bundesrepublik auszuschließen suchen. Will man den Einsatz von Atomwaffen vermeiden, darf man dem Gegner keine lohnenden militärischen Ziele für seine Atomwaffen auf dem Boden der Bundesrepublik bieten. Dies wurde auch schon vor Afheldt erkannt und ist theoretisch unter Militärs nicht strittig, bei der derzeitigen Struktur von Streitkräften aber kaum zu verwirklichen.

Brossollet sucht das Problem dadurch zu lösen, daß er der „Schlacht“ — dem Aufeinandertreffen hochtechnisierter Waffensysteme in großer Zahl — ihre kriegsentscheidende Rolle nimmt beziehungsweise darauf hinweist, daß die Schlacht diese Rolle im Atomzeitalter an sich längst verloren hat. Denn, so argumentiert Brossollet, wenn es in erster Linie ohnehin darauf ankommt, den Angreifer auf die Ernsthaftigkeit seiner Absichten hin zu testen, Zeit für die eigene politische Führung zu gewinnen und Zerstörungen im eigenen Land zu vermeiden, warum dann überhaupt noch Schlachten im Stile des Zweiten Weltkrieges schlagen? Eben deshalb propagiert Brossollet die „Non-bataille“, die Nicht-Schlacht. Daß ohne den Zwang zum Schlagen von Schlachten, zur Bildung von Fronten und Massierungen für Gegenstöße keine sogenannten lohnenden Atomziele entstehen und damit auch die Gefahr von Zerstörungen in einer Industrielandschaft sinkt, leuchtet ein. Wie aber gewinnt man im Rahmen einer solchen Strategie die für die politische Führung (zu Beratungen und Verhandlungen) so wichtige Zeit und wie verhindert man eine dauernde militärische Besetzung des eigenen Landes durch den Aggressor? Eine auf die Bundesrepublik bezogene Antwort sucht Afheldt zu geben.

Sein Strategievorschlag hat eine konventionelle und eine atomare Komponente. Frei nach Brossollet sucht die neue Doktrin den

Automatismus zum Einsatz von Atomwaffen dadurch zu unterlaufen, daß sie keine Schlachten mehr anstrebt und Truppenmassierungen, aber auch Kommandozentralen und Stäbe als Atomziele vermeidet. Die atomare Drohung kommt zudem bei Afheldt ohne die Stationierung von Atomwaffen auf deutschem Territorium aus, verringert angeblich das Risiko der Bundesrepublik, selbst zum Atomziel zu werden, und richtet sich nicht gegen Territorium und Bevölkerung der Sowjetunion, was wiederum das Risiko für die Vereinigten Staaten erträglicher macht. Außerdem scheint die neue Strategie für den konventionellen Bereich weniger rüstungsintensiv als bisherige Lösungen zu sein, da sie auf schwere Waffen in großer Zahl verzichtet. Folglich enthält sie einen geringeren Zwang zum Wettrüsten. Diese und andere Forderungen will Afheldt mit kleinen, beweglichen, heimatnah eingesetzten Kampfgruppen mit hochmodernen Panzerabwehrmitteln erfüllen, die er Technokommandos nennt. Die atomare Droh- und Schildkomponente (covering force) bleibt in amerikanischer Regie und entzieht sich auf Raketen-U-Booten in den Weltmeeren dem präventiven Nuklearschlag eines Angreifers.

In einem bedeutsamen Punkt konventioneller Verteidigung nähert sich die neue Strategie bestehenden Bundeswehrplanungen an: im Aufbau eines Potentials zum schnellen Verminen und Sperren von panzergängigen Flächen. Während die offizielle Rüstungspolitik in dieser Frage zögernd arbeitet — denn Minenfelder hemmen nicht nur den Aggressor, sondern auch die eigene Truppe (bei Rückzug oder Gegenstoß) —, kann die neue Strategie mit Sperren weit großzügiger verfahren; nach ihr braucht es keine weiträumigen Bewegungen eigener Großverbände mehr zu geben. Der Gegner stieße nach dem (wahrscheinlich verlustreichen) Durchbrechen immer neuer Minenfelder mit seinen Panzern nie auf eine Front, sondern auf das Netz aus „Technokommandos“, das gleichmäßig verteilt über der gesamten Bundesrepublik läge. Ein solches Kommando besteht aus 15 ortskundigen Einzelkämpfern mit starken Panzerabwehrraketen. Jeweils drei Mann erhalten ein Fahrzeug. Bei einem dieser Dreier-Teams befindet sich der Kommandoführer mit Fahrer und Funker. Das Gebiet, in dem das Kommando operiert, könnte rund 20 Quadratkilometer umfassen. (Dies entspricht einem Kreis mit einem Radius von etwa 2,5 Kilometern.) Die Einheit ist bereits im Frieden in diesem Gebiet stationiert. Sie hat Stellungen für ihre Panzerabwehrwaffen vorbereitet, ohne dadurch unflexibel zu werden. Ihr Kampfauftrag im Kriege ist begrenzt. Nach seiner Erfüllung mag sie

sich auflösen und untertauchen. Geht man beispielsweise von 10 000 solcher leichten Kommandos in der Bundesrepublik aus und unterstellt, daß jedes von ihnen im Schnitt drei Panzer zerstört, dann würde die Sowjetunion bei einer Invasion mehr Tanks verlieren, als sie zur Zeit in Nord- und Mitteleuropa stationiert hat. Gegen das Netz ist dem Invasoren weder der Einsatz von Atomwaffen möglich (der träfe auch die Invasionstruppen), noch kann es schnell durchbrochen werden. Würde es durch sogenannte schwere Kommandos mit weitreichender Panzerabwehr (60 000 Mann), durch Luftabwehrgruppen (50 000 Soldaten) und Mobilisierungstreitkräfte aus Reservisten (mit einer Kadertuppe von 50 000 Mann) ergänzt, dann ergäbe dies im Frieden einen Gesamtbedarf zwischen 300 000 und 350 000 Mann, also weit weniger als nach der derzeitigen Strategie. (Rolle und Umfang von Luftstreitkräften in diesem Konzept sind noch unklar.) Gegen Luftlandungen hält Afheldt sein Abwehrnetz für gefeit. Ein langsames Zerreißen und Aufrollen des Netzes durch im Schrittempo mit begleitender Infanterie vorgehende Panzer widerspräche dem Hauptgrundsatz der sowjetischen Strategie: dem Blitzvorstoß. Auch ein Schlagen von Korridoren und Schneisen dürfte für den Angreifer verlustreich und zeitraubend werden.

Während der Verteidiger also vor Überrumpelung sicher ist und Zeit gewinnt, stellt sich die Frage, wie er die Invasoren wieder los wird. Hält das Netz, was es verspricht, liegt darin schon ein Teil der Antwort. Denn der Angreifer verliert mit jedem Kampftag, der ihm nicht die politische Herrschaft über das „besetzte“ Land bringt, an Panzern und Material, aber auch an Prestige bei seiner Bevölkerung und den osteuropäischen Alliierten, durch deren Gebiete seine Nachschublinien laufen. Gegen sie richtet sich nun die zweite Komponente, die atomare Drohung mit der covering force. Sie gilt indirekt der kleinen Gruppe, die den Angriff ausgelöst hat, der sowjetischen Regierung, und deren Herrschaftsbereich in Osteuropa. Die Drohung soll nach Afheldt die entsprechende, gegen die sowjetische Herrschaft gerichtete Unruhe in den „angesprochenen“ Gebieten auslösen — eine Herrschaft, die sich in erster Linie auf Panzer stützt, Panzer, die nun aber im Netz gegnerischer Technokommandos dezimiert werden.

Nur wer Afheldts Entwurf liest, kann feststellen, wie exakt oft ein Element ins andere greift. Erst das sorgfältige Studium dieses Konzeptes mit allen innen- und außenpolitischen Folgerungen, Verästelungen, widerleg-

ten Einwänden, Komplikationen, aber auch Schwächen kann freilich zeigen, ob hier wirklich eine rationale Strategie vorliegt. Eine Kurzkritik dieses im besten Sinne utopischen Strategievorschlages ist problematisch — wie natürlich auch jede allzu knappe Vorstellung das Afheldtsche System widersprüchlicher und angreifbarer erscheinen läßt, als es in Wirklichkeit ist. Andererseits soll keine Kritik an dem Konzept unterdrückt werden. Vor allem sei gesagt, daß es immer mehr Einwände provoziert, je länger man sich mit ihm auseinandersetzt.

Erstens erhebt sich der Verdacht, daß die konventionelle Komponente der Modellstreitmacht (Technokommandos) nach Berücksichtigung auch nur der wichtigsten Hilfs- und Unterstützungsfunktionen mit Sicherheit komplizierter, schwerfälliger und verletzlicher ausfällt, als Afheldt sich das heute vorstellt. Damit verlöre die Konzeption aber jene Einfachheit, mit der sie jetzt besticht. Ihre ohnehin nur grob kalkulierten Kosten würden steigen. Der Wissenschaftler deutet dies an, wenn er von einer Ausweitung seines Konzeptes in die Bereiche des Bevölkerungsschutzes und der zivilen Verteidigung spricht. Auch wenn man die Frage des Übergangs von der bestehenden zu einer neuen Strategie mit dem Nebeneinander und Überlappen zweier Verteidigungssysteme außer acht läßt, scheint Afheldt — und dies ist der zweite Einwand — die Bevölkerung der Bundesrepublik zu überfordern. So ist trotz aller Hinweise auf das Unterlaufen atomarer Einsätze einer breiten Öffentlichkeit sicher nur schwer plausibel zu machen, daß man zur Verteidigung des Landes den Gegner erst einmal hereinläßt, um ihn dann zu dezimieren und auf Umwegen — über indirekt ausgeübten atomaren Druck — wieder hinauszudrohen. Wer garantiert, daß der eingedrungene Aggressor rational „mitspielt“, daß das Rausschmeiß-System funktioniert? Bürger und Soldaten — wird hier ein „Übermensch“ in Uniform gefordert?⁴⁴⁾ — bräuchten viel Mut, Selbstvertrauen und Opferbereitschaft, um sich rollengerecht zu verhalten. Die Bundesrepublik — ob Afheldt dies

⁴⁴⁾ Diese Überforderung dürfte noch extremer sein als im bisherigen System, wo sie nur selten so eindeutig erkannt und kritisiert wird wie von Collins (siehe Anmerkung 39). Daß bei älteren Autoren, die unter dem Eindruck praktischer Kriegserfahrungen standen, das Gefühl für solche menschlichen Faktoren oft ausgeprägter war, zeigt etwa Karl Pintschovius, Die seelische Widerstandskraft im modernen Kriege, Oldenburg 1936, vgl. insbesondere S. 11 ff. Dies bedeutet natürlich nicht, daß ich mit allen dort aufgestellten Behauptungen und Thesen übereinstimme.

nun will oder nicht — müßte wohl erst durchorganisiert, ja diszipliniert werden, um den Forderungen der neuen Strategie zu entsprechen. Die innenpolitischen, gesellschaftlichen Kosten der neuen Strategie wären also erheblich und kaum auf der Basis von Freiwilligkeit zu leisten.

Außenpolitisch erfordert das Strategie-Modell nicht zwingend eine Neutralisierung der Bundesrepublik. Schließlich wäre das Land nach wie vor (wegen der atomaren Drohkombenente) auf ein enges Zusammenwirken mit den USA angewiesen. Wenn Afheldt aber als Folgen seiner Strategie ein größerer politischer Spielraum der Bundesrepublik sowie ein Hineinwirken durch deren Modellcharakter in den osteuropäischen Raum und damit eine Herausforderung Moskaus vorschweben, muß man konsequent über mögliche Gegenmaßnahmen der Sowjetunion nachdenken. Hier liegt die dritte Gruppe von Einwänden.

Zunächst könnte ein Aggressor auf der vordergründigen Ebene bekannter Methoden gegen das strategische System Afheldts ankämpfen. Da er sich im besetzten Land befindet, steht ihm eine breite Palette von der politischen Propaganda und Verunsicherung bis

zum blutigen Terror zur Verfügung. Moralische Skrupel pflegen Invasoren nicht zu haben. Folglich wären zur Bekämpfung der Technokommandos — um nur ein Beispiel zu nennen — auch chemische Kampfstoffe von besonderer Raffinesse (Nervengifte) denkbar. Sicher besäße der Eindringling eine spezifische Gegenstrategie. Warum sollten die innovativen Fähigkeiten der Sowjetunion auf diesem Gebiet geringer sein als die der Bundesrepublik? Damit würde der bisherige Wettlauf zwischen Waffensystemen aber lediglich durch eine Konkurrenz zwischen immer neuen strategischen Systemen ersetzt.

Sollte allerdings der potentielle Aggressor wirklich zu der Überzeugung kommen, daß das gegnerische defensive System nicht aufzubrechen ist, müßte er dann nicht mit allen Mitteln bestrebt sein, dessen Einführung zu verhindern? Auf diese Weise bekäme das neue System eine fatale Wirkung: statt Stabilisierung würde es Risiken schaffen. Sicher ist dies immer nur der schlimmste Fall, doch legt gerade Afheldt selbst diesen strengen Maßstab gegenüber der NATO-Strategie an. Bei etwas Glück und gutem Willen des Gegners läßt sich mit ihr überleben. Darin liegt ja ihr fataler Reiz.

IV. Sisyphus im Atomzeitalter

Wir kehren zurück zu der Frage: Wie gefährlich ist die NATO-Strategie der flexible response wirklich? Theoretisch scheint dieses Problem lösbar zu sein. Man wird die Kritik Weizsäckers und Afheldts — die umfangreicher und differenzierter ist, als hier dargestellt — sorgfältig prüfen müssen. Dies könnte eine allgemein anerkannte, von der Bundesregierung einberufene Kommission tun. Hält die Kritik der NATO-Strategie dieser Durchleuchtung stand, wäre in einem zweiten Durchgang Afheldts Strategievorschlag auf seine Tauglichkeit hin zu untersuchen. Besteht er den Test nicht, ist nach einer anderen Alternativstrategie zu forschen.

Praktisch liegt ein Problem freilich darin, eine wirklich unvoreingenommene Prüfung einzuleiten. Betrachtet man die drei an dieser Stelle gegen Afheldts Plan vorgebrachten Argumente genauer, dann erweisen sie sich keineswegs als für alle Zeiten unwiderlegbar. Vielmehr handelt es sich um Einwände aus unserer aktuellen militärpolitischen Situation und den entsprechenden Denkgewohnheiten. Dieses Denken ist wandelbar; Bewußtseinswandel lautet denn auch die entscheidende

Forderung von Weizsäcker und Afheldt. Sie kann gar nicht dringend genug sein, wenn es nur eine Alternative zu ihr gäbe: den atomaren Tod oder die Zerstörung der Bundesrepublik.

Das gesamte Kalkül der Wissenschaftler beruht jedoch — und hier liegt ein grundsätzliches Problem — auf einer Voraussetzung: daß Abschreckung und Verteidigung im Atomzeitalter nach Gesetzen der Logik funktionieren⁴⁵). Ist dies der Fall, dann besteht Aussicht, eines Tages eine realisierbare Alternativstrategie im Sinne von Afheldt zu finden. Allein diese Aussicht lohnt weitere Stra-

⁴⁵) In diesem Zusammenhang scheint die mißverständliche Einengung des Clausewitzschen Begriffs der „Friktionen“ durch Afheldt von Bedeutung. Wenn Afheldt auf Seite 42 seines Buches zusammenfassend feststellt, die Technisierung des modernen Krieges habe die Friktionen beseitigt, „die nach Clausewitz in der Realität den Zwang zum Äußersten hemmen“, dann bezieht sich dies zu ausschließlich auf die Vernichtungskraft. Friktionen anderer Art sind nach wie vor — und man muß sagen: zum Glück — denkbar (siehe: Carl von Clausewitz, Vom Kriege, hrsg. von Werner Hahlweg, Bonn 1973¹⁸, S. 262, 263) und verhindern den „perfekten“ Krieg.

tegieforschung und -kritik. Ist dies aber nicht der Fall — lassen sich also Militärstrategien im Atomzeitalter wohl am Reißbrett entwerfen, aber keineswegs verbindlich auf ihre Tauglichkeit überprüfen und damit auch nicht perfektionieren —, erweist sich dann nicht alle Strategieforschung und -kritik eines Tages als sinnlose Sisyphus-Arbeit? Die Antwort lautet: Nein.

Mag Sisyphus auch ein absurder und tragischer Held sein, so sind sein Schicksal und seine Arbeit doch nicht sinnlos. Neben der Ohnmacht des Helden steht seine permanente Rebellion. Er „kennt das Ausmaß seiner unseeligen Lage“ und denkt darüber nach: „Das Wissen, das seine eigentliche Qual bewirken sollte, vollendet gleichzeitig seinen Sieg. Es gibt kein Schicksal, das durch Verachtung nicht überwunden werden kann.“⁴⁶⁾ Befreit von aller philosophischen Abstraktheit hat dies für die drei eingangs erwähnten Aufgaben der Strategiekritik handfeste Folgen: Erstens bleiben die im Prozeß der Strategieforschung wie -kritik gewonnenen Kriterien wichtig zur Beurteilung und Eindämmung extremer Forderungen und Ansichten im Bereich der Militärpolitik. Allein als Medizin für militärstrategische Hysteriker sind die Bücher von Afheldt und Weizsäcker weiterhin wertvoll. Zweitens bilden die von ihnen erarbeiteten Grundsätze ein wichtiges Korrektiv gegenüber dem Selbstbewußtsein der professionellen Strategen und deren offiziellem Abschreckungssystem. Sie im Zweifel zu halten über das Funktionieren ihres Instrumentes und seine Tauglichkeit zum Einsatz in einem Ernstfall dürfte die überlebenswichtigste Aufgabe der Strategiekritik überhaupt sein. Drittens aber kann all dies nur geleistet werden bei einem hohen Maß von Selbstkritik unter den Strategiekritikern selbst. Der Strategie-

⁴⁶⁾ Albert Camus, *Der Mythos von Sisyphos*, rde-Taschenbuch 90, S. 98, 99.

kritiker als Über-Strategie wird leicht zur tragischen Figur. Wenn Afheldt in seinem Alternativsystem Soldaten und Zivilisten — wenn auch unter anderen Vorzeichen — ähnlich überfordert, wie dies orthodoxe Strategieschöpfer tun, dann ist dagegen zu protestieren. Im Prinzip muß man Afheldts insgesamt bewundernswertes Unternehmen begrüßen, weil es wichtige Fragen aufwirft. Entscheidende Elemente der Afheldtschen Alternativstrategie dagegen sind mit Vorsicht zu genießen.

Daneben müssen sich die Strategiekritiker immer bewußt bleiben, daß ihre Überlegungen nicht im luftleeren Raum schweben. Die Einbeziehung der Sowjetunion, ihrer militärischen Potentiale und strategischen Doktrinen bleibt eine der unvermeidbaren Aufgaben für die Strategiekritik. Sich ihr zu stellen, gebietet intellektuelle Redlichkeit. Wobei nun aber auch vor einer Fixierung auf den „potentiellen Gegner“ zu warnen ist, wenn dabei falsche Prioritäten entstehen und bedeutsame nichtmilitärische Probleme unserer Gesellschaften ungelöst bleiben⁴⁷⁾. Wird Selbstkontrolle in diesen und anderen Fragen gewahrt, braucht sich die Strategiekritik keine Sorge um ihre „Existenzberechtigung“ zu machen. Minderwertigkeitskomplexe⁴⁸⁾ sind nicht angebracht; übertriebenes Selbstbewußtsein verbietet sich angesichts des Gegenstandes ohnehin.

⁴⁷⁾ In überspitzter Form bringt Kennan diese Gefahr auf die Formel: „Isn't it grotesque to spend so much of our energy on opposing such a Russia in order to save a West which is honeycombed with bewilderment and a profound sense of internal decay?“ (Encounter September 1976, S. 36).

⁴⁸⁾ Sie müssen zwangsläufig dort entstehen, wo man die Kritik überfordert. Siehe Claus Koch, *Wehrkraftzersetzung. Wider die Entpolitisierung der Sicherheitspolitik*, in: *Vorgänge*, Zeitschrift für Gesellschaftspolitik. Nr. 23, 15. Jg. (1976) Heft 5, S. 6—11.

Die Cruise Missile und ihre Folgen

I.

Die von der Langstrecken-Rakete *Cruise Missile**) ausgelöste Debatte über Rüstungsbeschränkungen ist nicht weniger heftig, als es vor sieben Jahren die Auseinandersetzung über MIRV (multiple indepently targetable reentry vehicle — eine Wiedereintritts-Trägerrakete mit mehreren, unabhängig voneinander auf einzelne Ziele einzustellenden Sprengköpfen) war. Obwohl die Cruise Missile keineswegs eine „Superwaffe“ ist, die den Gegner zuverlässig mit dem „first strike“ — dem ersten, vernichtenden Angriff in einem Krieg — bedroht, verfügt die neue Rakete doch über geradezu revolutionierende Eigenschaften, von denen vor allem ihre Präzision, ihre fast nicht zu ortende geringe Größe, ihre unterschiedlichen Reichweiten und die Vielfalt möglicher Abschußvorrichtungen zu erwähnen sind. Diese Eigenschaften drohen die Grundsätze zu unterlaufen, die bis jetzt eine erfolgreiche Vereinbarung zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion über Rüstungsbeschränkungen erlaubt haben. Deshalb gefährdet die Cruise Missile noch offensichtlicher als die MIRV die unmittelbare Zukunft von SALT (Strategic Arms Limitation Talks — Gespräche über die Begrenzung strategischer Waffen).

Auf lange Sicht verdüstert sich das Bild noch mehr. Schon heute verwischen die neuen Eigenschaften des Flugkörpers die ohnehin fließenden Grenzen zwischen den strategischen und taktischen Waffensystemen, zwischen nuklearen und konventionellen Waffen. Blickt man also einmal über SALT hinaus, wird die Cruise Missile es erschweren, einen neuen Rahmen für die Rüstungskontrolle zu erarbeiten. Soll Rüstungskontrolle künftig überhaupt einen Sinn haben, dann müssen die Waffensysteme nicht nur nach Mengen, sondern auch nach Wirkung begrenzt sein, und zwar so, daß die Kontrolle auch durchführbar ist. Da die Cruise Missile nur eine von vielen Waffen im

*) wörtlich: umherkreuzende Rakete

Mit freundlicher Genehmigung von United Press International wurde dieser leicht gekürzte Aufsatz entnommen aus dem Oktober-Heft 1976 der Zeitschrift *Foreign Affairs*. Übersetzung: Dr. Ursula Leippe, Flensburg.

Wettlauf um die qualitativ überlegene Rüstung ist, wäre ein Verzicht auf ihre endgültige Entwicklung ein erster positiver Schritt zu umfassenderen Begrenzungen auf diesem entscheidenden Gebiet.

II.

Eine Cruise Missile ist eigentlich ein Düsenflugzeug ohne Piloten. Anders als der raketenmotorgetriebene ballistische Flugkörper, der die Atmosphäre mit Überschallgeschwindigkeit verläßt und in einer Art Geschößbahn seinem Ziel entgegenschießt, wird die Cruise Missile ständig von luftatmenden Düsenmotoren vorwärtsgetrieben, fliegt langsamer als Schallgeschwindigkeit und verläßt die Atmosphäre nicht.

Cruise Missiles sind keineswegs ganz neu, sondern können bis zum Zweiten Weltkrieg, zur deutschen V-1 („buzz bomb“) zurückverfolgt werden. Vorläufer der Cruise Missiles waren auch von U-Booten der US-Marine eingesetzt, aber wieder aufgegeben worden, weil sie zu plump und nicht präzise genug waren, eine zu kurze Reichweite hatten und nicht unter Wasser abgeschossen werden konnten. Die sowjetische Marine verfügt noch über viele ähnlich primitive Kurzstrecken-Flugkörper, die von bestimmten Überwasserschiffen und U-Booten mitgeführt werden und in erster Linie für taktische Angriffe auf gegnerische Schiffe bestimmt sind. Die Luftstreitkräfte beider Mächte besitzen außerdem noch einige der älteren, großen Cruise Missiles, die für Angriffe auf kurze Entfernungen gedacht sind.

Bis vor kurzem konnten nur ballistische Flugkörper die weiten Entfernungen zurücklegen, die als „strategisch“ eingestuft werden (1 000 bis 2 000 Meilen und mehr); sie erreichen ihr Ziel mit annehmbarer Genauigkeit und befördern Sprengköpfe mit schwerer Ladung. Doch die verbesserten Cruise Missiles von heute werden es dank gleichzeitigem, raschen Fortschritt auf verschiedenen Gebieten der Technologie (Lenksysteme, Präzision, Leistung des Antriebsystems, Leistung und Wirtschaftlichkeit des Treibstoffs, Verkleinerung der Sprengköpfe) mit fast allen Ergebnissen der ballistischen Flugkörper aufnehmen können, was Reichweite, Präzision, vermutlichen Zer-

störungseffekt und Durchschlagskraft angeht, außerdem sind die Gesteungskosten pro Einheit wesentlich geringer. Und wenn die Cruise Missiles auch langsamer sind als die ballistischen Raketen, so haben sie doch den unschätzbaren Vorteil, daß man sie kaum entdecken kann.

Die aus der Luft abgefeuerte Cruise Missile der Luftwaffe (ALCM, air-launched cruise missile) und die vom Wasser aus zu startende der Marine (SLCM, sea-launched cruise missile) leisten fast das gleiche. Wenn sie auch nicht einfach austauschbar sind, können sie in der Diskussion doch als Einheit behandelt werden. Bei einer Länge von 20 feet (6,96 m) und einem Durchmesser von nur 6 inches (53,34 cm) können sie ebenso aus den normalen Torpedorohren der U-Boote abgefeuert werden wie von den Abschußvorrichtungen der Bombenflugzeuge B-52 für die SRAM (short-range attack missile, Kurzstrecken-Angriffsrakete), ja sogar von den Lance-Abschüßrampen der Boden-Boden-Raketen. Um eine Reichweite von 1 500 Seemeilen bei 400 Stundenmeilen zu erreichen, braucht die 3 000 pound (1 360,77 kg) schwere Cruise Missile einen Turbo-Fan-Motor von ungefähr 250 pound (113,40 kg). Dazu kommen 500 pound (226,80 kg) Treibstoff in dem 250 pound (272,25 kg) schweren Flugwerk; auf diese Weise bleiben mehr als 453,60 kg frei für Lenksystem und Sprengköpfe. Beim jetzigen Stand der Entwicklung wiegt das Lenksystem höchstens 800 pound (362,90 kg), so daß der Flugkörper ohne weiteres einen Sprengkopf von 200 pound (90,7 kg) befördern kann, der die Explosionswirkung von 200 Kilotons hätte (das entspricht etwa 15 Hiroshima-Bomben und der Wirkung, die von den Sprengköpfen einer mit MIRV ausgerüsteten interkontinentalen Rakete Minuteman III ausgelöst wird).

Die Cruise Missile verwendet zwei Lenksysteme: einmal ein Trägheitssystem, das die vorprogrammierten Zielinformationen der Rakete während des Fluges mit durch einen Höhenmesser gewonnenen Daten über Wetterverhältnisse und das überflogene Terrain ergänzt; dann ein Terminal-Lenksystem, dessen Kern ein Mikrowellen-Radiometer ist, der das Ziel identifiziert und den Flugkörper präzise landen läßt. Das Zusammenspiel der beiden Lenksysteme verleiht der Rakete eine Zielgenauigkeit von ca. 30 Metern aus einer Entfernung von mehr als 1 500 Meilen; weitere technische Verfeinerungen versprechen sogar eine noch größere Präzision. Da außerdem die Zielgenauigkeit von der Reichweite unabhängig ist, werden weitere Verbesserungen von

Motor und Treibstoff noch größere Strecken bei gleicher Präzision gestatten ¹⁾).

Die neue Cruise Missile kann also eine beträchtliche Explosivkraft bei unglaublich hoher Präzision entfalten, und zwar auf kurze wie auf weite Entfernung. Zwar ist sie noch langsam und, wenn erst einmal entdeckt, leicht abzuschießen durch SAMs (surface-air missiles, Boden-Luft-Raketen), aber ihre geringe Größe und ihr Tiefflug („an den Baumwipfeln entlangstreifend“) erschweren die Entdeckung durch Radar. Selbst wenn die Sowjets noch leistungsfähigere Radargeräte entwickeln sollten, wäre es für ihre Computer schwierig, eine anfliegende Cruise Missile von den Unebenheiten auf der Erdoberfläche zu unterscheiden. Außerdem werden unmittelbar bevorstehende technische Verfeinerungen der Turbo-Fan-Motoren wahrscheinlich zu noch höheren Geschwindigkeiten und größerer Beweglichkeit bei Ausweichmanövern führen. Schließlich wird die Cruise Missile viel billiger werden als die derzeitigen strategischen Waffen; man rechnet mit 500 000 Dollar pro Einheit für eine Rakete bei voll ausgelasteter Produktion.

Wie in früheren Fällen, so wurden auch bei der Cruise Missile die operativen Fähigkeiten schneller entwickelt als der strategische Zweck, für den sie verwendet werden sollte. Ursprünglich war von einer „Sicherung künftiger Entscheidungsfreiheit“ die Rede, ebenso davon, daß man „mit einer potentiellen sowjetischen Cruise Missile gleichziehen“ müsse. Doch tatsächlich stand hinter ihrer raschen Entwicklung auch die Rivalität der Waffengattungen. Die Marine suchte nach einer Waffe, die es mit der konventionellen und der nuklearen Schlagkraft der Luftwaffe aufnehmen kann, wenn es sich um taktische oder um strategische Einsätze zu Lande und zu Wasser handelt.

Die Luftwaffe wiederum hoffte, daß sie ihre strategische Bombermacht vor Überalterung schützen könne, wenn sie die Maschinen mit Cruise Missiles ausrüsten würde, die aus der Luft abgefeuert werden könnten; auf diese Weise glaubte man, die ständig verbesserte sowjetische Luftverteidigung mattsetzen und vielleicht auch ein Warnsignal geben zu können. Außerdem hoffte man, durch die niedrigen Kosten der Cruise Missile-ALCM (air-launched cruise missile) Gelder für anderen Bedarf der Luftwaffe zu sparen.

¹⁾ Die physikalischen Eigenschaften und Möglichkeiten der Cruise Missile werden im einzelnen erörtert in Kosta Tsipsis, The Long-Range Cruise Missile, in: Bulletin of the Atomic Scientists, April 1975, S. 15—26.

Lang anhaltende Überlegungen, die darauf abzielten, die Finanzen zu schonen und doch dabei die Schlagkraft aufrechtzuerhalten, verschleierte während der zehn Jahre, in denen die Cruise Missile entwickelt wurde, die Folgen, die sie für die Rüstungskontrolle haben mußte. Obwohl sie eine strategische Waffe ist, fällt die Cruise Missile nicht unter die geltende SALT I-Vereinbarung. SALT I bezieht sich nämlich auf eine zahlenmäßige Begrenzung der Startanlagen für strategische Waffen (und nicht etwa auf die Zahl der Raketen oder der Sprengköpfe), da nur hier eine oberste Grenze sinnvoll, für beide Seiten annehmbar und „mit nationalen technischen Mitteln“ (Satelliten-Fotoidentifizierung und elektronische Horchapparate) zu kontrollieren ist. Daß SALT I bis heute funktionierte, liegt an einer von beiden Seiten anerkannten, wenn auch etwas willkürlichen Unterscheidung zwischen strategischen und taktischen Waffen, die anhand der ihnen gestellten Aufgaben vorgenommen wird. Als die SALT-Verhandlungen begannen, genügten tatsächlich noch „nationale technische Mittel“, um die Existenz von allen Waffen festzustellen, die als strategisch bezeichnet werden konnten.

Aber die Cruise Missile entzieht sich jeder Unterscheidung zwischen taktisch und strategisch, weil dieselbe Cruise Missile kleine oder große Sprengköpfe befördern und aus großer oder geringer Entfernung angreifen kann. Da es sehr schwierig ist, die Reichweite einer einsatzbereiten Cruise Missile festzustellen, ohne sie aus der Nähe zu prüfen und das Gewicht von Sprengkopf und Treibstoff zu kennen²⁾, müßten sämtliche Cruise Missiles zu strategischen Waffen erklärt werden, wenn Höchstgrenzen für die Rüstungseinheiten festgesetzt werden; das aber würde ihren Einsatz für durchaus denkbare taktische Aufgaben verhindern. Auf jeden Fall machen ihre geringe Größe und die Möglichkeit, diese Flugkörper zu verstecken, eine Überprüfung der zahlenmäßigen Begrenzung unmöglich, es sei denn durch die eindringliche Inspektion an Ort und Stelle. Und da die Abschußvorrichtungen für Cruise Missiles — anders als für ballistische Raketen — sehr rasch nachgeladen werden können, ist auch eine zahlenmäßige Begrenzung der Abschußrampen völlig nichtssagend.

Bei der Vielfalt der Reichweiten und der außerordentlichen Präzision kann eine Cruise Missile, die mit einem konventionellen Sprengkopf ausgerüstet ist, durchaus strategi-

²⁾ Abschnitt V greift noch einmal die Frage der Entfernungsbegrenzungen für Cruise Missile und deren Tests auf.

sche Aufgaben erfüllen, wenn sie etwa einen zementierten ICBM-Silo (intercontinental ballistic missile) zerstört. Ebenso bedeutet die Tatsache, daß ihre besondere Präzision vor willkürlicher, weitgestreuter Zerstörung schützt, daß sie mit Nuklearsprengköpfen für solche taktischen Aufgaben eingesetzt werden kann, die bisher nur mit konventionellen Sprengköpfen erfüllt werden konnten. Mit anderen Worten: Die traditionellen und auch brauchbaren Unterscheidungen zwischen strategisch und taktisch, zwischen nuklear und konventionell sind völlig ausgehöhlt worden und machen es unmöglich, die Begrenzung „strategischer“ Waffen isoliert von anderen Bereichen der Rüstungskontrolle festzusetzen³⁾.

Denkt man an die möglicherweise verheerende Auswirkung der Langstrecken-Cruise Missiles auf die strategische Stabilität, auf die Rüstungskontrolle und die Regeln der militärischen Theorie, dann klingt es wie Ironie, daß die Vereinigten Staaten den Flugkörper zuerst als „Tauschobjekt“ bei SALT betrachteten, um sich sowjetische Zugeständnisse einzuhandeln. Doch sobald sich ihre erstaunlichen Leistungen herausstellten, erfanden die Planer im Pentagon viele überzeugende taktische und strategische Verwendungsmöglichkeiten für die aus der Luft oder vom Wasser aus abzuschießenden Flugkörper. Man ist überzeugt, daß die Cruise Missile für die künftigen Verteidigungserfordernisse entscheidend sein wird und sieht in ihr kein Tauschobjekt mehr.

III.

Es gibt zahlreiche taktische Aufgaben, bei denen die neue Cruise Missile dank ihrer Präzision, ihrer Unauffindbarkeit und ihrer beachtlichen Sprenglast die bestehenden Waffensysteme übertreffen könnte. Kurzstrecken-SLCMs wären eine unschätzbare Waffe gegen Schiffe; Kurzstrecken-ALCMs der Luftwaffe könnten den Schutz des Luftraums verstärken, Luftsperrren überwinden und eine viel präzisere Ergänzung der bestehenden Kurzstrecken-Angriffs-Raketen für Luft-Boden-Einsätze bilden⁴⁾.

³⁾ Richard Burt weist auf die Notwendigkeit hin, SALT und MBFR zu verbinden angesichts der durch die Cruise Missiles verursachten vollständigen Verwirrung der Begriffe. Siehe: *The Cruise Missile and Arms Control*, in: *Survival*, Januar/Februar 1976.

⁴⁾ Siehe: *Aviation Week and Space Technology*, 27. 1. 1975, S. 101 ff.; 24. 2. 1975, S. 19/20; 21. 4. 1975, S. 9 ff.; 25. 8. 1975, S. 14—15; 15. 9. 1975, S. 52 ff.; hier finden sich Beispiele dieser Überlegungen.

Doch da ja die technischen Eigenschaften der neuen Cruise Missile jedes für taktische Zwecke hergestellte Exemplar auch zu einer strategischen Drohung über weite Strecken hin machen, ist es unmöglich, nur für eine taktische Version und gegen eine strategische zu stimmen. Wie dringend auch der Bedarf an Cruise Missiles für Kurzstrecken sein mag, so ist doch im Sinne der Rüstungskontrolle ihr strategisches Potential zu gefährlich, als daß man ihre Einführung rechtfertigen könnte. Darüber hinaus ist ein Bedarf an ausgesprochenen Langstrecken-Cruise Missiles ziemlich zweifelhaft.

Die Befürworter bringen vor, daß eine Cruise Missile für Langstrecken — ob aus der Luft oder vom Wasser aus abgeschossen — billiger als eine ICBM oder eine SLBM sei, weil sie „den Bock sicherer zur Strecke bringt“: Durch ihre außerordentliche Präzision, ihre Durchschlagskraft, die niedrigen Herstellungskosten und geringen Anforderungen an ihre Wartung macht sie sich viel besser bezahlt als alle vorhandenen strategischen Offensivwaffen. Doch die Einführung der Cruise Missile durch die USA würde vermutlich die sowjetischen Fortschritte bei den SAMs (Boden-Luft-Raketen) und bei der Radartechnik aus der Vogelschau beschleunigen, damit aber auch die Verwundbarkeit der Fernbomber — einschließlich des vielgerühmten B-1. Deshalb ist auf Dauer gesehen das „billige“ Vernichtungspotential der Cruise Missile eine Selbsttäuschung: Die unvermeidliche Verbesserung der sowjetischen Boden-Luft-Raketen und des sowjetischen Radars wird hohe amerikanische Ausgaben für Entwicklung und Entfaltung wirksamer Gegenmittel erfordern⁵⁾.

Die Geschichte des Rüstungswettlaufs zeigt, daß sich die Sowjets gezwungen fühlen werden, es mit der amerikanischen Langstrecken-Cruise Missile aufzunehmen, wie sie sich ja auch veranlaßt sahen, ihre eigenen MIRVs zu entwickeln, obwohl die USA (zu spät) bei SALT I ihr Interesse an einer Begrenzung dieses Waffensystems darlegten. Eine solche sowjetische Reaktion wird dann wiederum die Vereinigten Staaten zwingen, sich entweder mit einer stärkeren Angriffsdrohung abzufinden oder gewaltige Summen aufzuwenden, um ihr Radarsystem zu verbessern und ein massives SAM-Netz aufzubauen, das beim gegenwärtigen Grad der Bedrohung durch die verhältnismäßig kleinen sowjetischen Bom-

⁵⁾ Siehe Tsipis, a. a. O., eine ausgezeichnete Darstellung der realen langfristig gesehenen Kosten über die Entwicklung und Anschaffung der Cruise Missile hinaus.

benflugzeuge und Kurzstrecken-Cruise Missiles für überflüssig gehalten wird. Da nun seit 1972 der ABM-Vertrag die Verteidigung durch antiballistische Flugkörper verbietet, wäre es für beide Seiten kostensparend und sicherer, sich auf die vorhandenen, mit MIRV ausgerüsteten ICBMs und SLBMs zu beschränken, statt in ein Wettüben mit Cruise Missiles und Anti-Cruise Missiles einzutreten, das schließlich nur die Sicherheit beider Lager verringern würde. Die Vereinigten Staaten täten besser daran, die Genauigkeit ihrer ballistischen Raketen zu verbessern, indem sie Elemente der Technologie vom Lenksystem der Cruise Missile für sie verwendeten. Da ballistische Raketen aufstellungen überprüfbar sind, können sie auch später leichter reduziert werden und wirken dementsprechend politisch stabilisierend.

Bei SALT I haben Amerikaner und Russen schließlich das Problem gemeistert, das durch die schwer zu überprüfenden MIRVs entstanden war; sie stimmten in der Annahme überein, daß sämtliche ICBMs und SLBMs, die sich dazu eigneten, bereits mit MIRV ausgestattet seien. Für die Cruise Missile dagegen läßt sich eine ähnliche Absprache nicht leicht finden, denn die Anzahl amerikanischer und sowjetischer Flugzeuge, die als Abschußvorrichtungen dienen könnten, ist so groß, daß eine Vereinbarung, die von der ungünstigsten Schätzung ausginge, zu einer absurd hohen Höchstzahl führen würde.

IV.

Die Entwicklung der Cruise Missile kann aber nicht nur das sowjetisch-amerikanische Rüstungsgleichgewicht belasten und womöglich auch noch andere bilaterale Bemühungen um Waffenkontrolle verhindern, sie könnte auch die „horizontale“ Verbreitung von Kernwaffen beschleunigen. Daß sich bis heute nicht mehr Länder um Kernwaffen bemüht haben, liegt zum Teil an den hohen Kosten für die Entwicklung zuverlässiger Abschußsysteme. Das wirksamste Mittel, einen Atom-Sprengkopf abzufeuern — die ballistische Langstrecken-Rakete — ist für die meisten Länder unerschwinglich, während wiederum die billigere Methode der Langstreckenbomber durch präventive Luft-Boden-Attacken und Luftverteidigung viel stärker gefährdet ist. Doch mit Cruise Missiles könnten sich schon bald wirksame und billige Abschußsysteme für viele Länder anbieten. Es wäre dann möglich, auf der Grundlage bereits publizierter Informationen über das US-System die Flugkörper selbst zu bauen — andere Länder würden sie

vielleicht von US-Firmen kaufen. Hier sei angemerkt, daß die Hersteller mit großen Produktionszahlen rechnen, die natürlich kostenkürzend wirken würden; die Produktion sei für unsere Verbündeten, einschließlich Israels, mitberechnet ⁶⁾.

Der Erwerb von Cruise Missiles durch Amerikas NATO-Verbündete würde deren gegenwärtiges nominelles Abschreckungspotential in eine aktuelle strategische Macht umwandeln. Wenn jedoch die Vereinigten Staaten die Verteidigung des Westens nicht mehr als ihr eigenes Interesse betrachteten, würde die bilaterale Struktur von SALT problematisch werden. Selbst wenn es möglich wäre, SALT auf eine multilaterale Ebene auszudehnen, würden doch die Verhandlungen so schwierig, daß kaum noch sinnvolle Begrenzungen zu erreichen wären. Noch erschreckender ist die Aussicht, daß die Cruise Missile die Nuklearwaffenverbreitung erleichtern und damit die Möglichkeit erhöhen würde, daß lokale Auseinandersetzungen auf die nukleare Stufe eskalieren, womit natürlich auch ein Engagement der Supermächte als Gefahr auftaucht.

Eine weitere Gefahr liegt in der Möglichkeit, mit Cruise Missiles strategische Angriffe mit konventionellen Sprengköpfen durchzuführen. Kleine Länder könnten also auch ohne Nuklearwaffen ein strategisches Potential erwerben. Auf diese Weise könnte die Cruise Missile zur Nemesis der Supermächte werden: Sie wären nicht mehr allein imstande, massive Zerstörung jenseits der Grenzen im Feindesland anzurichten. Die Cruise Missiles könnten tatsächlich die Begriffe „strategischer“ und „nuklearer“ Krieg voneinander trennen und damit das Abschreckungspotential der Atommächte verringern, das immerhin, zum Guten wie zum Schlechten, mehr als dreißig Jahre hindurch das Ausbrechen eines Weltkrieges verhindert hat.

V.

Ein Antrag, den die Senatoren Kennedy, Humphrey und Javits am 25. Februar 1976 im amerikanischen Senat einbrachten, enthielt einen auf den ersten Blick überzeugenden Versuch zur Kontrolle der Cruise Missiles: Amerikaner und Sowjets sollten sich zu einem Stillhalteabkommen verpflichten, das Probeflüge von Cruise Missiles mit mehr als 375 Meilen Reichweite untersagte. Die Be-

⁶⁾ Die Anforderungen an den Etat zur Entwicklung der Cruise Missile gründeten sich auf eine Kostenschätzung, die entsprechende Exportverkäufe voraussetzte. Siehe: Aviation Week and Space Technology, 7. 7. 1975, S. 41.

gründung: Wenn ein Langstrecken-Cruise Missile nicht getestet werde, könne auch ihre Zuverlässigkeit nicht erprobt werden, womit ihre Herstellung entfalle. Im Rückblick habe sich gezeigt, daß die Herstellung der MIRVs durch einen ähnlichen Versuchsstopp hätte verhindert werden können; die Innehaltung eines solchen Abkommens wäre auch ohne Inspektion an Ort und Stelle zu überprüfen gewesen.

Dennoch hatte der Vergleich mit einem Versuchsstopp für die MIRV zwei schwache Stellen. Erstens ist die neue Cruise Missile so klein, daß die Satellitenerkundung nicht zuverlässig feststellen kann, ob das Verbot auch beachtet wird; immerhin darf man natürlich annehmen, daß die pure Möglichkeit, bei einigen Versuchen „erwischt“ zu werden, ein genügendes Vorbeugungsmittel gegen Betrug darstellt. Entscheidend ist aber der zweite Punkt: Bei der Cruise Missile gibt die Erprobung auf kurzen Strecken zuverlässige Auskunft über ihr Verhalten auf langen Strecken, denn das Lenksystem arbeitet unabhängig von der Entfernung, und der Motor ist eigentlich nichts anderes als ein verkleinerter und besonders leistungsfähiger Düsenmotor, ähnlich dem konventioneller Flugzeuge. Wenn man erst einmal festgestellt hat, daß die Rakete ein paar hundert Meilen fliegt, weiß man auch, daß sie mehrere tausend Meilen zurücklegen kann ⁷⁾.

Doch für Verhandlungen über die Reichweite ist es ohnehin zu spät. Das amerikanische Cruise-Missile-System ist schon weit fortgeschritten, die Testprogramme laufen, und in zwei bis drei Jahren wird die Waffe voll eingesetzt werden können. Die zweifache Reichweiten-Kapazität ist bereits in das System eingebaut und kann durch Verhandeln nicht mehr aus der Welt geschafft werden. Eine Übereinkunft — wie sie die Sowjets wünschen —, die nur die Reichweite der SLCM betrafte, wäre sinnlos, weil die ALMC und die SLCM fast die gleiche Technik für Antrieb und Lenksystem verwenden. Darüber hinaus erlaubt der Modellentwurf heutiger Waffensysteme, daß Motoren für größere Reichweiten irgendwo anders erprobt und später in die Cruise Missile eingebaut werden.

Es hieß, Präsident Ford sei geneigt gewesen, die Cruise Missile zu opfern, um die SALT II-

⁷⁾ Das wurde am 27. 2. 1976 auf einer Pressekonferenz vorgebracht, die Fred Iklé, Leiter der Waffenkontroll- und Abrüstungsagentur, abhielt, als der Kennedy-Humphrey-Javits-Antrag eingebracht wurde, den dann übrigens die heftige Opposition der Regierung zu Fall brachte.

Vereinbarungen noch vor der Präsidentenwahl unter Dach und Fach zu bekommen⁸⁾. Doch im Pentagon ist der Widerstand gegen einen solchen Kurs groß, und größere Aussicht hat wohl die Möglichkeit, die Cruise Missile einfach aus einem SALT-II-Abkommen auszuklammern, das sich an die ursprünglichen Grenzen von Wladiwostok hält. Sollte das der Fall sein, wird die Neigung, die Cruise Missile 1978 oder 1979 in den Vereinigten Staaten einzuführen, unvermindert anhalten. Doch wenn eine strategische Waffe unkontrolliert bleibt oder für unkontrollierbar gehalten wird, verliert ein Erfolg bei SALT natürlich viel von seiner Bedeutung. Immer niedrigere Höchstgrenzen für interkontinentale ballistische Raketen, für vom Boden gestartete ballistische Raketen und strategische Bomber sind einigermaßen zweifelhaft, wenn beide Seiten sie durch Hunderte von billigen und fast ebenso wirksamen Cruise Missiles ausgleichen können. SALT wird dann den Rüstungswettkampf nicht verlangsamt, sondern ihn nur von den Mengen auf die Qualität abgelenkt haben.

Soll die Rüstungskontrolle künftig Sinn haben, muß SALT durch ein neues Rahmenwerk ersetzt werden, denn mit SALT kann die qualitative Verbesserung der Waffensysteme nicht wirksam erfaßt werden. Eine unilaterale amerikanische Entscheidung, die Entwicklung aufzuhalten oder auf die Einführung der Langstrecken-Cruise Missiles zu verzichten, könnte einem Wettkampf vorbeugen, der auf lange Sicht nur die amerikanische wie die sowjetische Sicherheit unterhöhlen müßte. Doch die Cruise Missile ist nur Vorbote einer revolutionären Richtung in der Waffentechnologie: Ihre ungewöhnlichen Fähigkeiten werden unvermeidlich übernommen (und vielleicht dabei übertroffen) werden von den künftigen Generationen der jetzigen Waffensysteme. Deshalb würde der unilaterale Verzicht auf die Cruise Missile im besten Fall nur die bevorstehende Krise in der Rüstungskontrolle hinausschieben. Die völlige Verwischung der Begriffe strategisch und taktisch, nuklear und konventionell ist nicht mehr aufzuhalten, es sei denn, man könnte den Wettkampf um die Qualität im Rüstungswesen sofort und wirksam beenden.

Doch das Problem wird kaum durch eine bilaterale sowjetisch-amerikanische Vereinba-

⁸⁾ Der Ford-Plan hätte die Cruise Missile in die Höchstgrenze von Wladiwostok einbezogen, ohne die Zahl der Backfires zu begrenzen. Das einzige Zugeständnis, das Washington dann vielleicht verlangt hätte, wäre die Herabsetzung des Limits von 2 400 auf 2 300 oder gar 2 200 Startrampen gewesen. Washington Post, 9. 8. 1976, S. 23.

— mit denen sich Moskau niemals einverstanden erklärt, falls nicht ein grundsätzlicher Wandel des sowjetischen Systems eintreten sollte⁹⁾.

Aber beide Seiten sollten ein Gefühl für die Folgen entwickeln, die ihre technologischen Fortschritte für die Rüstungskontrolle mit sich bringen. Die Vereinigten Staaten, allzuoft der Initiator neuer, noch tödlicher wirkender Technologien, müssen dabei den Anfang machen.

Ein erster Schritt zu unilateraler Beschränkung wäre die Einbeziehung von Rüstungskontrolleuren in die militärischen Planungs- und Forschungsbürokratien. Schon auf den ersten Forschungsstufen einer neu konzipierten Waffentechnologie sollte eine Rüstungskontroll-Belastungs-Erklärung¹⁰⁾ abgegeben werden, genau so, wie man heute für neue Industrieprojekte eine Erklärung über die Umweltbelastung abzugeben hat. Auf diese Weise kann die Entscheidung, ob Forschung und Entwicklung eines neuen Systems fortgeführt werden sollen, nicht nur unter den Gesichtspunkten „Ist es technisch möglich?“ und „Wird es militärisch nützlich sein?“ getroffen werden. Als weitere wichtige Fragen stellen sich: „Wird das neue System die Stabilität des strategischen Abschreckungsgleichgewichts verbessern?“ und „Wird es kontrollierbar sein auf der Grundlage realistischer, nämlich gegenseitig annehmbarer Voraussetzungen der Rüstungskontrollen?“

Darüber hinaus sollte man sich unilaterale Beschränkungen auferlegen, wenn es um die militärische Einführung der neuen Technologien geht. Neue Systeme sollten nicht mehr als Tauschobjekte entwickelt werden, die dann, wenn die Rüstungskontroll-Verhandlungen zum Stillstand kommen oder zusammenbrechen, nicht mehr rückgängig gemacht werden können oder, noch schlimmer, vielleicht die Sicherheit dadurch beeinträchtigen, daß jeder flüchtige Vorsprung der einen Seite sofort von der anderen Seite ausgeglichen wird, bis unter hohen finanziellen Kosten eine allgemein strategische Unsicherheit entstanden ist. Eine stillschweigend akzeptierte Politik des „keine erste Einführung!“ neuer Technologien

⁹⁾ Daß die Sowjets an Ort und Stelle vorgenommene Beobachtungen von friedlichen Kernexplosionen hingenommen haben — in dem vor kurzem unterzeichneten Threshold Test Ban Treaty —, darf nicht so verstanden werden, als zeige sich darin eine Änderung der sowjetischen Einstellung zu an Ort und Stelle vorgenommenen Inspektionen strategischer Programme.

ist vielleicht der einzige Weg, dem Wettrüsten mit gesteigerter Leistungsfähigkeit ein Ende zu machen. Und der technologisch Führende sollte auch der erste sein, diese Absicht zu demonstrieren.

Während also militärische und finanzielle Gründe für die Cruise Missile sprechen mögen, kann es aus der Sicht der Rüstungskontrolle keine Rechtfertigung für ihre Entwicklung geben. Unter diesem Gesichtswinkel müssen die Vereinigten Staaten erstens die Entwicklung der Cruise Missile einstellen

und zweitens ihre Entschlossenheit verkünden, niemals diesen Geist aus der Flasche zu entlassen, so lange nicht die Sowjets mit der Einführung einer eigenen Langstrecken-Cruise Missile vorangehen. Schließlich sollte Washington eine Politik der unilateralen Beschränkung bei weiteren Entwicklungen neuer Waffentechnologie deklarieren, und es sollte versuchen, die Sowjets zu einem ebenso vernünftigen Vorgehen zu veranlassen. Man kann unmöglich beides haben wollen — Rüstungskontrolle und Wettrüsten durch gesteigerte Qualität.

Britische Deutschlandpolitik vor dem Zweiten Weltkrieg

Friedensbedürfnis und gescheiterte Friedenssicherung

„The interest of this country is now and always — Peace“, schrieb Premierminister Balfour im Dezember 1903 an seinen König¹⁾ und formulierte damit die fundamentale Maxime britischer Außenpolitik seit der Mitte des 19. Jahrhunderts²⁾. Wenn britische Politiker in der Zeit zwischen den Weltkriegen, insbesondere angesichts der auf Expansion zielenden nationalsozialistischen Außenpolitik, nicht nachließen, Anstrengungen für die Erhaltung und Sicherung des Friedens zu machen, so war dies ein Zeichen der Kontinuität außenpolitischen Konfliktverhaltens, das die schiedlich-friedliche Konfliktlösung einem kriegerischen Konfliktaustrag vorzog. Großbritannien als Handelsmacht und Schnittpunkt finanzieller Transaktionen mit weltweiten Verbindungen lief unabhängig vom Ausgang des Konflikts im Kriegsfall, wenn Waren- und Finanzverkehr Beschränkungen erfahren oder gar zu erliegen drohten, Gefahr, im internationalen Vergleich Positionseinbußen zu erleiden und langfristig seinen Status als Großmacht zu verlieren³⁾. Es ist bezeich-

nend, daß darauf auch und gerade in einer Erklärung der Regierung aus dem Jahr 1935 zu Rüstungsfragen verwiesen wird. Hauptziel britischer Politik sei die Erhaltung des Friedens. Sicherster Schutz britischer Interessen resultiere nicht in erster Linie aus militärischer Abschirmung und einem Vorsprung im Rüstungswettkampf, sondern aus internationaler Stabilität, die die interkontinentalen Marktbeziehungen zur Entfaltung kommen lasse und damit den Außenbeziehungen der Staaten ihren eigentlichen Inhalt gebe⁴⁾.

Im folgenden soll zunächst der Versuch gemacht werden, das britische Interesse am Frieden auf seine strukturellen Bedingungen innen- wie außenpolitischer Art zurückzuführen. Im zweiten und dritten Teil der Studie werden sodann die Methoden beschrieben, mit denen die britische Regierung gegenüber Deutschland vergeblich versuchte, das eigene Friedensbedürfnis in eine Politik der Friedenssicherung umzusetzen. Die britisch-deutschen Beziehungen, deren Gestaltung in den dreißiger Jahren über Krieg und Frieden im internationalen System entschied und die darum hier als Exempel für britische Konfliktstrategie dienen, standen vor dem Zweiten Weltkrieg im Zeichen eines prinzipiellen Gegensatzes: Friedensbedürfnis des Handelsstaats und der saturierten Weltmacht auf britischer Seite, Militarisierung und Kriegsvorbereitung in Deutschland.

ing, *The Life of Neville Chamberlain*, London 1946, S. 252. Zu dem ganzen Komplex vgl. B.-J. Wendt, *Economic Appeasement. Handel und Finanz in der britischen Deutschlandpolitik 1933—1939*, Düsseldorf 1971.

⁴⁾ „The establishment of peace on a permanent footing is the principal aim of British foreign policy. The first and strongest defence of the peoples, territories, cities, overseas trade and communications of the British Empire is provided by the maintenance of peace. If war can be banished from the world, these vast and world-wide interests will remain free from the dangers of attack, and the great work of civilisation and trade will proceed unhampered by the fears that have hindered their progress from the earliest recorded times until today. That is why every British Government is bound to use its utmost endeavours to maintain peace.“ White Paper, *Statement Relating to Defence*, 4. 3. 1935, *Parliamentary Papers*, Cmd. 4827, S. 2.

¹⁾ S. H. Zebel, *Balfour, A Political Biography*, Cambridge 1973, S. 108. — Im folgenden handelt es sich um die überarbeitete Fassung eines Vortrags, den der Verfasser im Oktober 1975 während eines im Rahmen der Partnerschaft der Universitäten Mannheim und Sarajewo veranstalteten Symposions in Sarajewo über Probleme der Friedenssicherung im 20. Jahrhundert gehalten hat.

²⁾ Dazu K. Hildebrand, *Preußen als Faktor der britischen Weltpolitik 1866—1870. Studien zur Außenpolitik Großbritanniens im 19. Jahrhundert*, Habilitationsschrift Mannheim 1972 (Ms.); ders., „British Interests“ und „Pax Britannica“. Grundfragen englischer Außenpolitik im 19. und 20. Jahrhundert, in: *Historische Zeitschrift* 221 (1975), S. 623 ff.

³⁾ Den funktionalen Zusammenhang von Handelsmacht und Großmachtstatus betont sehr deutlich ein Memorandum des Foreign Office vom April 1926: „Without our trade and our finance we sink to the level of a third-class power.“ *Documents on British Foreign Policy 1919—1939 (DBFP)*, Serie IA, Bd. 1, S. 846. Leitmotivisch zog sich dieser Gedanke ausgesprochen oder unausgesprochen durch alle Erklärungen zur britischen Politik der Zwischenkriegszeit. Insbesondere Neville Chamberlain, seit 1937 Premierminister, war von ihm beherrscht, wie eine Tagebuchnotiz vom 25. März 1934 bezeugt: „Our greatest interest was peace, in the sense of a general pacification. If tomorrow complete security reigned throughout Europe, that would be the greatest possible boon to us, with our wide trading and financial ramifications.“ K. Feil-

I. Appeasement als Krisentherapie

Während man von einer Kontinuität in den britischen Zielvorstellungen sprechen kann, ist gleichzeitig auf die Diskontinuität in der Verfügbarkeit britischer Machtmittel zur Durchsetzung des Friedens zu verweisen. Das zentrale Problem britischer Außenpolitik zwischen den Weltkriegen bestand in der Disparität von Weltmachtsanspruch und Machtmitteln zur Erhaltung dieser Position. Während der Friede im 19. Jahrhundert dem nationalen Interesse in optimaler Weise entsprach und darum als wünschbar und erstrebenswert erschien, war seine Aufrechterhaltung in den dreißiger Jahren des 20. Jahrhunderts zur absoluten Notwendigkeit geworden. Die daraus resultierende Politik, die sogenannte Appeasementpolitik, war Ausdruck des relativen Machtverlusts einer absinkenden Großmacht, die als internationale Ordnungsmacht überbürdet, gleichzeitig aber in ihrer Existenz auf die Aufrechterhaltung dieser Ordnung angewiesen war. Veränderungen im internationalen Gefüge galt es folglich auf dem Weg des „peaceful change“ durchzuführen, um den Besitzstand des global in die Krise geratenen Weltreichs zu erhalten.

Die Momente der Krise, die hier nur aufrißartig behandelt werden können⁵⁾, umfaßten sowohl den innen- wie den außenpolitischen Bereich. Im Grunde war es die Frage nach der Leistungsfähigkeit der parlamentarischen Demokratie und der liberal-kapitalistischen Wirtschaftsordnung, die sich die Zeitgenossen angesichts der Herausforderung durch die nicht liberal-demokratisch verfaßten Staaten stellten⁶⁾. Die Krise Großbritanniens als Weltmacht war eingebettet in die Krise des „liberalen Systems“. Das liberale Friedensmodell, wie es von Präsident Wilson in seinen Vierzehn Punkten vom Januar 1918 oder von Premierminister Lloyd George in seinem Fontainebleau-Memorandum vom März 1919 programmatisch formuliert worden war⁷⁾, geriet mit seinen innen- und außenpolitischen Ord-

nungsvorstellungen am Ende der dreißiger Jahre für jedermann sichtbar an die Grenzen seiner Wirksamkeit. Das psychologische Moment des Krisenbewußtseins prägte das Konfliktverhalten der Entscheidungsträger, die stets davon auszugehen hatten, daß Großbritannien seinen Vorsprung als Industrie- und Handelsmacht und damit als Weltmacht gegenüber seinen Konkurrenten — insbesondere den USA — verloren hatte, zugleich aber meinten, nur in der Bewahrung der liberalen Friedensordnung ihre Interessen sichern zu können.

Alle außenpolitischen Entscheidungen britischer Regierungen in den dreißiger Jahren müssen stets im Kontext der britischen Weltpolitik gesehen werden. Europa- und Deutschlandpolitik sind nicht zu isolieren von den überseeischen Interessen und Verpflichtungen Londons. Von entscheidender Bedeutung erwies sich, daß Großbritannien durch seine weltweite Präsenz als einzige Großmacht von *allen* internationalen Konflikten der Zwischenkriegszeit tangiert war⁸⁾. Nacheinander sah es sich mit der revisionistisch-expansiven Politik Japans, Italiens und Deutschlands konfrontiert. Ziel britischer Politik mußte es nicht nur sein, das Zusammenwachsen von zwei Konfliktherden in Form einer Allianz der Aggressoren zu verhindern, sondern kriegerischen Konfliktaustrag überhaupt zu unterbinden, um die negativen Folgen eines dann nicht auszuschließenden britischen militärischen Engagements für britische Herrschaftspositionen in der Welt abzuwenden.

Die globale Defensive Großbritanniens fiel zusammen mit Desintegrationserscheinungen im Weltreich und Commonwealth, mit nachlassender militärischer Schlagkraft und Zweifeln an der friedenssichernden Funktion traditioneller Rüstungs- und Gleichgewichtspolitik.

Großbritannien konnte nach dem Ersten Weltkrieg seiner gewohnten Rolle als internationale Vermittler- und Ordnungsmacht — wenn es auch tatsächlich trotz der Diskrepanz von Weltmachtsanspruch und zur Verfügung stehendem Machtpotential daran festzuhalten versuchte — schon darum nicht mehr gerecht werden, weil es in erheblichem Umfang mit den inneren Problemen seines Weltreichs in Anspruch genommen war. Primär stellte sich

⁵⁾ Eine ausführlichere Darstellung über „Appeasement — die britische Antwort auf die Krise des Weltreichs und des internationalen Systems — wird vom Verfasser vorbereitet.

⁶⁾ Eine genaue Analyse dieser Frage steht noch aus.

⁷⁾ Vollständiger Text der Rede Wilsons vor dem Kongreß am 8. 1. 1918 in: Botschaften der Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika zur Außenpolitik 1793—1947, bearb. v. H. Strauss, Bern 1957, S. 102 ff. Das der Pariser Friedenskonferenz unterbreitete Memorandum Lloyd Georges vom 25. 3. 1919 ist abgedruckt u. a. bei M. Gilbert, *The Roots of Appeasement*, London 1966, S. 189 ff.

⁸⁾ Diesen Punkt betont auch D. N. Dilks, *Appeasement Revisited*, in: *University of Leeds Review* 15 (1972) No. 1, S. 38, 48 f.

die Aufgabe, den Zusammenhalt der Commonwealth-Länder zu sichern, die voneinander abweichende außenpolitische Vorstellungen hatten und unterschiedliche Prioritäten setzten. Wenn das Mutterland auch — schon weil es den militärischen Schutz bereitstellte — in der internationalen Diplomatie gegenüber den Dominions führend blieb und diese auch Entscheidungsprozesse in der britischen Regierungszentrale nicht eigentlich durch direkte Intervention beeinflussten oder zu steuern versuchten, so bildete doch das Wissen um den Standpunkt der Dominions in London einen Faktor von erheblichem Gewicht ⁹⁾.

Als die Empire-Konferenz im Mai 1937 zu vermehrten Anstrengungen für ein „international appeasement“ aufrief, bedeutete dies insbesondere, daß in Europa die Kriegsschwelle nicht bereits durch Revision der territorialen Bestimmungen des Versailler Vertrags erreicht sein durfte ¹⁰⁾. Solange Großbritannien auf die Commonwealth-Ressourcen zurückgreifen wollte, galt es stets zu beachten, daß diese Länder niemals britische Verpflichtungen etwa im Sinne der französischen Sicherheitspolitik in Europa billigen würden ¹¹⁾. Nach vorherrschender Meinung der Dominions stände ein Krieg zur Zementierung des Status quo in Mitteleuropa in keinem adäquaten Verhältnis zu dem dann geforderten Einsatz. Schon 1936 widersprach Kanada energisch eventuellen, freilich ohnehin nicht ins Auge gefaßten Sanktionen gegen die Remilitarisierung des Rheinlands ¹²⁾. Während der Sudetenkrise wollten die Dominions einen „höheren Preis für den Frieden“ zahlen als die britische Regierung ¹³⁾. Eine militärische Aktion hätte 1938 das Commonwealth einer Zerreißprobe unterworfen. Dies war der Grund, warum Vansittart, bis 1937 oberster Beamter im Foreign Office, in der Existenz des Weltreichs eher eine Belastung als eine

⁹⁾ Vgl. dazu neuerdings R. Meyers, Die Dominions und die britische Europapolitik der dreißiger Jahre, in: Tradition und Neubeginn. Internationale Forschungen zur deutschen Geschichte im 20. Jahrhundert, hrsg. v. J. Hütter, R. Meyers und D. Papenfuss, Köln 1975, S. 173 ff., wo auch die einschlägige ältere Literatur angeführt wird.

¹⁰⁾ Vgl. R. Tamchina, In Search of Common Causes: The Imperial Conference of 1937, in: Journal of Imperial and Commonwealth History 1 (1972), S. 85 ff.

¹¹⁾ Siehe etwa Kabinettsitzung vom 16. 3. 1936. Public Record Office London (PRO), CAB 23/83.

¹²⁾ V. Massey, What's Past Is Prologue, London 1963, S. 229 f.

¹³⁾ Ebd. S. 259, 261. Vgl. auch die Aufzeichnungen verschiedener Besprechungen von Commonwealth-Minister M. MacDonald mit Vertretern der Commonwealth-Länder während der Sudetenkrise 1938. PRO, Premier 1/242.

Kraftquelle sah ¹⁴⁾, und ein Grund, warum die britische Regierung den Ausgleich mit Deutschland auch auf Kosten der kleineren Staaten in Ostmitteleuropa suchte ¹⁵⁾. 1939 schließlich gab es, von Neuseeland abgesehen, eher Kritik als Unterstützung für die Rußlandpolitik der Regierung, die versuchte, mit der UdSSR zu einer vertraglichen Regelung über europäische Sicherheitsfragen zu kommen ¹⁶⁾.

Aber nicht nur als Haupt des Commonwealth, auch als direkte Kolonialmacht sah sich Großbritannien akuten Problemen in Gestalt emanzipatorischer Unabhängigkeitsbewegungen wie in Indien oder Palästina gegenübergestellt ¹⁷⁾, die beispielsweise auch Hitler in Rechnung stellte, wenn er eine britische Intervention in Mitteleuropa nicht erwartete ¹⁸⁾.

Auch aus militärischen Gründen war mit einer derartigen Intervention nicht zu rechnen ¹⁹⁾. Großbritannien hatte nach dem Ersten Weltkrieg in großem Umfang abgerüstet. Prämisse der Verteidigungspolitik war nach der „Ten-Year-Rule“ die Annahme, in den nächsten zehn Jahren werde kein „größerer Krieg“ zu führen sein. Auch als diese Grundannahme nach der Mandschureikrise aufgegeben wurde, kam die Wiederaufrüstung im Rahmen einer auf Defensive abgestellten Strategie nur langsam in Gang. Noch 1938 waren die britischen Inseln gegen die in einem Krieg zu erwartenden Luftangriffe nicht vollständig abwehrbereit. Hinzu kam zweifel-

¹⁴⁾ Vansittart zu Dalton, einem der außenpolitischen Experten der Labour Party, am 4. 11. 1937. Dalton Diaries, Bibliothek der London School of Economics and Political Science.

¹⁵⁾ Sitzung des Committee on Foreign Policy vom 18. 3. 1938 (PRO, CAB 27/623) und des Kabinetts vom 30. 8. 1938 (PRO, CAB 23/94).

¹⁶⁾ Für Einzelheiten G. Niedhart, Großbritannien und die Sowjetunion 1934—1939. Studien zur britischen Politik der Friedenssicherung zwischen den beiden Weltkriegen, München 1972, S. 192 ff.

¹⁷⁾ Vgl. C. Cross, The Fall of the British Empire 1918—1968, London 1968, S. 205 ff.

¹⁸⁾ Im November 1937 hielt Hitler nach den von Hoßbach überlieferten Ausführungen die Handlungsfähigkeit Großbritanniens durch innere Schwierigkeiten seines Weltreichs für stark eingeschränkt. Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik 1918—1945 (ADAP), Serie D, Bd. 1, S. 28: Im August 1939 begründete Hitler seine Überzeugung, Großbritannien werde nicht in einen Krieg eintreten, mit dem Hinweis, es habe dabei nur zu verlieren und sei „mit Verantwortung in allen Erdteilen“ überlastet. Halder, Kriegstagebuch, Bd. 1, Stuttgart 1962, S. 8.

¹⁹⁾ Hierzu und zur Interdependenz von Politik, Wirtschaft und Rüstung: R. Meyers, Britische Sicherheitspolitik 1934—1938. Studien zum außen- und sicherheitspolitischen Entscheidungsprozeß, Düsseldorf 1976; N. H. Gibbs, Grand Strategy, Bd. 1: Rearmament Policy, London 1976.

los eine Überschätzung der deutschen Luftwaffe und eine Angstpsychose angesichts der neuen Dimensionen des Luftkriegs²⁰⁾. Aus militärischer Sicht war Großbritannien 1938 infolge mangelnder Kriegsbereitschaft zum Stillhalten gezwungen²¹⁾.

Die Defensivstrategie war Ausdruck einer Krise der traditionellen Gleichgewichtspolitik, mit deren Hilfe Großbritannien bis zum Ersten Weltkrieg den Frieden Europas zu organisieren versucht hatte, weil der Zustand des kontinentaleuropäischen Gleichgewichts, der zugleich eine indirekte Herrschaft über Europa implizierte, britischen Interessen am dienlichsten war. Doch Anfang 1939 konstatierte ein britischer Diplomat die neue Situation: „The Pax Britannica is no longer respected in Central Europe, and Great Britain can no more hope to be the policeman of Europe.“²²⁾ Nicht nur, daß eine neue Koalition der Alliierten des Ersten Weltkriegs nicht praktikabel war: mit Italien und Japan gab es keine gemeinsame Basis für ein Bündnis²³⁾; Frankreich galt als innenpolitisch instabil und geschwächt²⁴⁾; dasselbe traf für die Sowjetunion zu, der man politisch mißtraute und die man militärisch für wenig schlagkräftig hielt²⁵⁾; mit einem Engagement der Vereinigten Staaten von Amerika schließlich glaubte man nicht rechnen zu können²⁶⁾.

²⁰⁾ Vgl. G. H. Quester, *Deterrence before Hiroshima. The Airpower Background of Modern Strategy*, New York 1966, S. 94 ff.

²¹⁾ General Ismay empfahl in einer Studie vom 20. 9. 1938 (Note on the question of whether it would be to our military advantage to fight Germany now or to postpone the issue), einen Krieg mit Deutschland zu diesem Zeitpunkt zu vermeiden. PRO, CAB 21/544. Abgesehen von dieser auf Großbritannien selbst bezogenen Lagebeurteilung sahen weder Regierung noch Generalstab 1938 eine Möglichkeit, die Sudetenkrise mit militärischen Mitteln im Sinne des Status quo zu beenden. DBFP, Serie III, Bd. 1, S. 220 (englisch-französische Konferenz in London 28./29. 4. 1938); *The Ironside Diaries 1937—1940*, London 1963, S. 64.

²²⁾ Der britische Botschaftsrat in Berlin, Sir G. Ogilvie-Forbes, am 3. 1. 1939 an Außenminister Halifax, DBFP, Serie III, Bd. 3, S. 563.

²³⁾ Vgl. dazu L. R. Pratt, *East of Malta, West of Suez. Britain's Mediterranean Crisis 1936—1939*, Cambridge 1975; B. A. Lee, *Britain and the Sino-Japanese War 1937—1939. A Study in the Dilemmas of British Decline*, Stanford und London 1973.

²⁴⁾ Zu den britisch-französischen Beziehungen vgl. die beiden Sammelbände N. Waites (Hrsg.), *Troubled Neighbours. Franco-British Relations in the Twentieth Century*, London 1971; *Les relations franco-britanniques de 1935 à 1939*, Paris 1975.

²⁵⁾ Zu den Rußlandbildern britischer Führungsgruppen vgl. Niedhart, *Großbritannien und die Sowjetunion*, S. 31 ff.

²⁶⁾ Zur britischen Amerikapolitik siehe R. Owendale, „*Appeasement*“ and the English Speaking

Ein weiterer Punkt trat hinzu, der den Übergang von der *Noncommitment-Politik* zu einer den Aggressor abschreckenden Allianzpolitik verhinderte, wie sie etwa von Churchill propagiert wurde: Man glaubte, im System der Allianzverflechtungen, Blockbildungen und Rüstungswettläufe eine wesentliche Ursache für den Ausbruch des Ersten Weltkriegs erkannt zu haben. Aus diesem Grund lehnte man die französische *sécurité*-Doktrin ab²⁷⁾, und noch 1939 beeinflusste dieser Gedanke nachhaltig die britische Verhandlungsführung in den Gesprächen mit der sowjetischen Regierung, die eine direkte Allianz anstrebte. Gegenüber der Zeit vor 1914 gelte es, so wurde argumentiert, die Offenheit eines multipolaren internationalen Systems als Voraussetzung für die Erhaltung des Friedens zu erkennen. In diesem System wären Reibungsursachen auf dem Verhandlungsweg zu beseitigen und die dann saturierten Großmächte in einer „*natürlichen Balance*“²⁸⁾ zu vereinen. Das neue Gleichgewicht hätte dann die „*sinister significances*“ und den infolge des britischen Machtverlusts bedrohlichen *circulus vitiosus* der herkömmlichen Gleichgewichtspolitik überwunden²⁹⁾.

Nur vor diesem Hintergrund ist eine Politik zu verstehen, die in Zentraleuropa einen deutschen Machtzuwachs konzidierte, im Mittelmeerraum das italienische Ausgreifen über die eigenen Grenzen und im Fernen Osten ein begrenztes Vordringen Japans in China duldete. Angesichts „*neuer Realitäten*“³⁰⁾ bemühte man sich um ein Einverständnis der Großmächte über deren natürliche Interessensphären. In diesem Konzept bildeten die USA und die UdSSR zwei in sich geschlossene, relativ abgelegene Einheiten, die man nur bedingt in das Kalkül der eigenen außenpolitischen Strategie einbeziehen wollte. In gleicher Weise sollten das sozialrevolutionäre Element der Sowjetunion wie das überlegene Wirtschaftspotential der Vereinigten Staaten von Amerika aus dem „*inneren*

World. Britain, the United States, the Dominions and the Policy of „*Appeasement*“ 1937—1939, Cardiff 1975.

²⁷⁾ Zu den britisch-französischen Differenzen in außenpolitischen Grundsatzfragen immer noch A. Wolfers, *Britain and France between two Wars. Conflicting Strategies of Peace since Versailles*, New York 1940 (Nachdruck Hamden, Conn. 1963).

²⁸⁾ Halifax am 24. 2. 1939 in einem Vortrag in Ashridge. Halifax Nachlaß (Churchill College Cambridge) A4-410-1/2.

²⁹⁾ Ebd. Siehe auch ein Memorandum von Lord Halifax vom 24. 5. 1938, PRO, CAB 24/277.

³⁰⁾ Halifax an den britischen Botschafter in Paris, 1. 11. 1938. DBFP, Serie III, Bd. 3, S. 253.

Kreis" ³¹⁾ der Mächte ferngehalten werden. Mit Japan hoffte man ein Abkommen erzielen zu können, das alle britischen Interessen im pazifischen Raum respektierte. Die unmittelbare Gefahr für den Frieden lag in Europa, wo die Interessen der vier Großmächte Deutschland, Italien, Frankreich und Großbritannien aufeinanderprallten. Seit den Locarno-Verträgen galt das Zusammenwirken der „großen Mächte Westeuropas" ³²⁾ als wesentliche Voraussetzung für die Erhaltung des Friedens. Die Koexistenz der vier Großmächte blieb bis zum Kriegsausbruch ein erstrebtes Ziel, da man in ihm allein die Basis für ein „general scheme of appeasement in Europe" ³³⁾, für ein „general European settlement" ³⁴⁾ erblickte.

Ein in einem „general settlement" pazifiziertes Europa sollte vordringlich eine Reduktion der nationalen Rüstungen und ein Abkommen über Rüstungsbegrenzung ermöglichen. Von der finanziellen Bürde der Aufrüstung und der Furcht vor einem Krieg befreit, wäre man in der Lage gewesen, die krisenanfällige britische Wirtschaft umzustellen, die Handels- und Zahlungsbilanz günstiger zu gestalten und das gesellschaftliche Gefüge durch Reformen stabil zu erhalten. Der Rüstungswettlauf, so fürchtete man, werde die englischen Finanzen möglicherweise noch vor Eintritt des Ernstfalls ruinieren ³⁵⁾. Die Kosten für hohe Rüstungsaufwendungen drohten die beginnende Überwindung binnenwirtschaftlicher Strukturprobleme der britischen Wirtschaft, die sich um der internationalen Wettbewerbsfähigkeit willen in einem Anpassungs- und Umbildungsprozeß befand, zu bremsen. Jeglicher Krieg mußte diesen Prozeß unterbrechen, von der dann drohenden Abschnürung des Außenhandels ganz abgesehen. Großbritannien war auf den Austausch mit einem politisch stabilen Mitteleuropa angewiesen, in dem Deutschland die Schlüsselrolle einnahm. „Für

ein mageres Deutschland", so formulierte es im Februar 1935 Ashton-Gwatkin, der Leiter der wirtschaftspolitischen Abteilung im Foreign Office, „haben wir selbst zu zahlen durch Verluste in unserem Warenverkehr, da das Verhungern Deutschlands nicht nur einen direkten Verlust im Handel nach Deutschland, sondern auch, so dominierend und zentral ist seine Position, gleichzeitig den Hungertod eines großen Teils Europas bedeutet" ³⁶⁾. Darum überrascht es nicht, wenn Premierminister Neville Chamberlain nach der eben bereinigten Sudetenkrise Hitlers Aufmerksamkeit auf den in seinen Augen zentralen Punkt zu lenken versucht: Hand in Hand mit einer „Beruhigung der politischen Leidenchaften" müsse man zu einem „Abbau der internationalen Handelshemmnisse" kommen ³⁷⁾.

Die britische Weltpolitik der Zwischenkriegszeit und in ihrem Rahmen die Deutschlandpolitik war der Versuch des „Troubled Giant" ³⁸⁾, gefährdete Positionen durch Stabilisierung des Friedens zu retten. Der zugrunde liegende Friedensbegriff entsprang einem Kalkül nationaler Politik. Nur im Frieden glaubte man ein Krisenrezept entwickeln zu können. Voraussetzung für den Erfolg dieser Politik war, Veränderungen im internationalen System, wie sie die revisionistischen Mächte anstrebten, stets derart unter Kontrolle zu behalten, daß sie für Großbritannien unterhalb der Schwelle zum Krieg blieben, daß für Großbritannien gar nicht erst der Verteidigungsfall eintrat. Was abgekürzt unter dem heute pejorativ gebrauchten Schlagwort „Ap-

³¹⁾ I. Kirkpatrick, *The Inner Circle. Memoirs*, London 1959.

³²⁾ Eden am 18. 3. 1936 vor der Völkerbundversammlung. League of Nations, *Official Journal* 17 (1936), S. 327.

³³⁾ Chamberlain am 21. 2. 1938 im Unterhaus. *Parliamentary Debates, House of Commons*, Bd. 332, Sp. 54.

³⁴⁾ Chamberlain am 29. 1. 1937 in einer Rede in Birmingham. *Survey of International Affairs 1937*, Bd. 1, London 1938, S. 33.

³⁵⁾ Schatzkanzler Simon in der Kabinettsitzung vom 14. 3. 1938. PRO, CAB 23/92. Vgl. auch R. A. C. Parker, *Ökonomie, Aufrüstung und Außenpolitik Großbritanniens vor 1939*, in: *Wirtschaft und Rüstung am Vorabend des Zweiten Weltkriegs*, hrsg. v. F. Forstmeier und H.-E. Volkmann, Düsseldorf 1975, S. 264 ff.

³⁶⁾ Zitiert bei Wendt, *Economic Appeasement*, S. 330. Vgl. auch ein Exposé Ashton-Gwatkins über „Germany's Economic Position", das als Anhang zu einem Memorandum „Britain, France and Germany" von Sargent und Wigam vom 21. 11. 1935 (siehe unten Anm. 68) verfaßt wurde und in dem für ein „prosperous Germany" plädiert wurde. „The British Government now have to decide whether they wish to see a Germany that is economically strong or economically weak. There is some danger in either course; but the latter seems by far the more perilous. A weak, hysterical individual, heavily armed, is a danger to himself and others. From a purely commercial point of view a strong Germany would be one of our best customers." PRO, FO 371/18851.

³⁷⁾ Chamberlain zu Hitler am 30. 9. 1938 in München. ADAP, Serie D, Bd. 4, S. 254. Vgl. auch Eden vor der Völkerbundversammlung am 20. 9. 1937, Großbritannien wolle sich an Bemühungen beteiligen, „to effect economic and political appeasement and to increase international trade". League of Nations, *Official Journal, Special Supplement* No. 169 (1937), S. 65.

³⁸⁾ F. S. Northedge, *The Troubled Giant. Britain among the Great Powers 1916—1939*, London 1966.

peasement" historisch zu fassen ist³⁹⁾, war jedoch keine Beschwichtigungspolitik des Friedens um jeden Preis, sondern enthielt durchaus die Bereitschaft, die Kriegsschwelle zum Zweck der Verteidigung nationaler Interessen zu überschreiten.

In grundsätzlich gehaltenen Ausführungen zur britischen Politik nach dem Münchener Abkommen bestimmte Außenminister Lord Halifax diese Interessen mit der Vorherrschaft Großbritanniens und Frankreichs in Westeuropa, der Präsenz im Mittelmeerraum, der gesicherten Herrschaft im Empire und der Aufrechterhaltung der imperialen Verbindungswege⁴⁰⁾. Appeasement bedeutete weder Aufgabe eigener Positionen, um einen Aggressor zu beschwichtigen, noch die Ablenkung der Aggression gegen dritte von Hitlers „Programm“ bedrohte Großmächte, z. B. gegen die Sowjetunion oder gar Frankreich, um den eigenen Frieden durch freie Hand für Hitler auf dem europäischen Kontinent zu erkauften. Vielmehr lag der britischen Politik eine Doppelstrategie zugrunde, wie der damalige Erziehungsminister Halifax schon 1935 unterstrich: „the dual policy of peace and the other half of it, the obligations of defence“⁴¹⁾. Sprach, wie oben erwähnt, die Empire-Konferenz 1937 einerseits die Verpflichtung zum

Frieden aus, so formulierte sie doch gleichzeitig die Grenzen der Friedensbereitschaft⁴²⁾. Immer wieder signalisierten britische Regierungsmitglieder für Hitler die „twin foundation“ ihrer Politik⁴³⁾, um der deutschen Seite weder Anlaß zu einem neuen Einkreisungskomplex noch die Illusion eines leichten Beutezugs in Europa zu geben.

Um verteidigungsbereit zu sein, mußte aufgerüstet werden. Um vor Abschluß des Rüstungsprogramms, dessen Tempo durch das Festhalten an den Grundsätzen einer „liberalen“ Finanz- und Wirtschaftspolitik freilich beeinträchtigt wurde, keinen Angriff zu provozieren, war es nötig, mit einer flexiblen Politik den Ausbruch eines Krieges zu verhindern. Wenn ihr ein „general settlement“ gelingen würde, war das eigentliche und erhoffte Ziel britischer Politik erreicht; wenn nicht, sollte wenigstens Zeit gewonnen werden, um einem Angriff nicht ungerüstet gegenüberstehen zu müssen oder die eigene Militärmacht als Abschreckungsinstrument einsetzen zu können⁴⁴⁾. In diesem ganz rationalen Kalkül und nicht in der vermeintlichen Kurzsichtigkeit irrender einzelner an der Spitze der Regierung ist die Erklärung für den Kurs der britischen Politik vor Ausbruch des Zweiten Weltkriegs zu suchen.

II. Deutschland als Unruheherd in Mitteleuropa

Im folgenden soll unter weitgehendem Verzicht auf ereignisgeschichtliche Vollständigkeit anhand exemplarischer Vorgänge gezeigt werden, wie die britischen Regierungen der dreißiger Jahre die allgemeinen Grundsätze

ihrer Politik in konkrete Schritte der Deutschlandpolitik umzusetzen versuchten. Innerhalb des Konzepts der „dual policy“ dominierten

³⁹⁾ Zu Tendenzen der Appeasement-Forschung vgl. D. C. Watt, *Appeasement. The Rise of a Revisionist School?*, in: *Political Quarterly* 36 (1965), S. 191 ff. (deutsch in: *Kriegsbeginn 1939. Entfesselung oder Ausbruch des Zweiten Weltkriegs?*, hrsg. v. G. Niedhart, Darmstadt 1976, S. 302 ff.); ders., *The Historiography of Appeasement*, in: *Crisis and Controversy. Essays in Honour of A. J. P. Taylor*, hrsg. v. A. Sked und Ch. Cook, London 1976, S. 110 ff.; G. Niedhart, *Friede als nationales Interesse: Großbritannien in der Vorgeschichte des Zweiten Weltkriegs*, in: *Neue Politische Literatur* 17 (1972), S. 451 ff.; G. Schmidt, *Strategie und Außenpolitik des „Troubled Giant“*, in: *Militär-geschichtliche Mitteilungen* 1973, H. 2, S. 200 ff.; B.-J. Wendt, *Der blockierte Dialog. Neuere Literatur zu den deutsch-englischen Beziehungen in den 30er Jahren*, in: *Militär-geschichtliche Mitteilungen* 17 (1975), S. 201 ff.

⁴⁰⁾ Halifax an Phipps, 1. 11. 1938, wie oben Anm. 30.

⁴¹⁾ Halifax im Oberhaus, 22. 5. 1935. *Parliamentary Debates, House of Lords*, Bd. 96, Sp. 1065. Vgl. weiter den Leitartikel in der „Times“ vom 6. 12. 1935: „The Double Line“.

⁴²⁾ Der australische Premierminister Lyons über die Ergebnisse der Konferenz am 24. 8. 1937: „In the view of the failure of the League of Nations to guarantee security against aggression, the Conference gave careful consideration to the question of Empire-cooperation for the preservation of peace by ensuring the defence of the Empire against aggression, and at the same time contributing to the general cause of peace and stability. The Conference agreed that these dual objectives were to be obtained.“ *Commonwealth of Australia, Parliamentary Debates*, Bd. 154, S. 25.

⁴³⁾ Halifax am 29. 6. 1939 in einem Vortrag im Londoner Royal Institute of International Affairs. Halifax, *British Foreign Policy, London 1939*, S. 12. Siehe auch eine Rede Chamberlains in Birmingham am 8. 4. 1938: „Our policy is based upon two conceptions. The first is that if you want to secure a peace which can be relied upon to last, you have got to find out what are the causes of war and remove them. . . The second conception is this: in an armed world you must be armed yourself.“ *Birmingham Post* v. 9. 4. 1938.

⁴⁴⁾ Vgl. auch Feiling, *Chamberlain*, S. 297, 323, 401, 409; Viscount Templewood (Samuel Hoare), *Nine Troubled Years*, London 1954, S. 374, 383 ff.

zunächst die Anstrengungen, bessere Bedingungen für den Frieden zu schaffen. Man wollte die aus dem Versailler Vertrag herrührenden deutschen Beschwerden ausräumen, um das nationalsozialistische Deutschland für europäische Vertragsregelungen geneigt zu machen. Dies sollte zunächst auf dem Gebiet der Rüstung geschehen. Unter Revision von Teil V des Versailler Vertrags wurde die deutsche Wiederaufrüstung in der Hoffnung legalisiert, als Gegenleistung ein allgemeines Abkommen über Rüstungsbegrenzungen zu erhalten. Im Gegensatz zur französischen Haltung plädierte London während der gesamten Zwischenkriegszeit für eine Reintegration Deutschlands in den Kreis der europäischen Großmächte. Locarno bezeichnet den ersten Höhepunkt auf diesem Weg, dessen Richtung nach britischer Auffassung 1938 während der Konferenz von München immer noch dieselbe war. Dabei bildeten weniger Deutschfreundlichkeit oder ein positives Deutschlandbild die Antriebsfeder, sondern die Formulierung eigener Interessen und Ziele, die nach einer Stabilisierung Deutschlands als Ordnungsfaktor in Mitteleuropa verlangten.

Aufstieg und Herrschaft des Nationalsozialismus in Deutschland änderten grundsätzlich an dieser Haltung nichts. Auf diplomatischer Ebene schien auf deutscher Seite zunächst vollkommene Kontinuität durch die Beibehaltung der alten Mitglieder des Auswärtigen Dienstes gewährleistet. Außenminister von Neurath blieb im Amt. Solange Hitlers Forderungen als Verlangen nach Revision des Versailler „Diktatfriedens“ verstanden werden konnten, stellte das nationalsozialistische Regime kein Hindernis für gute britisch-deutsche Beziehungen dar, denen über das Jahr 1933 hinweg entscheidende Bedeutung für die Sicherung des europäischen Friedens beigegeben wurde. Dies schloß jedoch eine Verurteilung der innenpolitischen Vorgänge in Deutschland nicht aus. Das britische Deutschlandbild wandelte sich zum Negativen und steigerte sich im Lager der politischen Linken zum antifaschistischen Affekt, hatte aber keine direkten Konsequenzen für die Außenpolitik der Regierung⁴⁵⁾. Im März 1933 unter-

⁴⁵⁾ Botschafter v. Hoesch in Berichten an das Auswärtige Amt, 12. 4. 1933 und 16. 8. 1933. ADAP, Serie C, Bd. 1, Teil 1, S. 280 ff. und Teil 2, S. 742 ff. Zum Gesamtzusammenhang vgl. auch M. Lüthi, Das britische Parlament und Hitlers Bruch mit dem Versailler System. Ein Beitrag zur parlamentarischen Diskussion über die deutsche Wiederaufrüstung in den Jahren 1933—1935, Diss. Zürich 1972; G. Wollstein, Vom Weimarer Revisionismus zu Hitler. Das Deutsche Reich und die Großmächte in der Anfangsphase der nationalsozialistischen Herrschaft in Deutschland, Bonn 1973; S. Wichert, The Enigma

of Fascism: The British Left on National Socialism, in: Essays Presented to Michael Roberts, hrsg. v. J. Bossy und P. Jupp, Belfast 1976, S. 146 ff. Zur nationalsozialistischen Außenpolitik neben den komprimierten Analysen: A. Hillgruber, Grundzüge der nationalsozialistischen Außenpolitik 1933 bis 1945, in: Saeculum 24 (1973), S. 328 ff., und K. Hildebrand, Deutsche Außenpolitik 1933—1945. Kalkül oder Dogma?, Stuttgart 1976³; vgl. jetzt vor allem M. Funke (Hrsg.), Hitler, Deutschland und die Mächte. Materialien zur Außenpolitik des Dritten Reiches, Düsseldorf 1976

strich Baldwin die Bereitschaft der britischen Regierung, „auch mit einem neugeordneten Deutschland vertrauensvoll weiterzuarbeiten“⁴⁶⁾.
Ergebnislose Verhandlungen der Abrüstungskonferenz und der Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund⁴⁷⁾ ließen es aus britischer Sicht um so dringlicher erscheinen, zu vertraglichen Regelungen mit Deutschland zu kommen. Eden, damals Lordsiegelbewahrer und vornehmlich mit außenpolitischen Fragen befaßt, hielt nach seiner ersten Begegnung mit Hitler im Februar 1934 eine Gesprächsbasis durchaus für gegeben: „The new Germany of Hitler and Goebbels is to be preferred to the old of Bülow.“⁴⁸⁾ Eden anerkannte „das Verlangen des deutschen Volkes nach Gleichberechtigung“ und entwickelte Perspektiven, die deutsche Aufrüstung zu akzeptieren und gleichzeitig einen Rüstungswettlauf zu verhindern⁴⁹⁾. Man sah sich auf britischer Seite vor die Aufgabe gestellt, die Dynamik der nationalsozialistischen Außenpolitik durch Verträge zu zähmen, die die von Deutschland seit jeher angefochtene Ordnung des Versailler Vertrags ersetzen sollten. Deutschland als „fons et origo of all our European troubles and anxieties“, wie der damalige Schatzkanzler Neville Chamberlain im Herbst 1934 formulierte⁵⁰⁾, galt es von möglichen kriegeri-

of Fascism: The British Left on National Socialism, in: Essays Presented to Michael Roberts, hrsg. v. J. Bossy und P. Jupp, Belfast 1976, S. 146 ff. Zur nationalsozialistischen Außenpolitik neben den komprimierten Analysen: A. Hillgruber, Grundzüge der nationalsozialistischen Außenpolitik 1933 bis 1945, in: Saeculum 24 (1973), S. 328 ff., und K. Hildebrand, Deutsche Außenpolitik 1933—1945. Kalkül oder Dogma?, Stuttgart 1976³; vgl. jetzt vor allem M. Funke (Hrsg.), Hitler, Deutschland und die Mächte. Materialien zur Außenpolitik des Dritten Reiches, Düsseldorf 1976

⁴⁶⁾ Hoesch über sein Gespräch mit Baldwin, Lordpräsident des Staatsrats und stellvertretender Premierminister, an Auswärtiges Amt, 15. 3. 1933. ADAP, Serie C, Bd. 1, Teil 1, S. 163.

⁴⁷⁾ Für Details sei verwiesen auf E. Most, Großbritannien und der Völkerbund. Studien zur Politik der Friedenssicherung 1925—1936, Diss. Mannheim 1974 (Ms.), und O. Hauser, England und das Dritte Reich, Bd. 1, Stuttgart 1972.

⁴⁸⁾ Eden an Simon 21. 2. 1934. Zit. bei Most, Großbritannien und der Völkerbund, S. 406.

⁴⁹⁾ Aufzeichnungen über die Hitler-Eden-Gespräche: DBFP, Serie II, Bd. 6, S. 448 ff., ADAP, Serie C, Bd. 2, Teil 2, S. 499 ff.

⁵⁰⁾ Feiling, Chamberlain, S. 254. Zur Kontinuität in der Einschätzung Deutschlands als Hauptgegner siehe auch Chamberlain an den amerikanischen Finanzminister H. Morgenthau, 26. 3. 1937: „The main source of the fears of war in Europe is to be found in Germany. No other country, not Italy, since she has her hands full with the task of consolidating her Abyssinian conquest, not Russia with all her military preparations, certainly not France, Eng-

schen Plänen abzubringen und von der Attraktivität friedlicher Konfliktlösungen zu überzeugen.

Um das erstrebte Rüstungsabkommen vorzubereiten, mußte London, das gegenüber Paris zusehends eine dominierende Rolle zu spielen begann, die Aufgabe zu lösen versuchen, zwischen dem deutschen und dem französischen Standpunkt zu vermitteln. Einen Höhepunkt in diesen Bemühungen bildete eine britisch-französische Konferenz, die vom 1. bis 3. Februar 1935 in London stattfand und deren Abschlußkommuniqué einer Aufhebung der militärischen Bestimmungen des Versailler Vertrags gleichkam. Die britische Seite legte ein Programm vor, das die „Verbesserung der europäischen Situation“ und eine „gewisse Ausöhnung mit Deutschland“ vorsah. Man habe zu wählen zwischen einem Deutschland, „das ohne Einschränkung und ohne Abkommen seine Aufrüstung fortsetzt, und einem Deutschland, das aufgrund einer Anerkennung seiner Rechte und gewisser Änderungen der Friedensverträge in die Gemeinschaft der Nationen eintritt und in dieser oder jener Weise seinen Beitrag zur europäischen Stabilität leistet. Es kann wohl kaum zweifelhaft sein, welcher von beiden Wegen der klügere ist!“⁵¹⁾

Nach der Konferenz konnte Außenminister Simon zufrieden feststellen, man habe „eine ganze Menge von den französischen Freunden erreicht und den Weg für eine neue Annäherung an Deutschland geebnet“⁵²⁾. Die französische Regierung stimmte zu, ein „general settlement“ in Verhandlungen zwischen Deutschland und den anderen Mächten anzustreben. Im einzelnen wurde ein Rüstungsabkommen, die Rückkehr Deutschlands in den Völkerbund, regionale Sicherheitspakete in Osteuropa und im Donaauraum sowie ein Luftpakt mit gegenseitiger Beistandsverpflichtung zwischen Großbritannien, Frankreich, Deutschland, Italien und Belgien vorgeschlagen⁵³⁾.

land or any of the smaller Powers is for a moment credited with any aggressive designs.“ Foreign Relations of the United States (FRUS). Diplomatic Papers 1937, Bd. 1, S. 99. Zur Einschätzung der Ziele Hitlers 1939 vgl. auch unten Anm. 112 und 113.

⁵¹⁾ Außenminister Simon an König Georg V. über die britische Marschroute für die Konferenz, 14. 1. 1935. H. Nicolson, Georg V., München 1954, S. 568.

⁵²⁾ Simon an H. A. L. Fisher, 14. 2. 1935. Simon Nachlaß.

⁵³⁾ Joint Communiqué issued on behalf of His Majesty's Government in the United Kingdom and the Government of the French Republic as the result of the conversations between the French and British ministers in London, February 1st to 3rd, 1935. Parliamentary Papers, Cmd. 4798.

Hitlers einseitige Aufkündigung des Versailler Vertrags zwei Wochen später, als die allgemeine Wehrpflicht in Deutschland eingeführt wurde, hinderte Simon und Eden nicht daran, am 25./26. März 1935 mit Hitler in Berlin die Fragen des Londoner Kommuniqués zu besprechen⁵⁴⁾. Methode und Zeitpunkt der deutschen Aktion fanden britischen Widerspruch, nicht aber die Sache selbst. Simon hielt an seinem Kurs fest, Deutschland in den Kreis der europäischen Großmächte zurückzuholen, weil nur dadurch eine „konstruktive Lösung“ für Europa zu erzielen sei und nicht durch etwaige Sanktionen des Völkerbunds gegen Deutschland⁵⁵⁾. Um der „konstruktiven Lösung“ willen war der britische Außenminister bereit, auch in Zukunft Konzessionen zu machen. Obwohl er nicht damit rechnete, daß die deutsche Wunschliste bereits abgeschlossen war, wollte er in Berlin verhandeln — „wie klein auch die Aussicht auf ein positives Ergebnis sein mag“⁵⁶⁾.

Simon gab dem Versailler Vertrag und der lange unnachgiebigen Haltung Frankreichs gegenüber Deutschland die Hauptschuld an der bestehenden Situation. Als er kurze Zeit später zur Konferenz von Stresa reiste, war er fest entschlossen, dem britischen Standpunkt zum Durchbruch zu verhelfen⁵⁷⁾. Stresa durfte keine Abkehr vom „englisch-französischen Programm zur Befriedung Europas“ bringen⁵⁸⁾. Die Resolution von Stresa verurteilte zwar jede einseitige Aufkündigung von Verträgen, blieb aber ebenso wie die folgende Verurteilung Deutschlands durch den Völkerbund eine reine Deklamation. Die Entschließung der Stresa-Mächte sollte zukünftige Verhandlungen mit Deutschland über ein „general settlement“ nicht blockieren, an dessen rasche Verwirklichung Simon nach den Gesprächen in Berlin zwar nicht glaubte, dessen Bedeutung für einen dauerhaften Frieden er jedoch hervorhob⁵⁹⁾.

⁵⁴⁾ Aufzeichnungen darüber ADAP, Serie C, Bd. 3, Teil 2, S. 1022 ff.

⁵⁵⁾ Simon am 21. 3. 1935 im Unterhaus. Parliamentary Debates, House of Commons Bd. 299, Sp. 1409.

⁵⁶⁾ Simon an König Georg V., 18. 3. 1935. Nicolson, Georg V., S. 569.

⁵⁷⁾ Kabinettsitzung vom 8. 4. 1935. PRO, CAB 23/81.

⁵⁸⁾ R. A. C. Parker, Great Britain, France and the Ethiopian Crisis 1935—1936, in: English Historical Review 89 (1974), S. 294. Zur internationalen Politik in der Mitte der dreißiger Jahre vgl. M. Funke, Sanktionen und Kanonen. Hitler, Mussolini und der internationale Abessinienkonflikt 1934—1936, Düsseldorf 1970, und J. Petersen, Hitler-Mussolini. Die Entstehung der Achse Berlin-Rom 1933—1936, Tübingen 1973.

⁵⁹⁾ Simon am 16. 4. 1935 vor dem Völkerbundsrat. League of Nations, Official Journal 16 (1935), S. 552.

Großbritannien befand sich damit im Gegensatz zur französischen Grundhaltung. Paris hielt auch nach der Londoner Konferenz im Prinzip an seiner Sicherheitspolitik fest, deren starres Status-quo-Denken die britische Regierung durch eine beweglichere Politik des „peaceful change“ überwinden wollte. Andererseits gebot die internationale Lage, auf Frankreich immer wieder Rücksicht zu nehmen, um das Glacis westlich des Rheins nicht einzubüßen. Aus diesem Grund intervenierte London auch nicht gegen den französisch-sowjetischen Beistandspakt vom Mai 1935⁶⁰⁾, obwohl es den „entsetzlichen Vertrag“⁶¹⁾ wie alle französischen Bündnisverbindungen mit den östlichen Nachbarn Deutschlands als entspannungsfeindlich ansah. Die französische Politik förderte in britischer Sicht die im Interesse der Friedenssicherung zu überwindende Tendenz, „to divide Europe into separate and hostile camps“⁶²⁾. Welche Lösungsvorschläge auch immer für Westeuropa unterbreitet wurden, meinte Lord Halifax, „we should still have to turn the ugly corner of France's relations with Soviet Russia and other East European countries“⁶³⁾.

Im gesamten britischen Regierungsapparat herrschte 1935 Einigkeit über die Notwendigkeit einer umfassenden vertraglichen Regelung mit Deutschland, wenn man die Realisierungschancen auch unterschiedlich beurteilte. Die Auffassung von Kabinettssekretär Hankey, Hitlers Politik sei nicht antibritisch ausgerichtet, sondern vielmehr an der Aufrechterhaltung des Friedens interessiert, vermochte Vansittart nicht zu teilen. Für ihn war Deutschland genuin kriegerisch. Das änderte aber nichts an der gemeinsamen Bereitschaft, Verhandlungen mit Deutschland aufzunehmen. Deren spektakulärstes Ergebnis war das deutsch-englische Flottenabkommen vom 18. Juni 1935, in dem Großbritannien im Alleingang, ohne Konsultation der französischen Regierung, seine Vorstellungen einer Pazifizierung Europas durch Rüstungsabkommen zum Ausdruck brachte⁶⁴⁾. Wichtiger als die „sogenannte französisch-sowjetische Al-

lianzen“⁶⁵⁾ war der Ausgleich mit Deutschland und Italien. Das Flottenabkommen galt als ein Beitrag dazu. Eden verteidigte es gegen französische Vorhaltungen mit dem ausdrücklichen Hinweis auf den ebenfalls zweiseitigen französisch-sowjetischen Vertrag, den die britische Regierung auch nicht kritisierte⁶⁶⁾. Das Flottenabkommen, das nur als ein erster Schritt gedacht war, blieb freilich Stückwerk. Es gelang nicht, es zu einem allgemeinen Rüstungsabkommen weiterzuentwickeln. Insbesondere blieb das in britischen Augen weit wichtigere Abkommen über die Luftwaffe aus, das Hitler vertraglich fixierte Bindungen auferlegt hätte⁶⁷⁾.

Der zweite Ansatz in den britischen Bemühungen, zu einer „friedlichen Koexistenz“ der europäischen Großmächte zu kommen, berührte die territorialen Bestimmungen des Versailler Vertrags einschließlich der Kolonialfrage. Nachdem sich die Unrealisierbarkeit des im Londoner Communiqué vom Februar 1935 formulierten umfassenden und gesamteuropäischen Programms und besonders eines osteuropäischen Regionalabkommens herausgestellt hatte, konzentrierte sich die britische Regierung vornehmlich auf einen Ausgleich in Westeuropa und die Frage territorialer Zugeständnisse an Deutschland im Rahmen eines „general settlement“. Seit November 1935 fand im Foreign Office eine intensive Diskussion statt, die mögliche britische Verhandlungsinitiativen in der Deutschlandpolitik erarbeitete⁶⁸⁾. Ausgangspunkt

⁶⁵⁾ Außenminister Hoare zum amerikanischen Geschäftsträger in London, 20. 8. 1935. FRUS 1935, Bd. 1, S. 633.

⁶⁶⁾ Eden am 11. 7. 1935 im Unterhaus. Parliamentary Debates, House of Commons, Bd. 304, Sp. 614.

⁶⁷⁾ Zur Behandlung des Aufrüstungsproblems durch die britische Regierung vgl. N. Th. Wiggershaus, Der deutsch-englische Flottenvertrag vom 18. Juni 1935. England und die geheime deutsche Aufrüstung 1933—1935, Diss. Bonn 1972.

⁶⁸⁾ Die im Foreign Office mehrheitlich vertretene Politik des „coming to terms with Germany“ formulierten Sargent und Wigram in ihrem Memorandum „Britain, France and Germany“ vom 21. 11. 1935: „From the earliest years following the war it was our policy to eliminate those parts of the peace settlement which, as practical people, we knew to be untenable and indefensible. . . . The fundamental idea is of course that the ex-Allied powers should come to terms with Germany in order to remove grievances by friendly arrangement and by the process of give and take, before Germany once again takes the law into her own hands. This is the only constructive policy open to Europe — the alternatives of drift and encirclement are avowedly policies of negation and despair.“ PRO, FO 371/18851. Zu dem ganzen Komplex vgl. auch W. N. Medlicott, Britain and Germany: The Search for Agreement 1930—1937, London 1969, and A. Crozier, Prelude to Munich. Brit-

⁶⁰⁾ Dazu W. E. Scott, Alliance against Hitler. The Origins of the Franco-Soviet Pact, Durham, N. C. 1962.

⁶¹⁾ Premierminister Baldwin zu Konservativen Unterhausabgeordneten am 29. 7. 1936. PRO, CAB 21/438.

⁶²⁾ Times v. 11. 4. 1935.

⁶³⁾ Committee on Foreign Policy, 3. 2. 1938. PRO, CAB 27/623.

⁶⁴⁾ Für Einzelheiten J. Dülffer, Weimar, Hitler und die Marine. Reichspolitik und Flottenbau 1920 bis 1939, Düsseldorf 1973; E. H. Haraszti, Treaty-Breakers or „Realpolitiker“? The Anglo-German Naval Agreement of June 1935, Boppard 1974.

dieser Überlegungen, die Vansittart im Februar 1936 in einem umfangreichen Memorandum für das Kabinett zusammenfaßte⁶⁹⁾, war die Überzeugung, Deutschland werde in nicht ferner Zukunft einen Expansionskurs einschlagen, der nur eine Frage der Zeit und des Ortes sei. Um Einfluß auf die Entwicklung zu behalten, solle die Regierung mit einem Verhandlungsangebot an Deutschland herantreten und ihm die Wiederherstellung als Kolonialmacht anbieten. Im Gegenzug sollte Deutschland in den Völkerbund zurückkehren, Rüstungsbegrenzungen zustimmen und ausdrücklich auf territoriale Ansprüche in Europa, einschließlich Österreichs und der Tschechoslowakei, verzichten. Nach Abschluß eines solchen Settlement wäre Vansittart auch zur offenen Anerkennung Mitteleuropas als „special area“ für die wirtschaftliche Expansion Deutschlands bereit gewesen.

Die Aussicht auf Verwirklichung eines solchen umfassenden Abkommens betrachtete er freilich mit großer Skepsis. Er fürchtete, Deutschland wolle sowohl in Europa wie in Afrika expandieren. Doch nahm er das „kleinere von zwei Übeln“, die Expansion in Afrika, in Kauf, um den Versuch einer Entspannung in Europa — begleitet von energischen Aufrüstungsmaßnahmen Großbritanniens — zu wagen und um zumindest einen Zeitgewinn für sein Land zu erzielen.

Die ohnehin erwartete Remilitarisierung des Rheinlands änderte nichts an der Verhandlungsbereitschaft des ranghöchsten *Foreign Office*-Beamten. Zusammen mit Eden war er der Meinung, Großbritannien stehe unter Zeitdruck und müsse Verhandlungen initiieren, ehe der beste Zeitpunkt dafür verpaßt sei⁷⁰⁾. Es dauerte jedoch mehr als ein Jahr, bevor die britische Regierung — inzwischen durch

ish *Foreign Policy and Germany 1935—38*, in: *European Studies Review* 6 (1976), S. 357 ff.

⁶⁹⁾ Memorandum vom 3. 2. 1936, von Außenminister Eden am 11. 2. 1936 dem Kabinett vorgelegt. PRO, CAB 24/260.

⁷⁰⁾ Avon, *The Eden Memoirs: Facing the Dictators*, London 1962, S. 345 f. Vgl. auch Memorandum Edens vom 8. 3. 1936: „... owing to Germany's material strength and power of mischief in Europe, it is in our interest to conclude with her as far reaching and enduring a settlement as possible whilst Herr Hitler is still in the mood to do so.“ Das Ziel, zu Verhandlungen und vertraglichen Regelungen zu kommen, dürfe nicht aus den Augen verloren werden. Vor allem die französische Regierung müsse auf diesen Kurs eingeschworen werden. „We must discourage any military action by France against Germany.“ PRO, FO 408/66. Zur britischen Reaktion auf die Remilitarisierung des Rheinlands vgl. auch R. Meyers, *Sicherheit und Gleichgewicht. Das britische Kabinett und die Remilitarisierung des Rheinlandes 1936*, in: *Rheinische Vierteljahresblätter* 38 (1974), S. 406 ff.

die Thronkrise und den Regierungswechsel von Baldwin zu Chamberlain in Anspruch genommen — es unternahm, den deutschen Krisenherd in Mitteleuropa durch ein Kolonialangebot zu entschärfen⁷¹⁾. Zu diesem Zeitpunkt freilich glaubte Vansittart nicht mehr an die Tragfähigkeit seiner Vorschläge⁷²⁾, zumal die Regierung Chamberlain wesentlich weitergehen wollte und Hitler auch Zugeständnisse in Mitteleuropa zu machen bereit war. Daß Mitteleuropa faktisch außerhalb des britischen Einflusses lag, konnte auch Vansittart nicht bestreiten. Doch wollte er keine Positionen aufgeben⁷³⁾. Der Premierminister andererseits wollte Realitäten anerkennen und erhoffte sich davon den Anfang einer Entspannung.

Der erste größere Versuch nach Chamberlains Amtsantritt, von Hitler die Bedingungen für ein „general settlement“ zu erfahren, wurde im November 1937 unternommen, als Lord Halifax Hitler in Berchtesgaden aufsuchte. Halifax unterbreitete seinem Gastgeber einen umfangreichen Katalog, der Grenzrevisionen in Mitteleuropa und Zugeständnisse auf kolonialem Gebiet vorsah, zugleich aber Hitler keine freie Hand gab. Halifax äußerte die Erwartung, Deutschland werde im Gegenzug einem allgemeinen und umfassenden Abkommen zustimmen⁷⁴⁾. In diesem entscheidenden Punkt machte Halifax die Beobachtung, daß beide Seiten völlig unterschiedliche Zielvorstellungen hatten⁷⁵⁾. Das britische Angebot verstand sich als Teil eines „general settlement“, dessen Ordnungsfunktion für das internationale System auch Hitler anerkennen

⁷¹⁾ Zur Behandlung des Kolonialproblems in den Überlegungen britischer Regierungsstellen vgl. R. A. C. Parker, *Großbritannien und Deutschland 1936—1937*, in: *Weltpolitik 1933—1939*, hrsg. v. O. Hauser, Göttingen 1973, S. 73 ff.

⁷²⁾ Im Nachlaß Vansittarts (Churchill College, Cambridge) befindet sich eine von ihm selbst vorgenommene Zusammenstellung eigener Äußerungen über Deutschland und die deutsche Revisionspolitik zwischen Januar und November 1937. Vansittart kommt zu dem Schluß, daß nach 1937 keine Garantie mehr für die Aufrechterhaltung des Friedens in Europa gegeben werden könne. In einem Memorandum vom 31. 12. 1936 vertritt Vansittart die Auffassung, Großbritannien müsse das einzige Mittel gebrauchen, das die deutsche Führung verstehe — „this is, Force“. Aus der Position der durch Aufrüstung errungenen Stärke könne dann eine Verhandlungslösung gesucht werden. PRO, FO 371/19949.

⁷³⁾ Vansittart an Chatfield, 1. 1. 1937: „If we can do nothing else we should have a firm policy in Western Europe and at least keep Germany guessing about Central Europe.“ PRO, FO 800/395.

⁷⁴⁾ Aufzeichnung der Unterredung zwischen Hitler und Halifax: ADAP, Serie D, Bd. 1, S. 46 ff.

⁷⁵⁾ Halifax, *Fulness of Days*, London 1957, S. 189 f.

sollte. Durch Annahme der kolonialen Offerte sollte sich Hitler zur Respektierung der europäischen Grenzen verpflichten, die nach dem „Anschluß“ Österreichs und der Lösung der deutschen Minderheitenprobleme in einem allgemeinen Abkommen festzulegen wären. Großbritannien verhielt sich damit, gemessen an Hitlers „Programm“, unprogrammgemäß⁷⁶⁾. Denn Hitler strebte Bewegungsfreiheit auf dem Kontinent an und wollte die Kolonialfrage zunächst zurückstellen⁷⁷⁾. Hitler aber um den Preis des kolonialen Verzichts freie Hand in Europa zu geben, wollte Halifax weder verantworten noch erschien es ihm po-

litisch vernünftig⁷⁸⁾. Statt dessen versuchte er, die Kolonialfrage zum Gegenstand einer Absprache zu machen, die Hitler zum Stillhalten in Europa verpflichtet hätte⁷⁹⁾. Die „aktive Diplomatie“⁸⁰⁾, zu der sich Neville Chamberlain im Winter 1937/38 entschloß, hatte keinen Adressaten. Das „general settlement“ unter Einschluß eines Rüstungsabkommens⁸¹⁾, das die Planer im Foreign Office beschäftigte und die Beratungen in Kabinettsausschüssen bestimmte⁸²⁾, mußte endgültig als gescheitert angesehen werden, als Botschafter Henderson am 3. März 1938 mit Hitler eine ergebnislose Unterredung hatte⁸³⁾.

III. Koexistenz und Containment 1939

Die anstehenden Veränderungen in Mitteleuropa vollzogen sich nicht im Rahmen von Konsultationen der Großmächte, sondern waren das Resultat der deutschen Vormachtstellung in diesem Gebiet, die Großbritannien im Münchener Abkommen sanktionierte, um zugleich von neuem die Chancen von Verhandlungen über den eigentlichen Kern des projektierten Settlement, ein Rüstungsabkommen, auszuloten⁸⁴⁾. Gleichzeitig aber wuchs

in britischen Regierungskreisen die Unsicherheit über Hitlers tatsächliche Ziele. Neben die Politik der Friedenssicherung trat verstärkt das Kriegskalkül, neben die Vermittlungsaktion die Abschreckungsmaßnahme, neben die Suche nach Koexistenz die Bereitschaft zum Containment des möglichen Aggressors. Entgegen einer häufig anzutreffenden Meinung⁸⁵⁾ können wir aber nicht von einer Wende der britischen Politik als Folge der deutschen Besetzung Prags im März 1939 und des italienischen Griffs nach Albanien im April 1939 sprechen, wenn darunter eine qualitative Veränderung dieser Politik verstanden werden soll. Verbindlich blieb das nationale Interesse am Frieden, wenn auch die „dual policy“ gegenüber Deutschland 1939 über weniger Spielraum verfügte, weil die deutsche Politik — da sie sich nicht in ein allgemeines Abkommen einpassen ließ und ihr darum auch ein direkter Angriff auf britische Positionen zugetraut wurde — die Entwicklung in die gefährliche Nähe der Kriegschwelle brachte⁸⁶⁾.

⁷⁶⁾ Zu Hitlers Englandbild und Englandpolitik J. Henke, *England in Hitlers politischem Kalkül*, Boppard 1973; A. Hillgruber, *England in Hitlers außenpolitischer Konzeption*, in: *Historische Zeitschrift* 218 (1974), S. 65 ff.

⁷⁷⁾ K. Hildebrand, *Vom Reich zum Weltreich. Hitler, NSDAP und koloniale Frage 1919—1945*, München 1969, S. 456 f.

⁷⁸⁾ Halifax, *Fulness*, S. 190.

⁷⁹⁾ Halifax in seiner Aufzeichnung der Unterredung mit Hitler, wo er zu folgender Schlussfolgerung kommt: "It seems to boil down to whether or not we should feel it possible or desirable to explore a colonial settlement on broad lines, with the idea if such seemed feasible of using it as a lever upon which to pursue a policy of real reassurances in Europe: in other words, instead of trying to do a bargain on the line of getting him [Hitler] to drop colonies as a return for a free hand in Europe, to try for the more difficult but possibly sounder bargain of a colonial settlement at the price of being a good European." PRO, FO 371/20736.

⁸⁰⁾ Chamberlain in der Sitzung des Committee of Imperial Defence vom 2. 12. 1937. PRO, CAB 2/7.

⁸¹⁾ Siehe auch Eden zu Ribbentrop, 2. 12. 1937. ADAP, Serie D, Bd. 1, S. 74.

⁸²⁾ Dazu Memorandum des Foreign Office vom 31. 12. 1937, PRO, FO 371/21654, und die Akten und Beratungen des Committee on Foreign Policy in diesen Monaten, PRO, CAB 27/623 und 627.

⁸³⁾ ADAP, Serie D, Bd. 1, S. 196 ff.; Kabinettsitzung vom 9. 3. 1938, PRO, CAB 23/92.

⁸⁴⁾ Unterredung zwischen Hitler und Chamberlain in München, 30. 9. 1938. ADAP, Serie D, Bd. 4, S. 253. Zu der im Foreign Office vorgenommenen Bestandsaufnahme im Oktober/November 1938, die keine praktikable Alternative zum „Appease-

ment“-Kurs erkennen ließ, vgl. D. Lammers, *From Whitehall after Munich: the Foreign Office and the Future Course of British Policy*, in: *Historical Journal* 16 (1973), S. 831 ff.

⁸⁵⁾ So zuletzt wieder J. C. Doherty, *Das Ende des Appeasement. Die britische Außenpolitik, die Achsenmächte und Osteuropa nach dem Münchener Abkommen*, Berlin 1973; S. Aster, *1939. The Making of the Second World War*, London 1973. Die Kriegsschlossenheit Großbritanniens seit März 1939 wird auch überbetont bei S. Newman, *March 1939: The British Guarantee to Poland*, Oxford 1976.

⁸⁶⁾ Die Kontinuität im außenpolitischen Konfliktverhalten Großbritanniens über den März 1939 hinaus betonen G. Niedhart, *Die britisch-französische Garantieerklärung für Polen vom 31. März 1939: Außenpolitischer Kurswechsel der Westmächte?*, in: *Francia. Forschungen zur westeuro-*

Die gelegentliche Skepsis britischer Politiker über die Erfolgsaussichten ihrer Friedensanstrengungen steigerte sich, als sich nach dem Münchener Abkommen keine Ansatzpunkte für eine weitergehende Entspannung zeigten⁸⁷⁾. Die deutsche Seite hielt an ihrer Drohhpolitik fest⁸⁸⁾. Im November und Dezember 1938 stellten sich dem britischen Beobachter entscheidende Fragen: Wie würde sich das Kräfteverhältnis von Gemäßigten und Extremisten in Hitlers Umgebung gestalten⁸⁹⁾? In welche Richtung würde eine weitere deutsche Expansion gehen: nach Osten oder nach Westen⁹⁰⁾?

Die bisherige Grundannahme, die deutschen Ziele lägen ausschließlich im Osten, gerieten endgültig ins Wanken, als im Januar 1939 zahlreiche Gerüchte auftauchten, Hitler plane einen Angriff im Westen⁹¹⁾. Am 19. Januar 1939 leitete Lord Halifax dem außenpolitischen Ausschuß des Kabinetts ein umfangreiches Dossier zu, nach dessen Lektüre die Möglichkeit eines deutschen Angriffs auf Belgien, die Niederlande, die Schweiz oder gar Großbritannien selbst nicht ausgeschlossen werden konnte⁹²⁾. Die Entlassung Schachts als Reichsbankpräsident schien darauf hinzuweisen, daß die einen Krieg befürwortenden Extremisten in Deutschland an Boden gewannen⁹³⁾. Die Regierung war sich klar darüber, daß eine deutsche Westexpansion — bei-

päischen Geschichte 2 (1974), S. 597 ff., und O. Hauser, Die englische Polengarantie 1939 — Startschuß zum Kriege?, in: Vom Sinn der Geschichte, hrsg. v. O. Franz, Stuttgart 1976, S. 185 ff.

⁸⁷⁾ Siehe etwa die Analyse der weltpolitischen Situation in dem oben in Anm. 30 zitierten Brief Halifax' vom 1. 11. 1938 und die Bemerkung von Halifax zum amerikanischen Botschafter am 28. 10. 1938: „... after all Munich has not accomplished very much.“ FRUS 1938, Bd. 1, S. 96.

⁸⁸⁾ Dies konstatierte in einem Brief an Halifax vom 12. 10. 1938 selbst Henderson, der britische Botschafter in Berlin, der sonst die Aussichten für eine friedliche Lösung stärker unterstrichen hatte. DBFP, Serie III, Bd. 3, S. 616 f.

⁸⁹⁾ Sitzung des Committee on Foreign Policy vom 14. 11. 1938. PRO, CAB 27/624.

⁹⁰⁾ Tagebucheintragung von Halifax' Privatsekretär Harvey am 25. 12. 1938. The Diplomatic Diaries of Oliver Harvey 1937—1940, hrsg. v. J. Harvey, London 1970, S. 232.

⁹¹⁾ Umfangreiches Material dazu in den Akten des Foreign Office, PRO, FO 371/22961, 22962, 22964.

⁹²⁾ PRO, CAB 27/627. Vgl. auch DBFP, Serie III, Bd. 4, S. 4 ff., und Sitzung des Committee on Foreign Policy vom 23. 1. 1939, PRO, CAB 27/624.

⁹³⁾ Kabinettsitzung vom 25. 1. 1939, PRO, CAB 23/97. Diese pessimistische Einschätzung der deutschen Politik wurde nur kurzfristig im Februar und Anfang März 1939 von der Erwartung einer deutschen Stillhaltepolitik unterbrochen. Notiz Chamberlains vom 19. 2. 1939 (Feiling, Chamberlain, S. 396) und Halifax im Kabinett am 8. 3. 1939 (PRO, CAB 23/97).

spielsweise ein Angriff auf die Niederlande — den sofortigen britischen Kriegseintritt zur Folge haben müßte⁹⁴⁾. Entscheidend ist nicht, ob Hitler — was nicht der Fall war — tatsächlich zu diesem Zeitpunkt Angriffspläne in Westeuropa hatte, sondern daß seine Politik der britischen Regierung unkalkulierbarer denn je erschien. Hitler schien in den Augen britischer Beobachter einem zutiefst undurchschaubaren und irrationalen Prinzip zu folgen, während in London die Aufgabe der Friedenssicherung aus wohlverstandenen nationalem Interesse als einzig vernünftiges Ziel vor Augen stand.

In dieser Atmosphäre der Unsicherheit genügten Gerüchte und Befürchtungen, um die britische Regierung zu verstärkten Akzentsetzungen ihrer Containment-Versuche zu veranlassen und der deutschen Seite das komplementäre Element zur Koexistenzpolitik deutlich zu signalisieren. Zwei Falschmeldungen lösten verstärkte Aktivität der britischen Diplomatie aus und führten schließlich am 31. März 1939 zur Garantieerklärung für Polen, die exemplarisch den Aktionsradius der im Rahmen der britischen Voraussetzungen möglichen, im gegebenen internationalen Kontext der Vorkriegszeit aber unzureichenden Bemühungen um die Sicherung des Friedens verdeutlicht. Die erste Fehlinformation kam am 17. März 1939 vom rumänischen Gesandten in London, Tilea. Rumänien sehe sich mit ultimativen deutschen Forderungen konfrontiert⁹⁵⁾. Sofort ließ London in Moskau, Warschau, Ankara, Athen und Belgrad anfragen, wie sich die dortigen Regierungen bei einem deutschen Angriff auf Rumänien verhalten würden⁹⁶⁾. Auch nach einem rumänischen Dementi⁹⁷⁾, das eine unmittelbare Bedrohung Rumäniens ausschloß, bemühte sich die britische Regierung weiterhin um Klärstellung, wer zusammen mit Großbritannien gewillt war, sich einem weiteren deutschen Vordringen entgegenzustellen.

Im britischen Kabinett gingen die Meinungen auseinander, welcher osteuropäischen Macht besondere Bedeutung bei der Verteidigungsplanung für Rumänien zukomme. Während im Urteil Premierminister Chamberlains Polen die Schlüsselstellung einnahm, sahen andere Kabinettsmitglieder Gespräche mit der Sowjetunion als vorrangig an⁹⁸⁾. Zumindest vorübergehend gelangten diese Meinungs-

⁹⁴⁾ Committee on Foreign Policy 26. 1. 1939, PRO, CAB 27/624.

⁹⁵⁾ DBFP, Serie III, Bd. 4, S. 360 f., 366 f.

⁹⁶⁾ Ebd. S. 360 f.

⁹⁷⁾ Ebd. S. 369 f.

⁹⁸⁾ Kabinettsitzung vom 18. 3. 1939, PRO, CAB 23/98.

verschiedenheiten zum Ausgleich, als Chamberlain selbst den Plan einer Viermächteerklärung entwickelte, die Großbritannien, Frankreich, Polen und die Sowjetunion unterzeichnen sollten und die Konsultationen dieser Mächte vorsah, wie einer möglichen Bedrohung der Unabhängigkeit eines europäischen Staates begegnet werden könnte⁹⁹). Nur Frankreich stimmte vorbehaltlos der geplanten Erklärung zu¹⁰⁰). Die UdSSR wollte unter der Bedingung unterzeichnen, daß auch Polen und Frankreich ihr Einverständnis erklärten¹⁰¹). Schwierigkeiten ergaben sich aus Einwänden Polens gegen eine gemeinsame Erklärung mit der Sowjetunion. Polen müsse bei seiner Mittelstellung zwischen Deutschland und der UdSSR eine Gleichgewichtspolitik gegenüber beiden Staaten verfolgen und daher jedes öffentliche Paktieren mit Moskau ablehnen¹⁰²).

Damit war der britische Plan gescheitert. Polen und die Sowjetunion ließen sich nicht zu einer gemeinsamen Front vereinigen. Gleichzeitig jedoch erkannte die britische Regierung klar, daß jede Maßnahme der Westmächte zugunsten Rumäniens — und davon geht die ganze Überlegungsreihe ja aus — politisch und vor allem militärisch wertlos wäre, wenn keine Unterstützung wenigstens von einer der stärksten Mächte an der Ostflanke Deutschlands erlangt werden konnte. Außenminister Lord Halifax wollte zwar möglichst vermeiden, der sowjetischen Regierung nach dem Ausschluß der UdSSR von der europäischen Politik während der Sudetenkrise von neuem das Gefühl des Isoliertseins zu geben. Er konnte jedoch nicht an dem Einwand Chamberlains vorbeigehen, der die polnischen Bedenken gegen Maßnahmen anerkannte, bei denen eine sowjetische Beteiligung vorgesehen war. Man gab schließlich Polen, dessen Bündniswert zudem insgesamt höher eingeschätzt wurde¹⁰³), den Vorrang bei der Schaffung eines Sicherheitssystems in Osteuropa¹⁰⁴).

⁹⁹) DBFP, Serie III, Bd. 4, S. 400.

¹⁰⁰) Ebd. S. 457.

¹⁰¹) Ebd. S. 467.

¹⁰²) Ebd. S. 436. Zur polnischen Politik des Gleichgewichts zwischen Deutschland und der UdSSR vgl. B. B. Budurowycz, *Polish-Soviet Relations 1932—1939*, New York und London 1963, S. 73 ff.

¹⁰³) Committee on Foreign Policy vom 27. 3. 1939. PRO, CAB 27/624. Zur Geringschätzung der sowjetischen militärischen Schlagkraft (bedingt vor allem durch die stalinistischen Säuberungen) vgl. G. Niedhart, *Der Bündniswert der Sowjetunion im Urteil Großbritanniens 1936—1939*, in: *Militärgeschichtliche Mitteilungen* 1971, H. 2, S. 55 ff.

¹⁰⁴) DBFP, Serie III, Bd. 4, S. 458 ff.

Dies fand seine Bestätigung am 27. März durch eine auch von der französischen Regierung gebilligten Entscheidung des außenpolitischen Kabinettsausschusses in London. Die polnische Unterstützung bei der Sicherung der rumänischen Unabhängigkeit sollte mit einer Defensivallianz zwischen Großbritannien, Frankreich, Polen und Rumänien sichergestellt werden. Unter der Voraussetzung, daß Polen oder Rumänien einer Bedrohung ihrer Unabhängigkeit Widerstand leisten und die Westmächte über alle Phasen einer solchen Entwicklung vollständig informieren würden, erklärten sich Großbritannien und Frankreich zu einer Garantie Polens und Rumäniens bereit. In Verhandlungen mit Warschau wollte man erreichen, daß Polen sich sowohl zum Beistand für Rumänien als auch für die Westmächte im Falle eines westeuropäischen Krieges verpflichtete¹⁰⁵).

Doch bevor noch die Gespräche darüber beginnen konnten, überstürzte sich die Entwicklung abermals durch eine Falschmeldung. Der Berliner Korrespondent des „News Chronicle“, Ian Colvin, überbrachte im Foreign Office am 29. März die Mitteilung, ein deutscher Schlag gegen Polen stehe unmittelbar bevor. Damit war das eben noch als Garantiemacht für Rumänien vorgesehene Polen selbst zum Bedrohten geworden. Hitler schien — was tatsächlich nicht zutraf, wie wir heute wissen — einen abermaligen Handstreich durchführen zu wollen. Um ihn davon abzuschrecken, entschlossen sich Chamberlain und Halifax, obwohl sie nicht vollständig von der Richtigkeit der vorliegenden Meldungen überzeugt waren und der Premierminister sie sogar bezweifelte, zu einer als Zwischenlösung verstandenen kurzfristigen Garantie für Polen, die am nächsten Tag vom Kabinett gebilligt wurde¹⁰⁶). Auch Paris stimmte trotz fehlender Bestätigung der Gerüchte über unmittelbar bevorstehende Pressionen gegen Polen der Garantierklärung zu¹⁰⁷), die Chamberlain am 31. März im Unterhaus verkündete¹⁰⁸).

Bedeutsam erscheint Chamberlains Hinweis zu Beginn seiner Erklärung, Gerüchte über einen deutschen Angriff auf Polen seien ohne Bestätigung geblieben. Ferner unterstrich er die Generallinie seiner Politik, die für die Lösung von Konflikten auf dem Verhandlungsweg eintrete. Er schloß also auch zukünftige

¹⁰⁵) Committee on Foreign Policy 27. 3. 1939. PRO, CAB 27/624.

¹⁰⁶) Ebd. (Sitzungen vom 30. und 31. 3. 1939) und Kabinettsitzung vom 30. 3. 1939, PRO, CAB 23/98.

¹⁰⁷) DBFP, Serie III, Bd. 4, S. 549.

¹⁰⁸) *Parliamentary Debates, House of Commons* Bd. 345, Sp. 2415.

Verhandlungen nicht aus. Erst danach formulierte er das britisch-französische Hilfeleistungsversprechen für Polen, das in Kraft treten sollte, wenn die polnische Unabhängigkeit zweifelsfrei bedroht wäre, das aber zugleich Grenzkorrekturen und eine Lösung der Danzig-Frage im deutschen Sinn keineswegs ausschloß¹⁰⁹⁾.

Die Politik der Garantien, die im April auf Rumänien und Griechenland ausgedehnt wurden¹¹⁰⁾, stellte den Versuch dar, Deutschland die Grenzen der Friedensbereitschaft deutlich vor Augen zu führen. Der eigentliche Anstoß zu den im Fall Polens improvisiert und überstürzt, in den anderen Fällen aber kalkuliert ausgesprochenen Garantien lag in der Befürchtung, Deutschland könnte nach der Unterwerfung Mittel- und Südosteuropas die westeuropäischen Mächte angreifen. Darum galt die Garantie in einem realen Sinn auch gar nicht Polen und Rumänien, die von Großbritannien und Frankreich — so wurde deutlich gesehen — im Ernstfall doch nicht vor einer deutschen Invasion geschützt werden konnten¹¹¹⁾. Die einzig relevante Frage lautete, wie der deutsche Versuch — falls es sich um einen solchen handelte —, Europa zu beherrschen, gestoppt, wie das die britische Sicherheit gefährdende Verlangen Hitlers nach Weltherrschaft eingedämmt¹¹²⁾, nicht, ob Polen oder Rumänien sofortige direkte Hilfe geleistet werden konnte. Die Garantie erfolgte also nicht im Sinne einer Politik der kollektiven Sicherheit, sondern „einzig und allein aus Selbstschutz“¹¹³⁾. Daraus aber war die Folgerung zu ziehen, daß das britische Engagement im östlichen Europa in dem Maß zurückgehen würde, wie die westliche Sicherheit wiederhergestellt wäre.

Unverändert bestimmte die Konzeption der „dual policy“ 1939 die Entscheidungen der

¹⁰⁹⁾ Committee on Foreign Policy 31. 3. 1939. PRO, CAB 27/624. So auch die Times v. 1. 4. 1939. Vgl. zu diesem Punkt auch A. M. Cienfiala, Poland and the Western Powers 1938—1939, London 1968, S. 226 f.

¹¹⁰⁾ Dazu C. A. Macdonald, Britain, France and the April Crisis of 1939, in: European Studies Review 2 (1972), S. 151 ff.

¹¹¹⁾ Committee on Foreign Policy 27. 3. 1939. PRO, CAB 27/624.

¹¹²⁾ Ebd.

¹¹³⁾ Halifax zu Adam von Trott zu Solz im Juni 1939. ADAP, Serie D, Bd. 6, S. 563. Ähnlich auch Chamberlain in der Kabinettsitzung vom 20. 3. 1939: „The real issue was that if Germany showed signs that she intended to proceed with her march for world domination we must take steps to stop her by attacking her on two fronts. We should attack Germany, not in order to save a particular victim, but in order to pull down the bully.“ PRO, CAB 23/98.

britischen Regierung. Deutschland erhielt weder freie Hand im Osten, noch sollte es „eingekreist“ werden¹¹⁴⁾. Alle Vorgänge, die — wie die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht im April 1939, verstärkte Rüstungsanstrengungen oder Verhandlungen mit der Sowjetunion — antideutsche Züge trugen, sollten Deutschland unter Druck setzen und doch noch zu dem angestrebten Settlement bereit machen, niemals aber isoliert und als Selbstzweck an die Stelle der Ausgleichsbemühungen treten. Die Garantie für Polen schuf keine irreversiblen Tatsachen. Deutschland konnte sich noch immer als „guter Nachbar“ erweisen¹¹⁵⁾. Während der britisch-französisch-sowjetischen Verhandlungen gab Chamberlain zu verstehen, dies alles sei als „Notbehelf“ zu verstehen, „dessen Vereinbarkeit mit dem deutsch-englischen Ausgleich er dauernd im Auge zu behalten suchte“¹¹⁶⁾. Solange wie möglich wehrte sich Neville Chamberlain gegen den sowjetischen Wunsch, einen britisch-französisch-sowjetischen Beistandspakt abzuschließen, der in seinen Augen eventuelle friedensfördernde Kommunikationsmöglichkeiten mit Deutschland gänzlich unterbunden hätte¹¹⁷⁾.

Der „dual policy“ gelang es weder Hitler abzuschrecken noch Stalin zu gewinnen. Schließlich erklärte Großbritannien zusammen mit einem zögernden Frankreich Deutschland den Krieg¹¹⁸⁾, weil Hitler sich nicht mit der ihm zugestandenen halb-hegemonialen Stellung begnügen wollte. Die Kriegserklärung widersprach fundamental dem Interesse der saturierten und in die Krise geratenen britischen Weltmacht am Frieden und resultierte aus dem anderen Interesse, den eigenen Besitzstand zu verteidigen. In diesem zweistufigen Interesse der britischen Nation lag die „dual policy“ begründet, die vergeblich versuchte, den internationalen Status Großbritanniens und seine politisch-soziale Verfassung ohne Abstriche zu erhalten.

¹¹⁴⁾ DBFP, Serie III, Bd. 4, S. 488.

¹¹⁵⁾ So Chamberlain am 19. 5. 1939 im Unterhaus. Parliamentary Debates, House of Commons, Bd. 347, Sp. 1839 f.

¹¹⁶⁾ Chamberlain zu Adam von Trott zu Solz 8. 6. 1939. ADAP, Serie D, Bd. 6, S. 568. Ähnlich Halifax im Kabinett 26. 4. 1939. PRO, CAB 23/99.

¹¹⁷⁾ Zu den Etappen britischer Rußlandpolitik im Jahr 1939 Niedhart, Großbritannien und die Sowjetunion, S. 390 ff.

¹¹⁸⁾ Dazu R. A. C. Parker, The British Government and the Coming of War with Germany 1939, in: War and Society, Historical Essays in Honour and Memory of J. R. Western, hrsg. v. M. R. D. Foot, London 1973, S. 1 ff.

Christian Potyka: Strategiekritik als Sisyphusarbeit. Zur Kunst des Überlebens im Abschreckungszeitalter

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 13/77, S. 3—18

Strategiekritik ist keine sonderlich populäre, aber eine überlebenswichtige „Disziplin“. Gerade in Zeiten kaum mehr durchschaubarer Bedrohungs- und Verteidigungsdebatten liegt ihre erste Aufgabe darin, die Übertreibungen der verschiedenen Extrempositionen zu analysieren und zu relativieren. Zweitens hat Strategiekritik die geltenden strategischen Doktrinen, nach denen — falls die Abschreckung versagt — ein bewaffneter Konflikt ablaufen dürfte, auf deren Widersprüche hin abzuklopfen und in dem Sinne zu „verunsichern“, daß sie den Verantwortlichen nicht als politisch mit Gewinn verwendbare Mechanismen erscheinen.

Solch hohen Ansprüchen kann Strategiekritik aber nur genügen, wenn sie — und das ist ihre dritte Aufgabe — zu permanenter Selbstkritik bereit und fähig ist. Selbstkritik ist einmal gegenüber den zentralen Begriffen der eigenen Theorien nötig; sie macht Kontinuität, aber auch Grenzen bisheriger strategiekritischer Überlegungen deutlich. Zum anderen ist Selbstkontrolle gerade dann vonnöten, wenn die Kritik von Strategien in die Entwicklung von sogenannten Alternativdoktrinen mit neuen Übertreibungen und Überforderungen umschlägt. Damit wird nicht gesagt, daß es a priori unmöglich sei, widerspruchsfreie funktionierende Alternativstrategien zu entwickeln; doch wird gefordert (und gegenüber der Modellstrategie des Weizsäcker-Mitarbeiters Horst Afheldt in Ansätzen praktiziert), daß auch Alternativstrategien zu Ende gedacht und unter Anlegung strengster Maßstäbe überprüft werden müssen. So bleibt schließlich die Forderung nach immer neuen Alternativstrategien und deren Durchleuchtung bzw. Widerlegung ohne Garantie (aber auch ohne die Unmöglichkeit!), daß eines Tages vielleicht doch eine „echte“ Alternativstrategie gefunden wird. Strategiekritik wird zur Sisyphusarbeit; sie ist in der Regel ohne spektakuläre Erfolge — aber deshalb noch keineswegs sinnlos.

Alexander R. Vershbov: Die Cruise Missile und ihre Folgen

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 13/77, S. 19—25

Die Langstrecken-Rakete Cruise Missile („umherkreuzende“ Rakete) verfügt über geradezu revolutionisierende Eigenschaften, vor allem, was ihre Präzision, ihre mit Radar fast nicht zu ortende geringe Größe und Flughöhe, ihre unterschiedlichen Reichweiten, die Vielfalt möglicher Abschußvorrichtungen und nicht zuletzt ihre geringen Kosten und relativ einfache Technik betrifft. Diese Eigenschaften drohen nun die Grundsätze zu beeinträchtigen, die bis jetzt eine erfolgreiche Vereinbarung zwischen den USA und der Sowjetunion über Rüstungsbeschränkungen im Rahmen von SALT (Strategic Arms Limitation Talks) ermöglicht hatten. Zudem könnten sich mit den Cruise Missiles schon bald wirksame und billige Waffensysteme für andere Länder anbieten, die damit ein erhebliches strategisches Potential erwerben würden. Auf diese Weise könnte die Cruise Missile zur Nemesis der Supermächte werden: Sie wären es nicht mehr allein, die mit massiver Zerstörung jenseits ihrer Grenzen oder ihres Kontinents zu drohen vermöchten.

Gottfried Niedhart: Britische Deutschlandpolitik vor dem Zweiten Weltkrieg. Friedensbedürfnis und gescheiterte Friedenssicherung

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 13/77, S. 26—39

Seit der Mitte des 19. Jahrhunderts lag es im nationalen Interesse Großbritanniens, die Aufrechterhaltung des Friedens für sich selbst und das gesamte internationale System zur Maxime seiner Politik zu machen. In der Periode zwischen den Weltkriegen nahm dieser Grundsatz den Charakter eines Imperativs an, wollte Großbritannien als außenhandelsabhängiges Land seinen Status als Weltmacht bewahren. Die einstmals führende Industrienation war nach dem Ersten Weltkrieg wirtschaftlich und militärisch mit einer Krise konfrontiert, die die Rolle Großbritanniens als internationalen Ordnungsfaktor gefährdete und das globale Engagement des Landes zur strategischen Überbeanspruchung werden ließ. Nur unter der Voraussetzung des äußeren Friedens konnten nötige innere Reformen in Angriff genommen werden.

Allein vor diesem Hintergrund ist eine Politik zu verstehen, die auf dem Verhandlungsweg zu Korrekturen der 1919 geschaffenen internationalen Ordnung bereit war. Insbesondere auf Deutschland richteten sich die Bemühungen, zu einer Neuordnung der europäischen Politik zu kommen und dadurch die Dynamik der nationalsozialistischen Außenpolitik zu bändigen. Beharrlich sondierten britische Regierungsvertreter seit 1934 Möglichkeiten einer Absprache mit Deutschland, deren Krönung ein Abkommen über Rüstungsbegrenzung sein sollte. Parallel dazu kurbelte Großbritannien sein Rüstungsprogramm an. Neben die Verständigungsbereitschaft trat das Kriegskalkül.

Der Eintritt in den Krieg widersprach einerseits den Interessen der saturierten und in die Krise geratenen britischen Weltmacht am Frieden. Er resultierte andererseits aus dem Interesse, den eigenen Besitzstand zu verteidigen und den durch Deutschland drohenden Umsturz des internationalen Systems zu verhindern.